

1918 2018

**100 JAHRE PROVISORISCHE
LANDESVERSAMMLUNG
NIEDERÖSTERREICH.**

Das Protokoll und seine historischen Hintergründe



**1918
2018**

**100 JAHRE PROVISORISCHE
LANDESVERSAMMLUNG
NIEDERÖSTERREICH.**

Das Protokoll und seine historischen Hintergründe



1918
2018

**100 JAHRE PROVISORISCHE
LANDESVERSAMMLUNG
NIEDERÖSTERREICH.**

Das Protokoll und seine historischen Hintergründe

Inhaltsverzeichnis

Vorwort Mag. Karl Wilfing, Präsident des NÖ Landtages	10
Vorwort Mag. Johanna Mikl-Leitner, Landeshauptfrau	12
Beiträge der Autoren	15
Der niederösterreichische Landtag 1861 – 1918. Interessenvertretung oder Volksvertretung? Univ.-Prof. Dr. phil. Ernst Bruckmüller	16
Turbulente Zeiten. Die Tätigkeit der Provisorischen Landesversammlung bis zu ihrer Auflösung am 2. Mai 1919. Mag. Dr. Stefan Eminger	22
Die Sitzung vom 5. November 1918. Historischer Kontext und Verlauf. Mag. Dr. Helmut Wohnout	26
100 Jahre Demokratie, Bundesstaat, Zusammenarbeit. Auszüge aus dem Protokoll der Provisorischen Landesversammlung Niederösterreich und Berichten der Tageszeitungen. DDr. Karl Lengheimer	32

Biografien der Autoren	40
„Stenographisches Protokoll der konstituierenden Sitzung der provisorischen niederösterreichischen Landesversammlung – 5. November 1918“ Abbildung im Original sowie übertragen in moderne Schrift	43
Biografien der Redner der Provisorischen Landesversammlung am 5. November 1918	91
Abkürzungsverzeichnis	111
Anwesende Abgeordnete der konstituierenden Landtagssitzung	113
Literaturverzeichnis	117
Impressum	118

100. JAHRESTAG DER KONSTITUIERENDEN SITZUNG DER PROVISORISCHEN NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDES- VERSAMMLUNG AM 5. NOVEMBER 1918



Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Zerfall des Vielvölkerstaates waren es die Länder, die dem neuen Staat „Deutschösterreich“ Legitimation und Kontur gaben. Eine geografische und politische Kontur, die Österreich bis heute maßgeblich prägt. In diese Wochen vor 100 Jahren fallen jene bedeutsamen Tage, in denen im Palais Niederösterreich in der Wiener Herrngasse die Grundsteine für den neuen Staat, durch die Provisorische Nationalversammlung, aber auch für das nunmehrige Bundesland Niederösterreich durch die Provisorische Landesversammlung gelegt wurden.

Die vorliegende Publikation versucht, die Wochen der Republikwerdung und die Rolle Niederösterreichs hierbei genauer zu beleuchten und zu erhellen. Anknüpfungspunkt hierfür, sowie für den Festakt anlässlich des 100. Jahrestages der konstituierenden Sitzung der Provisorischen niederösterreichischen Landesversammlung, bildet das überlieferte Protokoll vom 5. November 1918.

Ich bin ausgesprochen dankbar, dass es gelungen ist, mit Univ.-Prof. Ernst Bruckmüller, Mag. Dr. Stefan Eminger, DDr. Karl Lengheimer und Dr. Helmut Wohnout ausgewiesene Kenner der Geschichts-, Politik- und Staatswissenschaften zu gewinnen. Im Zusammenwirken mit Landtagsdirektor Mag. Thomas Obernosterer war es ihnen möglich, die aus heutiger Sicht bisweilen schwer verständliche Sprache des Protokolls und die gefassten Beschlüsse mit anderen Quellen und Erkenntnissen zu verknüpfen, um diese Zeit und ihre Umwälzungen für uns Interessierte von heute zu einem besseren Verständnis zu führen.

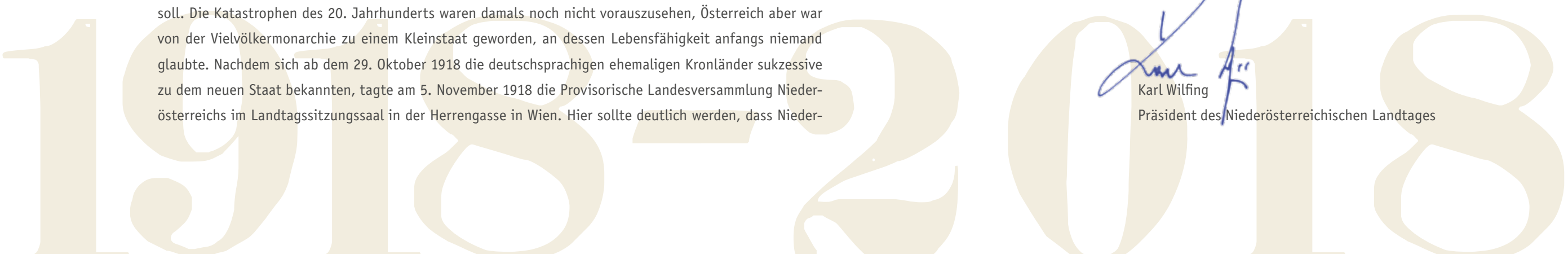
Die Ausgangslage im Herbst 1918 war geprägt von Versorgungsproblemen aller Art und der Frage, wie es – insbesondere im Bereich der Zuständig- und Verantwortlichkeiten – mit diesem neuen Staat weitergehen soll. Die Katastrophen des 20. Jahrhunderts waren damals noch nicht vorauszusehen, Österreich aber war von der Vielvölkermonarchie zu einem Kleinstaat geworden, an dessen Lebensfähigkeit anfangs niemand glaubte. Nachdem sich ab dem 29. Oktober 1918 die deutschsprachigen ehemaligen Kronländer sukzessive zu dem neuen Staat bekannten, tagte am 5. November 1918 die Provisorische Landesversammlung Niederösterreichs im Landtagssitzungssaal in der Herrngasse in Wien. Hier sollte deutlich werden, dass Nieder-

österreich, damals noch mit Wien in einer Entität, dem neuen Staat angehören, aber seine Regierung und Verwaltung selbst in die Hand nehmen wird.

Im Herbst 1918 wurde damit nicht nur das Fundament für die demokratische Zukunft unseres Landes gelegt, sondern auch unsere föderale Ordnung grundgelegt. Eine föderale bundesstaatliche Grundordnung, die sich – insbesondere nach 1945 – als Motor und Garant für ausgeglichene Lebensverhältnisse in Österreich erweisen und gleichzeitig zu einem maßgeblichen Anker einer in der Geschichte unseres Landes beispiellosen politischen Stabilität werden sollte. Schließlich stellte sich diese föderale Ordnung im Umgang mit den neuen europäischen Herausforderungen als flexibel genug heraus, wenn wir an die Entwicklungen im Rahmen der europäischen Integration Österreichs denken.

Das Gedenkjahr 2018 ist Anlass, uns kritisch mit Gegenwart und Vergangenheit auseinanderzusetzen. Geschichte wiederholt sich nicht, aber die Lehren und Schlüsse aus der Vergangenheit können Wegweiser im Umgang mit den modernen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und den damit verbundenen Entwicklungen sein. Für den modernen Parlamentarismus sowie die heutigen, frei gewählten Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten mögen die Ereignisse von damals und das im vorgelegten Protokoll deutlich dokumentierte Selbstverständnis und Selbstbewusstsein der damaligen Mandatäre Mahnung, Vorbild und Auftrag gleichermaßen sein. Denn aus der selbstbestimmten Entschluss- und Tatkraft jener Tage erwuchs schließlich, eingebettet in eine neue Landesidentität, jene Zuversicht, aus der sich erst ein bedingungsloses Bekenntnis zu einem freien Österreich in einem in Frieden geeinten Europa entwickeln sollte.


Karl Wilfing
Präsident des Niederösterreichischen Landtages



APPELL AN DAS MITEINANDER IN DER POLITISCHEN ARBEIT

Niederösterreich ist nicht nur ein sehr geschichtsträchtiges, sondern auch ein sehr geschichtsbewusstes Land. So engagieren sich auch unsere Kulturinstitutionen heuer mit zahlreichen Projekten rund um die sogenannten „8er-Jahre“ – von 1848 und seiner vergessenen Revolution mit einer Ausstellung im Palais Niederösterreich über die Zeit der umkämpften Republik mit den Eckdaten 1918 und 1938 in unserem Haus der Geschichte in St. Pölten bis hin zu den dramatischen Ereignissen des Jahres 1968.

Das sind nur einige der Beispiele, wie sehr Niederösterreich seine Aufgabe ernst nimmt, eine Erinnerungskultur zu pflegen. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte ist dabei nicht nur deshalb wichtig, um unsere Geschichte wachzuhalten. Die Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit ist in unserer schnelllebigen Gegenwart auch deshalb wichtig, richtig und notwendig, weil nur der, der seine Geschichte kennt und versteht, auch aus der Geschichte lernen kann.

Wenn wir unsere Geschichte – auch im europäischen Kontext – spürbar, fühlbar und erlebbar machen und damit alle Generationen, vor allem unsere Kinder und Jugendlichen, erreichen, dann wird es uns auch gelingen, zu vermitteln, dass Werte wie Friede, Freiheit und Demokratie keine Selbstverständlichkeit sind, sondern in den letzten Jahrzehnten hart erarbeitet und ebenso hart erkämpft werden mussten. Mit einer Gedenkkultur, wie wir sie in Niederösterreich pflegen, Geschichte zu erklären und zu vermitteln bedeutet daher auch, die Demokratie und alle mit ihr einhergehenden Werte für die Zukunft zu sichern.

Ein Kristallisationspunkt dafür ist neben dem Haus der Geschichte auch unser ehemaliges Landhaus in der Wiener Herrengasse, in dem bekanntlich das Herz der Republik Österreich zu schlagen begonnen hatte, als sich am 21. Oktober 1918 die deutschsprachigen Abgeordneten des Reichsrates hier als Provisorische Nationalversammlung des selbstständigen deutschösterreichischen Staates konstituierten.

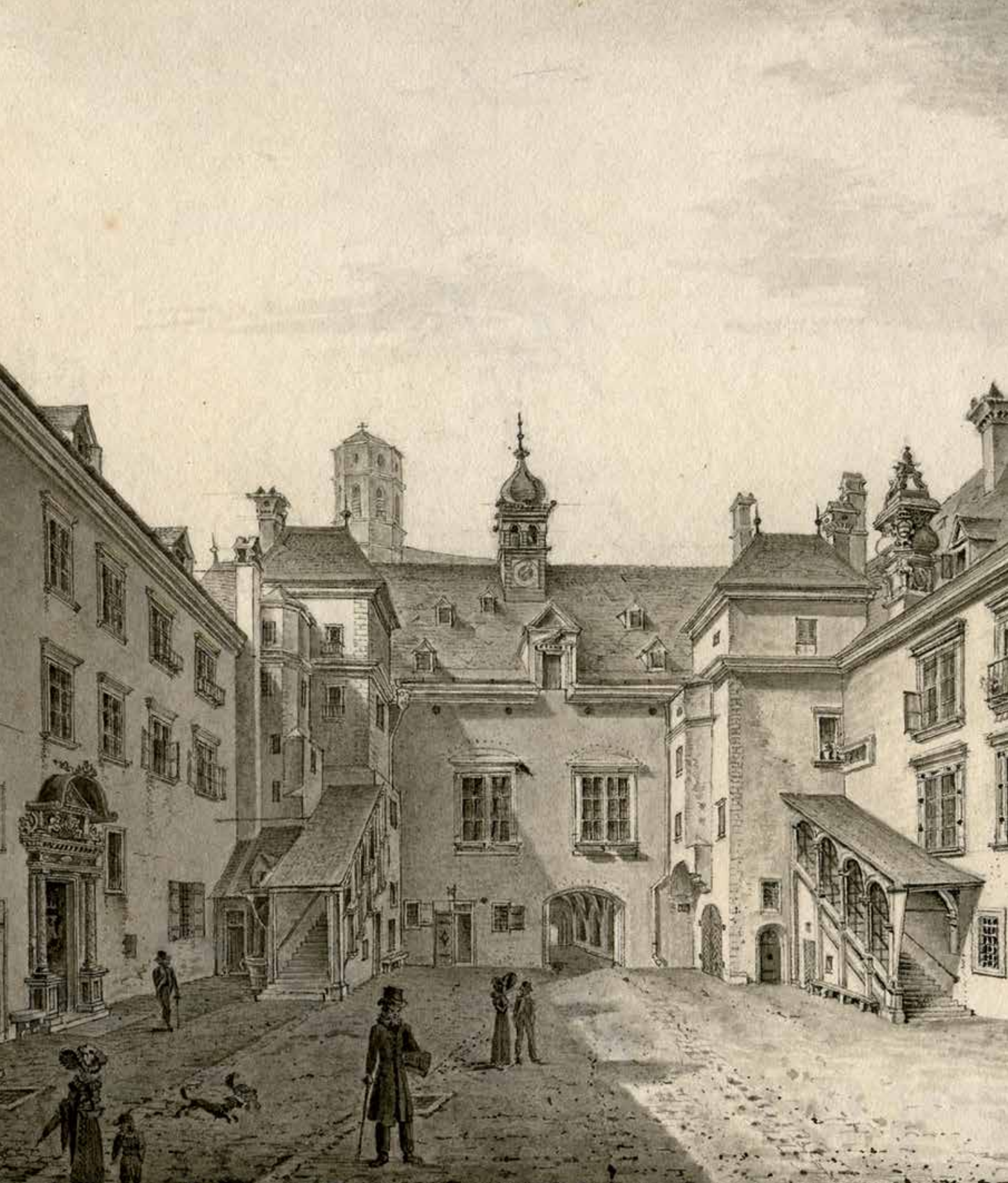


Auch viele für die weitere Entwicklung Niederösterreichs entscheidende Beschlüsse wurden in Folge hier gefasst: etwa die Trennung der Bundesländer Wien und Niederösterreich am 30. November 1920, die Grundsteinlegung zum Neuaufbau der Landesverwaltung nach dem Zweiten Weltkrieg am 17. April 1946 und schließlich der Landeshauptstadtbeschluss am 10. Juli 1986.

Am Anfang aber stand jene Provisorische Landesversammlung Niederösterreichs, deren Konstituierung am 5. November 1918 in der vorliegenden Broschüre gedacht wird. Das Jubiläum 100 Jahre Provisorische Landesversammlung ist solcherart eine willkommene Gelegenheit, in Erinnerung an die damals vorherrschende konsensuale Grundstimmung auf breiter demokratischer Basis auch für die gegenwärtige politische Arbeit an das Miteinander zu appellieren.

Niederösterreich hat, davon bin ich zutiefst überzeugt, deshalb eine so tolle Entwicklung genommen und ist deswegen ein Land, in dem viel weitergeht, weil es ein Land des Miteinander ist. Dieser gegenseitige Respekt, der partnerschaftliche Umgang und das Miteinander haben dazu geführt, dass Niederösterreich heute für Stabilität und Sicherheit steht und ein Land ist, das in Europa gehört und geschätzt wird und das auch immer wieder für besondere Leistungen ausgezeichnet wird.

Landeshauptfrau
Mag. Johanna Mikl-Leitner



BEITRÄGE DER Autoren

Der niederösterreichische Landtag 1861 – 1918.
Interessenvertretung oder Volksvertretung?
UNIV.-PROF. DR. PHIL. ERNST BRUCKMÜLLER

Turbulente Zeiten. Die Tätigkeit der Provisorischen Landesversammlung
bis zu ihrer Auflösung am 2. Mai 1919.
MAG. DR. STEFAN EMINGER

Die Sitzung vom 5. November 1918. Historischer Kontext und Verlauf.
MAG. DR. HELMUT WOHNOUT

100 Jahre Demokratie, Bundesstaat, Zusammenarbeit. Auszüge aus dem Protokoll der
Provisorischen Landesversammlung Niederösterreich und Berichten der Tageszeitungen.
DDR. KARL LENGHEIMER

UNIV.-PROF. DR. PHIL. ERNST BRUCKMÜLLER

DER NIEDERÖSTERREICHISCHE LANDTAG 1861 – 1918. Interessenvertretung oder Volksvertretung?

Der Landtag des Februarpatents

Nach dem Ende des ständischen Landtages von Niederösterreich, der am 13. März 1848 noch eine so bedeutende Rolle beim Ausbruch der Revolution gespielt hatte, dann aber nicht mehr hervortrat und später abgeschafft wurde, brachte erst das so genannte „Februarpatent“ 1861, in dessen Zusammenhang am 26. Februar 1861 eine neue Landesordnung und Landtagswahlordnung erlassen wurde, einen neuen Landtag. Danach bestand der neue Landtag mit 66 Mitgliedern aus drei Virilisten (dem Erzbischof von Wien, dem Bischof von St. Pölten und dem Rektor der Wiener Universität), 15 Abgeordneten des Großgrundbesitzes, 24 Delegierten von Städten, Märkten und Industrialorten, denen noch vier weitere der Handels- und Gewerbekammer zugeordnet wurden, und 20 der Landgemeinden. Wahlberechtigt waren alle mehr als 24-jährigen Steuerzahler, die im Großgrundbesitz mehr als 200 Gulden, in Wien mehr als 20 Gulden, in den Städten und am Land mehr als zehn Gulden direkte Steuern (Grund- oder Einkommenssteuer) entrichteten. Zusätzlich sorgte ein „Bildungszensus“

dafür, dass Doktoren, Professoren, Oberlehrer und andere, ohne Berücksichtigung der Steuerleistung wählen durften. Die Wahl in den Landgemeinden erfolgte indirekt, über Wahlmänner, sonst direkt. Wählbar waren Wahlberechtigte, die 30 Jahre oder mehr zählten. Die Funktionsdauer des Landtages betrug sechs Jahre, den Vorsitz führte der vom Kaiser ernannte Landmarschall. Als Organ des Landtages fungierte der Landesausschuss, in dem je ein Mitglied aus Großgrundbesitz, Städtekurie und Landgemeinden kommen musste, die anderen drei wurden frei gewählt. In der Sitzung des Landtages konnte der kaiserliche Statthalter, der Chef der staatlichen Verwaltung im Land, jederzeit das Wort ergreifen. Die Mitgliedschaft im Landtag war die Voraussetzung für ein Mandat im Zentralparlament, dem Reichsrat – dessen Mitglieder wurden aus den Landtagen entsandt.

Die Wahlen im März 1861 erbrachten eine starke Vertretung des Bildungsbürgertums (15 Advokaten und Notare), des adeligen Großgrundbesitzes (13), der Beamten (11) vor neun Wirtschaftstreibenden, da-

von zwei Bauern. Im Landtag waren die liberalen Eliten Wiens vertreten, unter ihnen zahlreiche Abgeordnete im deutschen und im österreichischen Parlament von 1848. Frauen hatten als Steuerzahlerinnen ebenfalls gewählt, selbst oder durch Beauftragte – in Neunkirchen wählten 15 Frauen, in Horn 22. Bis 1887 blieb dieses Frauenwahlrecht der Steuerzahlerinnen erhalten, dann wurde es auf den Großgrundbesitz beschränkt.

Der Landtag 1867 – 1907

Bei den Neuwahlen 1867 hatte sich der Großgrundbesitz mehrheitlich für katholisch-konservative Kandidaten entschieden, die liberale Einmütigkeit war damit vorbei. Nun saßen schon 21 Rechtsanwälte im Landtag. Der Zensus für Wien wurde auf zehn Gulden gesenkt, außerdem erhielt die Stadt zwei Mandate mehr. Schon 1870 wurde wieder gewählt, ohne große Änderungen, ebenso 1871 und 1878. Seit 1873 wurde der Reichsrat direkt gewählt, die Verbindung von Landtag und Zentralparlament wurde dadurch lockerer – auch im Bereich des Wahlrechtes. Immerhin folgte der Landtag dem Reichsrat in der Senkung des Zensus auf fünf Gulden. Dennoch änderte sich der Landtag auch 1884 kaum. Das Er-



Außenansicht des
Palais Niederösterreich
im Jahre 1830.

starken des politischen Katholizismus, die beginnende Organisation der Arbeiterschaft und der Bauern wurden im Landtag nur in Ansätzen sichtbar. Lediglich die Landgemeinden – die Bauern – wählten bereits mehrheitlich nur mehr konservative Kandidaten. 1887 wurde der Landtag vergrößert: Künftig bestand er aus 72 Mandatären, Wien stellte jetzt 16, die übrigen Städte und Märkte 14. Bei den Wahlen 1890 gelangten den „Vereinigten Christen“ Karl Luegers und den katholisch-konservativen Bauernvertretern erstmals deutliche Einbrüche in die

liberale Wählerschaft, aber noch blieb die liberale Mehrheit erhalten. 1896 wurde die Abgeordnetenanzahl wieder etwas erhöht, die Wähler in den Landgemeinden durften jetzt endlich direkt wählen. Bei den Wahlen 1896 verloren die Liberalen ihre dominante Stellung endgültig, die Christlichsozialen bildeten jetzt gemeinsam mit der deutschnationalen Volkspartei eine Mehrheit. Das Zeitalter der Massenparteien hatte begonnen.

1902 errangen die Christlichsozialen die absolute Mehrheit. Unter den gescheiterten – unabhängigen – Kandidaten befand sich auch der früher so populäre Joseph Schöffel, der „Retter des Wienerwaldes“. Wichtig waren neben den städtischen Exponenten wie Karl Lueger oder Albert Geßmann die bäuerlichen Kandidaten, die sich wenig später (1906) im Niederösterreichischen Bauernbund organisierten. Erstmals zog mit Karl Seitz ein Sozialdemokrat in den Landtag ein. Die nunmehr unbeschränkt herrschenden Christlichsozialen hatten vor allem einen wichtigen Opponenten, den kaiserlichen Statthalter Erich Graf Kielmansegg (Statthalter von 1889 bis 1911). Der überaus tüchtige Verwaltungsfachmann, der unter anderem die Vereinigung Wiens mit den Vororten (1890) betrieb, versuchte Lueger als Wiener Bürgermeister zu verhindern, was die Abneigung seiner Partei gegen den hohen Beamten stabilisierte.

Halbe Demokratisierung – der letzte Landtag in der Habsburgermonarchie

1907 folgte die letzte Änderung des niederösterreichischen Landtagswahlrechtes vor 1918. Es war ein eigentümliches Gemisch aus Alt und Modern. In den auf 127 Abgeordnete vergrößerten Landtag ent-



sandte Wien 48, und zwar auf der Basis des allgemeinen Männerwahlrechtes, analog zum neuen Reichsratswahlrecht. Nach wie vor gab es die drei Virilisten, die 16 Vertreter des Großgrundbesitzes und die vier der Handelskammer, ferner die nach dem Zensuswahlrecht entsandten 15 Vertreter der übrigen Städte und die 31 der Landgemeinden. Auf dem Land wurden zusätzlich zehn Abgeordnete der allgemeinen Wählerklasse (allgemeines Männerwahlrecht)

Präsidiengang: Im Palais Niederösterreich fand auch die Provisorische Nationalversammlung statt.

gewählt. Es gab also nach wie vor die alten privilegierten Kurien, aber sie hatten keine Bedeutung mehr. Die Wahlen von 1908 bestätigten die absolute Dominanz der Christlichsozialen in Wien und auf dem Lande, nur in den Städten hielten sich einige deutschliberale oder -nationale Kandidaten. Sechs Sozialdemokraten – davon fünf aus Wien – waren Teil der schwachen Opposition.

Landtag und Landesauschuss – Kompetenzen und Tätigkeitsfelder

Das Arbeitsfeld des ersten Landtages erschien ziemlich beschränkt. Sehr wichtig war die Kontrolle über die nach dem Reichsgemeindegesezt von 1862 konstituierten Gemeinden, das wurde ein bedeutender Tätigkeitsbereich. Die Finanzierung erfolgte durch Fonds, die durch verschiedene Zuflüsse aus besonderen Abgaben, Strafen usw. gespeist waren. Das Land übernahm das frühere ständische Vermögen, den „Domestikalfonds“, sowie den bisher vom Staat verwalteten Landesfonds und verwaltete auch den für die Zwecke der Grundentlastung 1850 geschaffenen Grundentlastungsfonds. Die Straßen sollten zunächst durch den Straßenkonkurrenzfonds der Kreisämter finanziert werden, die ab 1869 in den Landesfonds übergeführt wurden. Eigene Fonds existierten für den Erhalt der Gebäuhäuser, Irren- und Findelhäuser sowie für die Normalschulen (älterer Schultyp für Lehrerbildung, 1869 Übertragung in die Landesvermögensverwaltung).

Im Lauf der Zeit weiteten sich aber die Tätigkeitsbereiche des Landtages und des Landesauschusses erheblich aus. Wir zählen in der Folge einige der wichtigeren auf.

Die Landeskultur

Im Rahmen der Förderung der Landeskultur wurde zunächst die bestehende Landwirtschaftsgesellschaft unterstützt. Sogleich wurden landwirtschaftliche Schulen vom Land übernommen und das Fortbildungswesen ausgebaut. 1896 beschloss der Landtag die systematische Förderung von Raiffeisenkassen. 1898 wurde die „Niederösterreichische Molkerei“ in Wien gegründet, zwecks Vermarktung der Milch aus Niederösterreich. Schwieriger war der Start der genossenschaftlichen Lagerhäuser (1898 Pöchlarn), die aber mit kräftiger Unterstützung des Landes ab etwa 1906/07 positive Ergebnisse aufwiesen. 1887 gründete der Landesauschuss die Niederösterreichische Landeshypothekbank zur Ermöglichung günstigerer Hypothekarkredite. Seit 1889 wurde die vielfach unbefriedigende Struktur der Grundstücke in den Dörfern durch Zusammenlegungen (Kommassierungen) verbessert. Schon 1864 hatte das Land drei Tierärzte angestellt. Die berühmte Rettung des Wienerwaldes ging nicht nur auf die Zeitungskampagne Joseph Schöffels von 1870 zurück, sondern auch auf eine Resolution des Landtages vom selben Jahr, die von Schöffel angeregt wurde.

Der Verkehr

Der Staat übertrug ab 1868 dem Land immer mehr Straßen. Das Land musste daher ein entsprechendes technisches Personal für Planungs-, Bau- und Erhaltungsmaßnahmen bereitstellen. Die Finanzierung übertrug das Land freilich ab 1894 den 70 Straßenbezirken, die zusätzlich zu den Gemeindeabgaben Umlagen für das Straßennetz einhoben. Die regional zuständigen „Wegemeister“ wurden 1907 zu „Straßenmeistern“ gehoben. Zwar wurden zahlreiche

Straßen neu gebaut bzw. verbessert (durch einen soliden Unterbau), aber insgesamt blieb der Zustand der Straßen wenig befriedigend. Sehr interessiert war der Landtag am Eisenbahnbau. Für die Bahnlinie in das Ybbstal wurden 1884 sogar 160.000 Gulden seitens des Landes zugeschossen. 1895 wurde ein Lokalbahngesetz beschlossen. 1908 bestanden drei Lokalbahnen als Landesbahnen; eine davon war die Niederösterreichisch-Steirische Alpenbahn (Mariazellerbahn); sie wurde 1911 elektrifiziert.

Gesundheitswesen

Den ab etwa 1880 fühlbaren Ärztemangel wollte das Land durch Unterstützung der Ansiedlung von Gemeindeärzten steuern. Wichtiger war wohl, dass das Land durch die Übernahme diverser Fonds für Kranken-, Irren- und Findelhäuser zuständig wurde. Vorbildlich wurde die Behandlung von psychisch Kranken, für die moderne Anstalten in Mauer-Öhling (1897) und Wien (Steinhof, 1907, mit der berühmten Kirche von Otto Wagner) geschaffen wurden. Für Otto Wagner als Architekt setzte sich übrigens der in der Literatur eher durch ebenso antisemitische wie bildungsskeptische Aussagen bekannte Abgeordnete Hermann Bielohlawek ein.

Fürsorgewesen

Im Prinzip war die Armenfürsorge Sache der Gemeinden. Die lokalen Fonds, die „Pfarrarmeninstitute“ wurden den Gemeinden übertragen, aber außer elenden Armenhäusern und dem Einlagesystem (Arme werden von Haus zu Haus in einem bestimmten Rhythmus weitergereicht) gab es nichts. Mit einem Gesetz von 1885 übernahm das Land weitgehend diese Kosten, 1893 wurden Armenbezirke mit Bezirks-

armenräten und Bezirksarmenhäusern eingerichtet, die Kosten wurden vom Landesarmenfonds bestritten. Das war damals schon ein deutlicher Fortschritt! Für die Arbeitssuchenden wurden Naturalverpflegestationen eingerichtet. Die Kosten wurden Gerichtsbezirken zugewiesen. 1903 errichtete der Landesausschuss in Wien Tagesheimstätten für Kinder.

Kultus und Unterricht

Während die Schulaufsicht Sache des Staates war, übertrug der Staat den Ländern im Bereich der Durchführung des Reichsvolksschulgesetzes von 1869 zahlreiche Aufgaben, etwa die Regelung der Einkünfte des Lehrpersonals. Errichtung und Erhaltung der Schulgebäude oblag den Gemeinden, die dafür Subventionen vom Land erhielten. Den Lehrern, bisher mit Handwerkern, Knechten oder Hirten auf einer Stufe, wurde ein höheres Sozialprestige zuteil, da sie nunmehr besser ausgebildet wurden. Sie wurden zu Gemeinde- bzw. Landesbeamten mit festen Bezügen. Die Bestellung der Lehrkräfte besorgte ab 1907 der Landesausschuss. Die Lehrerbildungsanstalten wurden in Niederösterreich vom Land erhalten. Der Landtag hatte auch das gewerbliche und kaufmännische Schulwesen zu regeln.

Archive, Museen, allgemeine Kulturförderung

Dass das Land ein Archiv benötigte, war einleuchtend. Außerdem existierte das Archiv der Stände bzw. des ständischen Landtages. Schwieriger war die Genese des Museums. Der Mittelpunkt des Landes war ja Wien mit seinen glanzvollen Hofmuseen. Zur Errichtung eines eigenen Landesmuseums kam es erst im Jahr 1911.

Öffentliche Sicherheit, Feuerwehren, Rettungswesen

Die öffentliche Sicherheit war zwar eine Staatsaufgabe, 1849 wurde dafür die Gendarmerie eingerichtet, zunächst militärisch organisiert. Doch hatte man seitens des Landesausschusses mehrfach gefordert, dass die Gendarmerie auf viele Posten im Land verteilt werde. Das wurde auch umgesetzt. Feuerpolizei und Baupolizei waren Gemeindeaufgaben, daher war der Landtag Aufsichtsbehörde. Die Aufstellung freiwilliger Feuerwehren wurde durch eine Landes-Feuerpolizeiordnung von 1870 geregelt, die Gemeinden erhielten Unterstützungen beim Ankauf entsprechender Gerätschaften.

Wirtschaftsförderung

Das Land war auch in der Gewerbeförderung aktiv. Ab 1900 sollte eine Zentralstelle zur Förderung des Kleingewerbes öffentliche Aufträge des Militärs, des Landes und der Gemeinden vermitteln. Es ging um Anreize zur Modernisierung durch eigene Initiativen. 1897 errichtete das Land eine eigene Landes-Brandschadenversicherung, 1898 die Niederösterreichische Landes-Lebens- und Rentenversicherungsanstalt. 1900 folgte eine Landes-Viehversicherung und im selben Jahr eine Landes-Unfall- und Haftpflichtversicherungsanstalt. Das Personal all dieser Versicherungen war beim Land Niederösterreich systemisiert.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die 1861 gewährte Landesautonomie den Staat durch die Abgabe zahlreicher Aufgaben entlasten sollte – bei Straßen, öffentlichen Bauten, Schulen, in der Landeskultur. In den Jahrzehnten zwischen 1861

und 1914 übernahmen die Länder, und besonders Niederösterreich, als Folge von Bevölkerungswachstum, Industrialisierung und Bildungsrevolution weitere zusätzliche Aufgaben. Kapitalintensive Aufgaben wie Schul- und Bahnbau führten zu einer Änderung der Finanzierung: Das ursprünglich vorgesehene System der Umlagen (als Zuschläge zu den staatlichen Steuern) genügte nicht mehr, das Land musste

andere Anleihen aufnehmen bzw. andere Kapitalisierungsformen garantieren. Waren die Länder zunächst wie die Gemeinden als „staatsfreie“ Organisationsformen der bürgerlichen Gesellschaft gedacht, in denen sich insbesondere „Besitz und Bildung“ entfalten und den Ton angeben sollten, wurden sie immer mehr zu echten Volksvertretungen, auch wenn bis 1918 im niederösterreichischen Landtag auch einige Vertreter von Großgrundbesitz, Kirche und Bildung (zwei Bischöfe und der Rektor der Universität Wien!) saßen, die nicht die breite Bevölkerung vertraten. Die Zunahme der Agenden ging einigermassen parallel mit der Ausweitung des Kreises der politisch bei Wahlen Berechtigten, die 1907 zwar nur für die Wiener zum allgemeinen Wahlrecht für den Landtag führte, aber auch für das flache Land schon eine ziemlich breite Vertretung ermöglichte.



Historische Ornamente und schmuckvolle Details im gesamten Palais erinnern an die ehemals adelige Nutzung.

MAG. DR. STEFAN EMINGER

TURBULENTE ZEITEN. Die Tätigkeit der Provisorischen Landesversammlung bis zu ihrer Auflösung am 2. Mai 1919.

Es waren turbulente Zeiten, als sich die Mitglieder der Provisorischen Landesversammlung am 2. Mai 1919 zum letzten Mal versammelten. In Bayern und Ungarn arbeiteten linksextreme Räteregierungen an der Herbeiführung der klassenlosen Gesellschaft. Das hungernde Wien litt unter Lebensmittelunruhen und den Folgen des kommunistischen Putschversuches vom Gründonnerstag, dem 17. April, bei dem fünf Polizisten und eine Demonstrantin getötet sowie neun Polizisten schwer und mehr als 20 weitere Personen verletzt worden waren. Auch am flachen Land war es in der abgelaufenen Sitzungsperiode zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen: Ende November 1918 plünderten in Großgerungs im Bezirk Zwettl Kleinbauern den Ort. Soldaten der Volkswehr, der neuen Wehrmacht des Staates Deutschösterreich, schlossen



Leopold von Steiner wurde 1918 zum ersten Landeshauptmann gewählt.

sich an. Zwei Gendarmen wurden schwer, vier leicht verletzt. Gewalt auch in St. Leonhard am Hornerwald: Bei der Sprengung einer christlichsozialen Wählerversammlung durch Sozialdemokraten und Deutschnationalen am 9. Februar 1919 wurde das Mitglied der Provisorischen Landesversammlung, Wilhelm Miklas, schwer verletzt.

Vor diesem Hintergrund zog Landeshauptmann Leopold Steiner am Ende der Sitzung Bilanz über die Tätigkeit des Gremiums. 18 Mal hatte man getagt, dazu fanden 43 Geschäftsausschusssitzungen statt. Insgesamt wurden 144 Geschäftsstücke erledigt, darunter 13 Dringlichkeitsanträge. 20 Anfragen richteten die Abgeordneten an den Landeshauptmann und an die damalige Landesregierung, den Landesrat.

Trotz aller Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen sah Lan-

deshauptmann Steiner seine Hauptziele erreicht: die Herstellung von Ruhe und Ordnung, die Sicherstellung der Ernährung und die mögliche Ausgleichung der Klassengegensätze. Deutschösterreich gehörte seiner Ansicht nach zu jenen Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie, die am raschesten den Weg zur Ordnung gefunden hatten.

Der Optimismus von Landeshauptmann Steiner mag verwundern, doch bis 1920 gelang es den Gründervätern der Republik tatsächlich, den schwierigen Übergang von der Monarchie zur demokratischen Republik zu bewerkstelligen. Die Provisorische Landesversammlung von Niederösterreich leistete einen wichtigen Beitrag dafür.

Zu den Meilensteinen ihrer Arbeit zählte etwa die Verabschiedung einer neuen Landtagswahlordnung in der Sitzung vom 20. März 1919. Sie orientierte sich an den Bestimmungen der Wahlordnung für die Konstituierende Nationalversammlung und ersetzte das alte Kurienwahlrecht, das an Beruf, Vermögen und Geschlecht geknüpft war, durch das allgemeine, freie und gleiche Wahlrecht für beide Geschlechter. Frauen erhielten nun das aktive und passive Wahlrecht und für beide Geschlechter wurden auch die Altersgrenzen herabgesetzt. Das aktive Wahlalter betrug nun nicht mehr 24, sondern 20 Jahre, das passive wurde von 30 auf 29 Jahre gesenkt. An die Stelle des Mehrheitswahlsystems trat die Verhältniswahl, die alte Persönlichkeitswahl wurde durch die Wahl von Parteilisten ersetzt. Der niederösterreichische Landtag wurde durch die Reform auch geringfügig verkleinert. Er umfasste nun nicht mehr 127, sondern 120 Abgeordnete. Wien erhielt davon 68 Mandate, das „flache Land“ 52.

In der Debatte um die Landtagswahlordnung zeigten sich Christlichsoziale und Sozialdemokraten einig. Vertreter der Deutschnationalen wollten indes „nichtdeutschen Volksangehörigen“ das Wahlrecht verweigern, sofern „deren“ Nationalstaaten dort lebenden „Deutschen“ die Mitbestimmung erschweren. Der aus Mähren stammende Obmann des Deutschen Volksbundes, Leopold Waber, beklagte, dass gerade „wir Deutsche“ einem „Internationalismus“ huldigten und „allzuviel Gerechtigkeitsgefühl gegenüber allen fremden Nationen“ hätten. Insbesondere ging es den Deutschnationalen um den Ausschluss der etwa 80.000 Wiener Tschechen, die bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung Deutschösterreichs einen Monat zuvor immerhin ein Mandat erringen konnten. Der sozialdemokratische Gegenredner Karl Seitz bekräftigte zwar, dass Niederösterreich ein „kerndeutsches Land“ sei, und sein Parteikollege Wilhelm Schiegl feierte die Sozialdemokratie als den „Träger des Anschlussgedankens“ an Deutschland, doch gab Seitz zu bedenken, dass eine „Volkszugehörigkeit“ mit juristischen Begriffen nicht zu fassen sei. Willkür und Rechtsunsicherheit wären die Folge. Klare Worte der Ablehnung des deutschnationalen Antrages fand auch der christlichsoziale Wilhelm Miklas. Deutschösterreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger „slawischer Volkszugehörigkeit“ vom Wahlrecht auszuschließen würde bedeuten, dass man einen Teil dieser „von den öffentlichen Rechten im deutschösterreichischen Staate ausschneiden“ wolle. Der Antrag der Deutschnationalen wurde abgelehnt.

Einhelligkeit herrschte quer durch alle Parteien in der Provisorischen Landesversammlung beim Antrag für die Aufhebung des Zölibates für Volksschulleh-

rinnen. Diese Diskriminierung weiblicher Lehrkräfte war von konservativer Seite mit der Aufrechterhaltung eines ungestörten Schulbetriebes begründet worden. In Wien bereits 1911 aufgehoben, wurde eine Verehelichung von Lehrerinnen am flachen Land von Rechts wegen bislang als „freiwillige Dienstentsagung“ betrachtet. Der Antrag für die Aufhebung wurde bereits am 11. Dezember 1918 von den christlichsozialen Abgeordneten Franz Scholz, Hans Zerdik und anderen eingebracht und nach der Winterpause, am 12. März 1919, angenommen. Er bezeichnete die Verehelichung und die Gründung einer Familie als „ureigenes und unveräußerliches Menschenrecht“ und betonte darüber hinaus die besondere Bedeutung der Familiengründung „in einer Zeit, die unseren jugendlichen Nachwuchs so furchtbar dezimiert hat, als eines der Mittel zur Erhaltung unseres Volkes“. Für den Wiener Sozialdemokraten Karl Leuthner war der Beschluss nicht etwas, worauf man stolz zu sein hätte, sondern die Erfüllung einer Pflicht der Menschlichkeit und Anständigkeit.

Einstimmig fiel der Beschluss vom 9. April 1919 über die Schaffung eines Landesjugendamtes. Da in Wien ein städtisches Jugendamt bestand, sollte es sich auf das flache Land beschränken und für sämtliche bestehenden und zukünftigen Jugendfürsorgeeinrichtungen zuständig sein. Geplant war eine Institution, in der von der Schwangeren- und Säuglingsfürsorge über die Kinder- und Jugendfürsorge eine umfassende Betreuung angeboten wurde. Organisatorischer Kern sollte die 1916 im Weltkrieg geschaffene Landes-Berufsvormundschaft von Niederösterreich sein.

Trotz der zu erwartenden hohen Kosten war für die Redner aller Parteien die Dringlichkeit dieser Ein-

richtung unbestritten, „denn die Jugend ist unsere einzige Zukunft.“ Die Abgeordneten sahen im Krieg und dessen Folgen die Hauptursachen für den „seelischen und physischen Zusammenbruch unserer Jugend bis in die letzten Bauerndörfer hinaus“, wie es der zuständige Landesrat Leopold Kunschak ausdrückte. Stellvertretend für Hunderte andere Fälle schilderte er ein Beispiel aus Scheibbs, wo drei Kinder vorgefunden wurden, die „über und über mit Krätze behaftet und total unterernährt“ in einer „elenden Holzkiste auf ganz faulem Stroh“ gebettet waren. Katastrophal bestellt war es freilich auch um die Ernährung vieler Wiener Kinder. Kunschak richtete daher auch einen eindringlichen Appell an die Landbevölkerung Niederösterreichs, die Aktion „Kinder aufs Land“ großzügig zu unterstützen.

Die Frage der Ernährung war in der Provisorischen Landesversammlung ohnehin ein Dauerthema. Auch hier hatte man mit dem schweren Erbe des Krieges zu kämpfen. Im organisatorischen Bereich waren die Abgeordneten im Wesentlichen einig, dass die, insbesondere bei der bäuerlichen Bevölkerung verhassten Zentralen, die eine gerechte Verteilung gewährleisten sollten, schlecht funktionierten und entweder aufgelöst oder in Instanzen der niederösterreichischen Landesverwaltung übergeführt werden mussten. So beschloss man in der Sitzung vom 11. Dezember 1918 die Auflösung der Futtermittelzentrale und am 6. März 1919 wurde die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in eine niederösterreichische Landes-Getreidestelle umgewandelt. Dem Begehren der Bauern, die Bewirtschaftung des Lebensmittelmarktes gänzlich aufzuheben und den freien Handel wieder einzuführen, konnten aber auch die christlichsozialen Bauernvertreter nicht entsprechen. Zu

groß war der Hunger in den Städten und in unterbäuerlichen Schichten am Land; so war es etwa in Neunkirchen am 10. März 1919 zu Lebensmittelkrawallen gekommen, bei denen mehrere Häuser geplündert wurden. Angestrebt wurde daher eine „Zwischenform zwischen Zwangswirtschaft und freiem Handel“ (Antrag Josef Zwetzbacher); die Eindämmung des Schleichhandels gelang dennoch nicht.

Argwöhnisch standen die Bauern überdies der neuen deutschösterreichischen Wehrmacht gegenüber. Die Volkswehr war zunächst von kommunistisch inspirierten Arbeiter- und Soldatenräten durchsetzt und konnte von den Behörden bei der zwangsweisen Aufbringung von Lebensmitteln beigezogen werden. Dabei kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen mit der bäuerlichen Bevölkerung. Bürgerliche Abgeordnete der Provisorischen Landesversammlung konfrontierten den Landeshauptmann mit einer Vielzahl von Beschwerden über tatsächliche und vermeintliche Übergriffe der Volkswehr.

Das bereits im Weltkrieg verstärkte Misstrauen zwischen Konsumenten und Produzenten, zwischen Stadt und Land und Arbeitern und Bauern blieb auch in der Republik bestehen; ja die Gräben wurden durch die unversöhnliche Propaganda der Großparteien noch weiter vertieft. Daran vermochte auch das relativ gute Gesprächsklima zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten im niederösterreichischen Landesparlament nichts zu ändern.

Bei den ersten demokratischen Wahlen in den niederösterreichischen Landtag, am 4. Mai 1919, errangen die Sozialdemokraten aufgrund ihrer starken Stellung im bevölkerungsreichen Wien die Mehrheit.

Sie erreichten 64 Mandate und stellten das einzige Mal in der gesamten Geschichte Niederösterreichs den Landeshauptmann – Albert Sever. Zweitstärkste wurden die Christlichsozialen mit 45 Mandaten, mit großem Abstand folgten die Deutschnationalen (8 Mandate) und die sozialistischen und demokratischen Tschechoslowaken (3 Mandate). Dieses Wahlergebnis gab der ohnehin schon länger schwelenden Diskussion um eine Trennung von Wien und Niederösterreich einen zusätzlichen Impuls. Am 1. Jänner 1922 wurde die Trennung vollzogen.



Im Palais NÖ wurde unter anderem durch die Prov. Landesversammlung die Aufhebung des Zölibates für Volksschullehrerinnen beschlossen.

MAG. DR. HELMUT WOHNOUT

DIE SITZUNG VOM 5. NOVEMBER 1918. Historischer Kontext und Verlauf.

Das „Völkermanifest“ Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918 gab den letzten Anstoß zum Zerfall Österreich-Ungarns. Der angesichts der zusammenbrechenden Fronten des Ersten Weltkrieges unternommene Versuch, zumindest die

österreichische Reichshälfte in einen Bundesstaat autonomer Nationen umzuwandeln, kam viel zu spät und bewirkte das genaue Gegenteil. Er wurde zur Initialzündung für das Auseinanderbrechen des Vielvölkerreiches. Der Kaiser hatte mit seinem Manifest die Nationen zu Trägern eigener Staatswesen gemacht. Dementsprechend fanden sich auch die aus den deutschsprachigen Gebieten stammenden Mandatare des Abgeordnetenhauses am 21. Oktober 1918 im niederösterreichischen Landhaus in der Wiener Herrngasse zur Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich zusammen, war doch das Parlamentsgebäude am Ring noch der Sitz des alten Reichsrates. Schon einen Tag später, am 22. Oktober, traten Vertreter der Landesausschüsse der deutschen Kronländer, unter dem Vorsitz des niederösterreichischen Landmarschalls, ebenfalls im niederösterreichischen Landhaus zusammen. Sie erklärten ihre Bereitschaft zur Mitwirkung am Aufbau des „neuen Staatswesens“. Zugleich betonten sie die Notwendigkeit der „Sicherung des Bestandes der autonomen Landesverwaltungen“, im Sinne eines „demokratischen Ausbaus dieser Institutionen“. Damit war be-



In der Prov. Landesversammlung wurde die Basis für die föderale bundesstaatlich organisierte Republik Österreich gelegt.

reits der Weg in Richtung der neuen, Provisorischen Landesversammlungen gewiesen. Denn die seit 1914 nicht mehr einberufenen Landtage waren noch nach dem Kurienwahlrecht gewählt worden. Am 25. Oktober richtete der Vollzugausschuss der Provisorischen Nationalversammlung eine Aufforderung an die Länder, Provisorische Landesversammlungen einzuberufen. Bereits am nächsten Tag konstituierte sich eine Tiroler Landesnationalversammlung als erstes Gremium eines Kronlandes, andere folgten.

Die Abgeordneten der Provisorischen Nationalversammlung setzten im niederösterreichischen Landhaus einige Tage später den entscheidenden Akt auf dem Weg zum neuen Staat. Am 30. Oktober fasste die Provisorische Nationalversammlung den „Beschluss über die grundlegenden Einrichtungen der Staatsgewalt“. Damit war der eigentliche Akt der Staatsgründung erfolgt. Eine Regierung mit einem Staatskanzler, in der Person Karl Renner, und verantwortlichen Staatssekretären als Leiter von Ministerien, den Staatsämtern, wurde gebildet. Ihr gehörten drei Niederösterreicher an, die christlichsozialen Karl Jukel, Johann Zerdik und Josef Stöckler. Der Kaiser war in diese Vorgänge nicht mehr eingebunden, auch wenn die Frage der Staatsform noch eine Zeit lang offenblieb.

Bereits ab dem 29. Oktober 1918 erklärten nach und nach die sich in den deutschsprachigen Gebieten der zerfallenden Habsburgermonarchie konstituierenden Landesversammlungen den Beitritt ihrer Territorien zum Staat Deutschösterreich. Karl Renner hatte an diesem Tag bereits die Länder ausdrücklich aufgefordert, analog zur Provisorischen Nationalversammlung Provisorische Landesversammlungen zu bilden. Diese

sollten Beitrittserklärungen zum Staat Deutschösterreich abgeben und Provisorische Landesverfassungen erlassen. Dass dabei gerade die deutschböhmisches Abgeordneten als „vorläufige Landesversammlung Deutschböhmens“ den Anfang machten, war kein Zufall. Denn am 28. Oktober 1918 war die Souveränität des tschechoslowakischen Staates proklamiert worden. Man wollte den Tschechen gegenüber nicht ins Hintertreffen geraten. Die Abgeordneten aus den deutschen Wahlkreisen Deutschböhmens, des Sudetenlandes, des Böhmerwaldes und Südmährens waren Teil der Provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs. Korrespondierend zu den Schritten Renner hielten die christlichsozialen Landtagsabgeordneten am 29. Oktober 1918 eine Versammlung ab, bei der man sich darauf verständigte, zur Vertretung der Länder – bis zur endgültigen Regelung der deutschösterreichischen Verwaltungsorganisation – Provisorische Landesversammlungen und Landesausschüsse zu berufen.

Im Vergleich zu den anderen Kronländern erst relativ spät, am 5. November, trat die Provisorische Landesversammlung Niederösterreichs zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Ihr gehörten insgesamt 120 Mitglieder an. Dabei handelte es sich einerseits um die 88 noch lebenden Abgeordneten des letzten, 1908 gewählten Landtages, allerdings unter Weglassung der Vertreter des Großgrundbesitzes, der Handelskammern und der drei Virilisten, des Erzbischofs von Wien, des Bischofs von St. Pölten und des Rektors der Universität Wien. Im Gegenzug kamen die 32 in Niederösterreich bei den letzten Reichsratswahlen (bereits nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht für Männer) gewählten Abgeordneten

dazu, wodurch dem Gremium zusätzlich zu den nur sechs sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten weitere, teils prominente Vertreter des sozialdemokratischen Lagers angehörten.

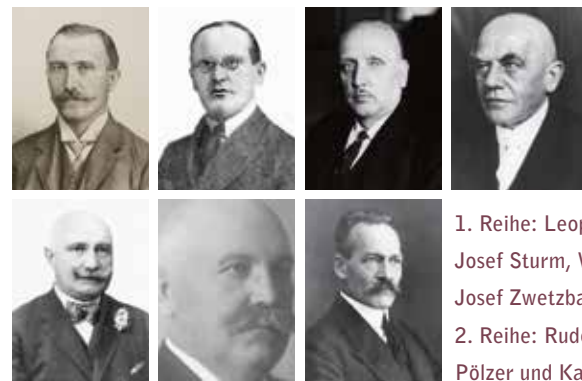


Johann Mayer

Eröffnet wurde die Sitzung vom stellvertretenden Landmarschall Johann Mayer. An sich wäre Prinz Alois Liechtenstein, dem Grandseigneur der christlichsozialen Bewegung, in seiner Funktion als Landmarschall diese Rolle zugefallen. Doch dieser hatte sein Mandat am 3. November 1918 zurückgelegt. Ausschlaggebend dafür war die Einigung der Parteien gewesen, die Vertreter des Großgrundbesitzes, der Handelskammern und die Virilisten nicht in die Provisorische Landesversammlung einzubeziehen, was ein Verstoß gegen die geltende Landesordnung war und rein rechtlich einen revolutionären Akt darstellte. Liechtenstein wollte diesen Schritt nicht mitgehen, er blieb der alten Ordnung verhaftet. Dies galt auch für andere Teile der Christlichsozialen Partei, auch wenn davon in den Wortmeldungen der Christlichsozialen in der konstituierenden Landtagssitzung nichts zu spüren ist. Gerade die bäuerlichen Vertreter der Christlichsozialen repräsentierten zu diesem Zeitpunkt den demokratisch-republikanischen Flügel der Partei.

Zu Beginn der Sitzung wurde der christlichsoziale Leopold Steiner einstimmig zum Landeshauptmann gewählt. Nicht ganz so friktionsfrei ging die Wahl seiner Stellvertreter Johann Mayer, Albert Sever und Karl Kittinger vonstatten. Dabei wurde deutlich, dass

die politischen Absprachen offenbar nur zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten, aber nicht mit dem (in unterschiedliche Fraktionen aufgesplitteten) deutschfreiheitlichen, dritten Lager akkordiert waren. Als Verwalter der autonomen Agenden wurden sieben Landesausschüsse gewählt. Sie waren keine Kollegialorgane, sondern Personen, quasi die Vorläufer der künftigen Landesräte: Leopold Kunschak, Josef Sturm, Wilhelm Miklas, Josef Zwetzbacher, Rudolf Müller, Johannes Pölzer und Karl Volkert.



1. Reihe: Leopold Kunschak, Josef Sturm, Wilhelm Miklas und Josef Zwetzbacher
2. Reihe: Rudolf Müller, Johannes Pölzer und Karl Volkert

Sie bildeten mit dem Landeshauptmann und seinen Stellvertretern die sogenannte Landeskommission.

Zum großen inhaltlichen Thema der Konstituierung wurde die Aufhebung der bisherigen landesfürstlichen Verwaltung. Sie wurde von der Provisorischen Landesversammlung der zu wählenden Landesregierung, bestehend aus dem Landeshauptmann und seinen Stellvertretern, übertragen und damit in Personalunion mit der autonomen Landesverwaltung verbunden. Wenn der vielleicht einflussreichste Vertreter von Christlichsozialen und Bauernbund, Josef Stöckler, davon sprach, dass eine verständnis-

lose Bürokratie jede Initiative des Volkes unterband, so spricht daraus der ganze Unmut der Bauern über die Zwangsbewirtschaftung und die kaiserliche Militärverwaltung. Andererseits wird deutlich, dass der Machtzuwachs, durch den Übergang der Statthalterei auf die Länder, den politischen Eliten des Landes den Übergang zur neuen politischen Ordnung erleichterte. Doch entspann sich über den Themenkreis eine kontroverielle inhaltliche Diskussion. Denn seitens des deutschfreiheitlichen Lagers gab es mit Paul von Hock einen vehementen Kontraredner. Im Zivilberuf Richter am Verwaltungsgerichtshof, vertrat er die zentralistische Sichtweise des deutschnational-liberalen Bürgertums. Zwar argumentierte er in erster Linie formal, wonach der Beschluss eine Kompetenzüberschreitung zulasten der Zuständigkeiten der Provisorischen Nationalversammlung darstellen würde. Ein Zwischenruf, in dem er einer Kreisverwaltung anstelle der Landesverwaltung das Wort redete, macht aber deutlich, dass hinter seinen Argumenten die zentralistische Einstellung eines Josefiniten alter liberal-etatistischer Schule stand. Der Sozialdemokrat Karl Seitz warnte vor den Gegensätzen, die entstünden, würde man die bisherige landesfürstliche Verwaltung den Staatsämtern unterstellen und stellte in Abrede, dass sich die Beschlüsse gegen die Provisorische Nationalversammlung richteten. Wenn er zustimmte, dass die Provisorische Nationalversammlung die gesamte Staatsgewalt für sich in Anspruch nehme, zugleich aber unterstrich, dass innerhalb der einzelnen Verwaltungsgebiete eine Autonomie bestehen müsse, so skizzierte er jenes Konzept eines dezentralisierten Einheitsstaates, auf dessen Basis die Ausrufung der Republik eine Woche später erfolgen sollte.

Interessant ist, dass nicht alle deutschfreiheitlichen Redner Paul von Hock in seiner Argumentation folgten. Der spätere Vizekanzler Leopold Waber etwa befürwortete eine Angliederung der landesfürstlichen an die autonome Verwaltung. Er war es auch, der die einzige territoriale Änderung gegenüber den bisherigen Grenzen, die aktuell im Raum stand, als erster ansprach. Denn zwei Tage vor der Konstituierung, am 3. November 1918, hatte eine Provisorische Kreisversammlung in Znaim den Anschluss von „Deutsch-Südmähren“ (zuzüglich des bereits in Böhmen liegenden Gebietes um Neubistritz) an Niederösterreich erklärt. In einem einstimmig gefassten Dringlichkeitsantrag wurde dieser Schritt nun auch von der konstituierenden Landesversammlung vollzogen. Mit der schrittweisen Besetzung des Gebietes durch tschechoslowakische Truppen zwischen 9. November und 16. Dezember 1918 sollten diese südmährischen Territorien allerdings bald wieder für Niederösterreich verloren gehen. Nicht so in greifbarer Nähe erschien zum damaligen Zeitpunkt ein Anschluss der überwiegend deutschen Komitate Westungarns, wie er vom Abgeordneten Alois Heilinger leidenschaftlich gefordert wurde. Dieser sollte, basierend auf den Pariser Vororteverträgen, dann allerdings zumindest teilweise stattfinden – wenn auch innerstaatlich nicht in Form eines An-



Paul von Hock und Leopold Waber



Alois Heilinger



Ansicht des historischen Sitzungssaals der Landesregierung.

schluss an Niederösterreich, sondern als eigenständiges Bundesland Burgenland.

Übrigens gab die Provisorische Landesversammlung Niederösterreichs keine Beitrittserklärung zum Staat Deutschösterreich ab. Man wird – auch angesichts des Grundtenors aller Wortmeldungen in der Sitzung vom 5. November 1918 – in der Interpretation nicht fehlgehen, dass dies als so selbstverständ-

lich erschien, dass man auf eine explizite Beschlussfassung glaubte verzichten zu können.

Die ganze Sitzung war von einer konsensualen Grundstimmung vonseiten der Christlichsozialen und Sozialdemokraten getragen. Erst die Redner am Ende der Sitzung sprachen dezidiert namens ihrer Parteien. Der spätere Landeshauptmann Albert Sever betonte, dass die politische Neuordnung in Niederösterreich nur auf breiter demokratischer Basis durchgeführt werden könne und auch „den Frauen ihre bisher vorenthaltenen Rechte gewährt werden“ müssten. Auch

Leopold Kunschak legte ein Bekenntnis zur Demokratie ab und sprach davon, „dass über die Geschicke eines Volkes dieses selbst zu entscheiden habe.“ Dies entsprach in etwa der damaligen offiziellen Sprachregelung seiner Partei zur Frage der Staatsform.

Der Rückzug Kaiser Karls erfolgte am 11. November. Ohne Abdankung oder förmliche Thronentsagung verzichtete er auf jeden weiteren Anteil an den Staatsgeschäften. Es war dies eine Kompromissformel, an

deren Zustandekommen Ignaz Seipel, der dem letzten kaiserlichen Kabinett als Sozialminister angehört hatte und der nunmehr als Verbindungsmann zur Christlichsozialen Partei und zur Kirche fungierte, maßgeblichen Anteil hatte. Nach den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen sprach sich nun auch bei den Christlichsozialen die Mehrheit der Abgeordneten für die Republik aus.

Seinen gesetzlichen Niederschlag fand das Verhältnis zwischen Gesamtstaat und Ländern am Tag der Ausrufung der Republik, dem 12. November 1918. Als Konsequenz der Entscheidung für die republikanisch-demokratische Staatsform wurden die bisherigen, noch auf Basis der Kurienwahl zustande gekommenen Landtage von der Provisorischen Nationalversammlung aufgehoben. Zwei Tage später, am 14. November 1918, traten an ihre Stelle die Provisorischen Landesversammlungen. Implizit wurde den Landesversammlungen die Gesetzgebungskompetenz der Landtage übertragen und so der bereits eingetretene Zustand gebilligt.

Die Gründung des neuen Staates war kein punktuelles Ereignis. Sie erfolgte in einem sich über mehrere Wochen erstreckenden Zeitraum. Eines der Charakteristika der Staatsgründungsphase war die enge Kooperation zwischen Zentralgewalt und Ländern. Formal mit den Beschlüssen vom 14. November 1918, de facto aber von Anfang an zeigte sich, dass dem föderalen Element eine konstitutive Rolle im neuen Staat zukommen sollte.



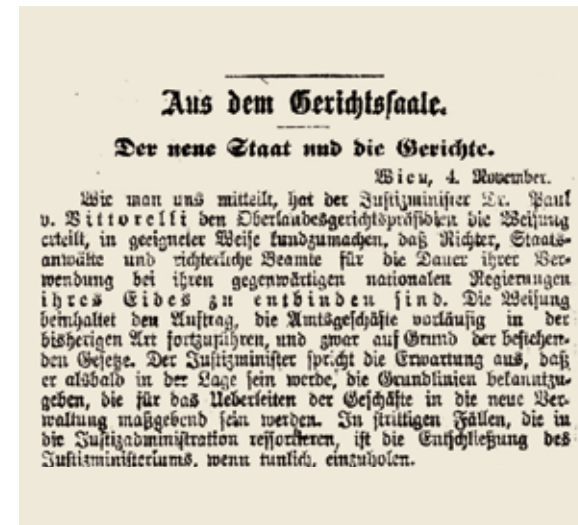
Auch 1918 stand die Zusammenarbeit im Land an erster Stelle.

DDR. KARL LENGHEIMER

100 JAHRE DEMOKRATIE, BUNDESSTAAT, ZUSAMMENARBEIT. Auszüge aus dem Protokoll der Provisorischen Landesversammlung Niederösterreich und Berichten der Tageszeitungen.

Demokratie

Eine demokratische Republik Deutschösterreich ist Anfang November 1918 noch im Werden. Noch hat der Kaiser keine Verzichtserklärung abgegeben, noch ist nicht klar, welche Organe der neue Staat haben wird und wie sie gewählt werden.

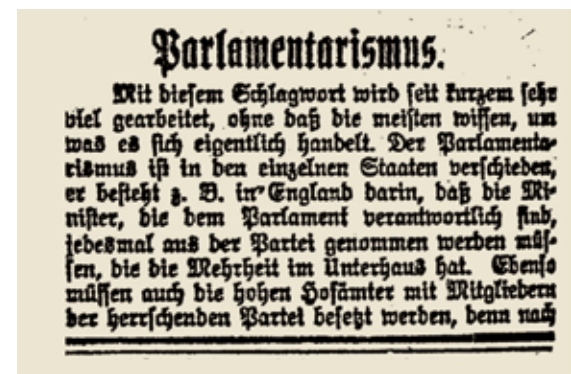


„Neue Freie Presse“ vom 5. November 1918

So berichtet die „Neue Freie Presse“ am 5. November, dass viele Richter unsicher sind, in wessen Namen sie ihre Urteile fällen sollen. „Im Namen seiner

Majestät des Kaisers“ scheint nicht mehr zu passen und die Republik ist noch nicht ausgerufen. Manche Richter beschließen daher, ihre Prozesse zunächst einmal zu vertagen.

Am 5. November sprechen Vertreterinnen von Frauenorganisationen aller Richtungen, unter ihnen die wegen ihres sozialen Engagements von Papst Benedikt XVI. seliggesprochene Sozialpolitikerin Hildegard Burjan, beim Staatsrat vor und werden von dessen Präsidenten Seitz empfangen. Ihre Forderungen: Frauen als Beiräte in allen Ausschüssen des Nationalrates und ein neues Wahlgesetz, welches das Frauenwahlrecht vorsieht.

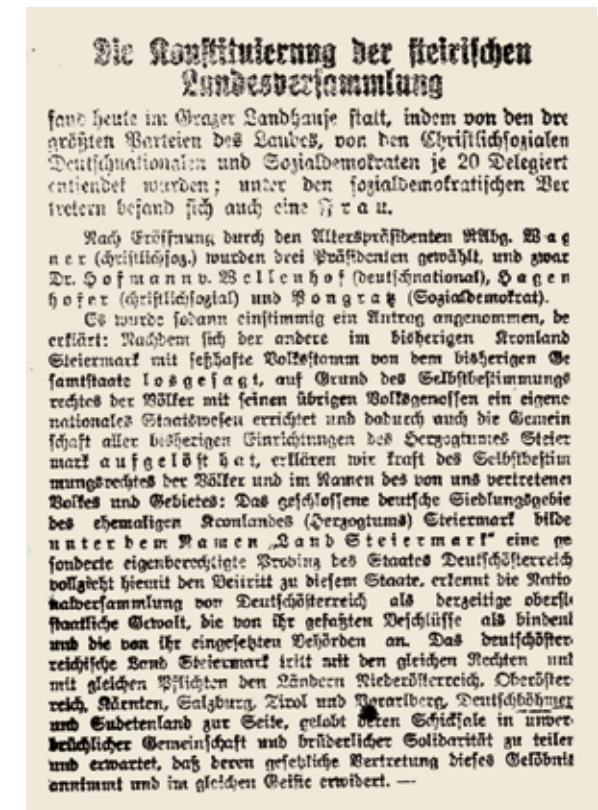


„Grazer Mittagszeitung“ vom 6. November 1918

Die „Grazer Mittagszeitung“ versucht in ihrer Ausgabe vom 6. November den Lesern zu erklären, was Parlamentarismus eigentlich ist. Es sei ein Schlagwort, mit dem in letzter Zeit viel gearbeitet werde, ohne dass die meisten wissen, um was es sich eigentlich handelt. Der Vorzug des Parlamentarismus sei es, dass Volksanschauung und Regierunganschauung sich decken. Zu hüten habe man sich aber vor einer zu einseitigen Abhängigkeit des Volkes von einzelnen, besonders gewandten Führern, aber auch davor, dass bei dem Glauben an Gesetz und Organisation die an und für sich schon ungeheuer gewachsene Gesetzesproduktion noch schlimmer wird. Eigentlich recht zeitgemäß.

Bei der Provisorischen Landesversammlung spricht schon der Berichterstatter Josef Stöckler, niederösterreichischer Landtagsabgeordneter der allgemeinen Wählerklasse seit 1903 und erster Obmann des NÖ Bauernbundes, den Wunsch nach einer demokratischen Verwaltung aus, wenn er sagt: „Gerade die Bevölkerung hat es als Bedürfnis empfunden, auch in politischer Beziehung von Männern verwaltet zu werden, die aus dem Volke stammen und mit dem Volke fühlen und denken. (Lebhafter Beifall.) Das Gegenteil hat dazu geführt, daß eine verständnislose Bureaucratie dem Volke gegenüberstand, und jede Initiative unterbunden war.“

Und der Sozialdemokrat Karl Seitz, Landtagsabgeordneter der allgemeinen Wählerklasse, Präsident der Nationalversammlung und später Bürgermeister von Wien, ergänzt: „So wie sich seinerzeit in den alten Tagen der Geschichte die Notwendigkeiten vollzogen haben durch die Macht einzelner Personen, müssen sie sich heute vollziehen durch die Macht des Volkes.“



„Reichspost“ vom 7. November 1918

Gelbregierung in Niederösterreich.

Dienstag mittag trat im Landhaussaal die provisorische Landesversammlung für Niederösterreich zusammen. Sie wurde vom Landesauschuss Mayer eröffnet und mit der Wahl der neuen Landesvertretung eingeleitet. Gewählt wurden als Landeshauptmann Leopold v. Steiner, als seine Stellvertreter Kittinger (deutschnational), Mayer und Sever, und zu Landesauschussbeisitzern Ranschagl, Mikas, Rudolf Müller, Bötzger, Sturm, Wolfert und Zwegbacher. Bei den Wahlen in den Ernährungsausschuss wehrte sich Freiherr v. Hof dagegen, daß den Freireichlichen von den sechszehn Sitzen keiner eingeräumt wurde. Auf Antrag Seig' wurde als sechzehntes Mitglied Friedmann gewählt. An Sozialdemokraten wurden gewählt: Bretschneider, David, Forstner, Reumann, Sigl.

Sodann begrüßte Bürgermeister Dr. Weiskirchner die deutsche Nationalversammlung, den Staatrat und die Staatssekretäre des neuen Staates und erklärte: Wir bringen der Volkregierung vollen Vertrauen entgegen und geloben ihr Treue und werktätige Mitarbeit. Unter dem schweren Druck der Bedingungen des Waffenstillstandes, die uns fast den Atem benehmen, senden wir schmerzfüllte Grüße an unsere Brüder im Deutschen Reich. (Lebhafte Beifall.) Diese Grüße sollen künden die Treue, die wir halten, und die untrennbare Gemeinschaft aller deutschen Volksgenossen. Wir können vorübergehend unterliegen, aber wir werden wiederum Kraft schöpfen zum kulturellen und wirtschaftlichen Wiederaufbau. Befreit von einem unseligen Militär- und Zivilbürokratismus wollen wir ans Werk gehen. (Lebhafte Beifall.)

Den wichtigsten Bericht, den über die Übernahme der politischen Verwaltung durch die provisorische Landesversammlung, erstattete Abgeordneter Stadler. Ueberauschenderweise stellte sich Freiherr v. Hof gegen diese Vereinbarung, die doch unerlässlich ist: sie bedeuete einen Eingriff in die souveränen Gesetzgebungsrechte der deutschösterreichischen Nationalversammlung und sei geeignet, an Stelle der einheitlichen Verwaltung ein Chaos zu begründen. Mit Recht erwiderte aber Seig, die Übernahme der politischen Verwaltung sei nur geeignet, einer Verwirrung zwischen autonomer und landesfürstlicher Verwaltung einen Riegel vorzuziehen. Es sei besser und zweckmäßiger, wenn die bisherige landesfürstliche Verwaltung mit der bisherigen autonomen Verwaltung vereinigt werde, und sofort den Entschluß zu fassen, in guter Solidarität mit den Bürgern des Gesamtstaates einträchtig zusammenzuwirken. Im übrigen haben alle Beschlüsse doch nur provisorischen Charakter.

„Arbeiter-Zeitung“ vom 6. November 1918

Nicht alle sind überzeugt von einer demokratischen Struktur auf Landesebene, etwa der deutschdemokratische Abgeordnete Paul Freiherr von Hock, Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes: **„Denken Sie, was das in der heutigen Zeit bedeutet, wo jede vielköpfige Regierung die größten Gefahren mit sich bringt und wo wir an allen Punkten der Verwaltung Männer aus dem Volke mit diktatorischer Gewalt brauchen und wo ein Aufschub jeden Tag große Gefahren mit sich bringen kann.“**

Bundesstaat

Noch ist unklar, wer von den Kronländern der Habsburgermonarchie zum neuen Staat Deutschösterreich gehören wird und wie dieser zustande kommt. Zwischen dem 1. und dem 11. November geben die späteren Bundesländer Beitrittserklärungen zum Staat „Deutschösterreich“ ab und konstituieren eigene Landesversammlungen. So kann schließlich in der Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung vom 12. November 1918, die „Deutschösterreich“ als demokratische Republik erklärte, Staatskanzler Dr. Renner feststellen: **„Die Grundlage unserer staatlichen Tätigkeit sind die Länder und Kreise, die in freiem Zusammenschluss ihren Beitritt zu dem Staate Deutschösterreich vollzogen haben.“**

Die Zeitungen informieren darüber ausführlich:

Die „Reichspost“ berichtet am 7. November vom Beschluss der Steiermärkischen Landesversammlung, dass „das deutschösterreichische Land Steiermark mit den gleichen Rechten und Pflichten den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg zur Seite tritt.“

Die „Arbeiterzeitung“ vom 6. November informiert über die am Vortag abgehaltene Sitzung der Provisorischen Landesversammlung Niederösterreich unter dem Titel „Selbstregierung in Niederösterreich“.

Wie aber sahen die Mitglieder der Provisorischen Landesversammlung selbst diese Angelegenheit?

Der Berichterstatter führt dazu aus:

„Eine Schwerfälligkeit und ein Mangel an Bewegungsfreiheit war überall zu verzeichnen. Wenn wir auf die Tätigkeit unserer autonomen Landesverwaltung in den letzten Jahrzehnten zurückblicken, so können wir den Fortschritt einer autonomen Verwaltung gegenüber dem starren politischen System am besten erkennen. (...)

Es gereicht mir zur hohen Befriedigung, daß so wie vor 14 Tagen in diesem Saale die gewählten Abgeordneten der deutschen Länder Österreichs alle zusammengestanden sind, um ihnen eine Volksregierung zu geben, auch heute einmütig alle Parteien im Lande Niederösterreich zusammenstehen und ihr Votum dahin einmütig abgeben, daß das Volk von seinen gewählten Vertretern regiert wird. Daher glaube ich, daß es angezeigt ist, daß die Herren einhellig den Beschluß fassen: Die politische Verwaltung Niederösterreichs und die Vollzugsgewalt wird durch die provisorische Landesversammlung übernommen.“

Damit wird klargestellt, dass Niederösterreich dem neuen Staat angehören, aber seine Regierung selbst in die Hand nehmen möchte. Da darf auch nicht der Hinweis darauf fehlen, was die Landesverwaltung

schon bisher für das Land geleistet hat. Leopold Kunschak, christlichsozialer Reichsrats- und Landtagsabgeordneter aus Wien, Schulreferent in der niederösterreichischen Landesregierung, Führer der christlichsozialen Arbeiterbewegung und noch in der 2. Republik Nationalratspräsident bis 1953, führt dazu aus: **„Die Vermehrung der Schulen und deren schultechnische Ausgestaltung, die große Zahl moderner, unter tätiger Mitwirkung der Landesverwaltung entstandener Schulbauten, die durch den Bau der Mariazeller und der Wien-Pressburger-Bahn besonders in Erscheinung tretende Ausgestaltung des Verkehrswesens, die Paläste der Landeswohlfahrtspflege und die das Land umspannende Organisation der Kinderfürsorge, die vielfach vorbildlich gewordene Reform der Gemeindeverwaltung, die Institution der Gewerbeförderung und die Maßnahmen auf dem Gebiete der Landeskultur, die nicht nur die Produktionsfähigkeit, sondern auch die Produktionsfreudigkeit unserer heimischen Landwirtschaft auf eine besondere Höhe brachten, alle diese Tatsachen legen Zeugnis ab für den gesunden Sinn und das hohe Pflichtbewußtsein der bisherigen Landesverwaltung.“**

Freilich sehen das nicht alle so. August Kemetter, Gymnasiallehrer in Mödling, dann in Wien, christlichsozialer Reichsratsabgeordneter, fürchtet um das Staatsganze, wenn er ausführt: **„Ich frage zunächst: Ist es nicht ein Vorgreifen in bezug auf die ganze Verfassung Deutschösterreichs (Abgeordneter Freiherr von Hock: So ist es!), was sich hier in Niederösterreich und anderen Ländern vollzieht? Die Nationalversammlung hat in bezug auf die Verfassung Deutschösterreichs noch gar nichts bestimmt. Wenn Sie hier in dieser Weise fortfahren, so kommen Sie nicht von**

oben nach unten zur Schaffung einer Verfassung für das ganze Deutschösterreich, daher zu einer einheitlichen Verfassung, sondern in einzelnen Gebieten zum Ausbau verschiedener Gebietsverfassungen, die dann möglicherweise nicht in Übereinstimmung stehen und unendlich schwer zusammengefaßt werden können und daher das ganze große Werk der Verfassungsgebung für den neuen Staat wesentlich zu beeinträchtigen imstande sind.“

Besonders die Idee, den Ländern auch Angelegenheiten der Bundesverwaltung zu übertragen, scheint manchen damals (wie übrigens auch heute) unvorstellbar.

Beim deutschdemokratischen Abgeordneten Paul Freiherr von Hock hört sich das so an: „Wir haben die Reichsgesetzgebung, wir haben Staatssekretäre, die die berufenen Vertreter der Bevölkerung sind, und Sie wollen gegen diese gesamtstaatliche Verwaltung eine Landesverwaltung einsetzen, die nicht bloß für ihren früheren autonomen Bereich, sondern für den Gesamtbereich der öffentlichen Verwaltung des Landes autonom wäre. Bedenken Sie nur, was das bedeutet, daß Sie zum Beispiel dem Staatssekretär des Innern damit jeden unmittelbaren Einfluß auf wichtige gemeinsame Belange im Lande Niederösterreich wegzunehmen im Begriffe sind.“

Der Berichterstatter Stöckler fasst die Debatte mit einer Erklärung anhand der damaligen Verhältnisse zusammen, die auch für die heutige Zeit einen sinnvollen Kompromiss zwischen zentraler und dezentraler Verwaltung plausibel scheinen lässt. „Wir gehen gewiß nicht renitent und revolutionär vor und fügen

uns, denn ich glaube, daß die Nationalversammlung von Deutschösterreich und unsere Vertretung uns Gewähr leistet, daß auch sie den Beschlüssen und den Bestimmungen des Staatsrates und der von ihm eingesetzten Staatsämter Folge leisten werden. Aber wir wollen nicht, daß alles über einen Leisten geschlagen wird. Wir wollen, daß die Verwaltung in jeder Weise erleichtert und daß es ermöglicht werde, den Interessen der Bevölkerung in jedem Belange zu dienen. Ein Unglück für Österreich war es immer, daß man alles gleich gehandelt hat, uns ebenso wie die Bukowina und die Dalmatiner so wie die Tschechen. Ich glaube, dieser Bruch wäre nicht herbeigeführt worden, wenn man den Verhältnissen in den einzelnen Ländern Rechnung getragen und sie nicht auseinanderregiert hätte. Man hat aber immer auseinanderregiert und nichts zusammengeführt, weil man die Interessen der Bevölkerung außer Acht gelassen hat.“

Politische Zusammenarbeit

Die Probleme der Bürgerinnen und Bürger waren weit größer, als man sich das heute vorzustellen vermag. Die Zeitungen berichten darüber. Insbesondere die Unterbrechung von Lebensmittellieferungen aus den ehemaligen Kronländern Böhmen und Ungarn, die mangelnde Belieferung mit Rohstoffen und die Versorgung der aus dem verlorenen Krieg heimkehrenden Soldaten machen der politischen Verwaltung zu schaffen.

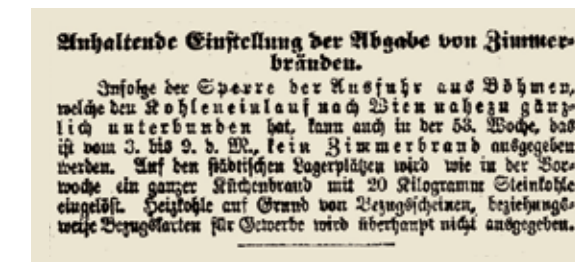
In den Zeitungen dieser Tage kann man darüber lesen:

Die Kronen-Zeitung vom 5. November berichtet von einem Familiendrama in Wien-Meidling, bei dem ein

Soldat und seine Frau sich und ihre vier Kinder wegen befürchteter Ausweglosigkeit getötet haben.



„Kronen-Zeitung“ vom 5. November 1918



„Neue Freie Presse“ vom 5. November 1918

Die „Neue Freie Presse“ berichtet, dass infolge der Ausfuhrsperrung von Kohle aus Böhmen von 3. bis 9. November kein „Zimmerbrand“ ausgegeben werden kann. Auch für Gewerbebetriebe gibt es keine Kohle. Durch die Beschlagnahme seitens der Nachbarregierungen bleibt täglich die Lieferung von 35.000 Liter Milch aus. Die Obstlieferungen beschränken sich auf Äpfel und Trauben aus Ungarn.

Die provisorische Landesversammlung Niederösterreichs

hat heute ihre konstituierende Sitzung abgehalten und zum Landeshauptmann Oberkurator v. Steiner, zu dessen Stellvertretern die Abgeordneten Mayer (christlichsozial), Sever (Sozialdemokrat) und Rittinger gewählt; in den Landesausschüß wurden wiedergewählt die Landesausschüsse Kunschak, Sturm und Müller, während die Vertreter des Großgrundbesitzes auschieden; neugewählt wurden die Christlichsozialen Miklas und Zwegbacher und die Sozialdemokraten Müller, Volkert und Pölzer. Der bisherige Landmarschall Prinz Liechtenstein, über dessen Anregung die deutschen Landesausschüsse vor kurzem erst diese demokratische Erweiterung der provisorischen Landesausschüsse vorgeschlagen hatten, war in der Versammlung nicht mehr erschienen; sein Wirken wurde von verschiedener Seite dankbar gewürdigt. Die Versammlung, der sämtliche Abgeordnete des ehemaligen Landtages mit Ausnahme der Birlikisten, der Großgrundbesitzerkurie und der Handelskammer, der Reichsratsabgeordneten Niederösterreichs beizuhören, konstituierte sich damit als provisorische Landesversammlung Niederösterreichs und beschloß auch sofort die politische Verwaltung von der Statthalterei zu übernehmen.

„Reichspost“ vom 6. November 1918

Die „Reichspost“ vom 6. November berichtet über die niederösterreichische Landesversammlung und meint, dass insbesondere die Parteienerklärungen der drei großen Gruppen den Eindruck der Einigkeit besiegeln, mit der das Stammland des versunkenen Reiches (gemeint Niederösterreich) an die Regelung seiner Angelegenheiten schreitet.

Am Beginn der Versammlung hatte der Wiener Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner den Willen zur Zusammenarbeit mit der neuen Staatsregierung Deutschösterreich ausgesprochen: „Ich halte es für unsere Pflicht, in der Geburtsstunde der Landesversammlung für Niederösterreich unserer obersten gesetzgebenden Gewalt und unserer neuen Regierung zu

gedenken. Wir begrüßen ohne Unterschied der Partei die deutsche Nationalversammlung, wir begrüßen den Staatsrat und die Staatssekretäre des neuen Staates ‚Deutschösterreich‘. Wir bringen der Volksregierung volles unbedingtes Vertrauen entgegen und geloben ihr Treue und werktätige Mitarbeit.“

Auch Karl Seitz ruft schon bei der Debatte über die Zusammensetzung des Ausschusses zur Zusammenarbeit auf.

Und der sozialdemokratische Abgeordnete Viktor Silberer ergänzt: „Es würde einen sehr schlechten Eindruck machen, wenn wir nicht bei unserer ersten Sitzung die strammste Einigkeit hätten.“

Leopold Kunschak erklärt namens der christlich-sozialen Mitglieder der Versammlung: „Im Namen der christlichsozialen Mitglieder dieser hohen Versammlung habe ich zu erklären, daß wir mit freudiger Dienstbereitschaft die uns zukommenden und zugedachten Arbeiten zu übernehmen bereit und ebenso entschlossen sind, unter Zurücksetzung alles einseitigen Parteiinteresses die Unerläßlichkeit eines einträchtigen Zusammenwirkens aller Parteien in allen unseren Entschlüssen und Handlungen anzuerkennen.“

Landeshauptmannstellvertreter Sever, von 1919 bis 1920 Landeshauptmann von Niederösterreich, erklärt die Bereitschaft der Sozialdemokraten zur Zusammenarbeit, weist aber darauf hin, dass noch eine allgemeine und gleiche Wahl aller Männer und Frauen nötig sei. „Wir Sozialdemokraten erklären uns zur Mitarbeit in der niederösterreichischen Landesversammlung bereit, wenngleich eine Mehrheit der Mitglieder dieser Versammlung keinesfalls auf Grund

des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes gewählt ist. Die bloß provisorische Eigenschaft der Landesversammlung gibt uns die Möglichkeit, die Mitarbeit zu leisten und die Notwendigkeit, die Landesverwaltung unverzüglich auf eine breitere Grundlage zu stellen, wie auch das Bedürfnis mit der so eng begrenzten Interessenvertretung zu brechen, zwingt uns dazu.“

Für die Deutschnationalen bestätigt den Willen zur Zusammenarbeit Karl Kittinger, Gastwirt aus Karlstein/Thaya, von der Provisorischen Landesversammlung gewählter Landeshauptmannstellvertreter, mit den Worten: „Wir werden für unser Vaterland in gemeinsamer friedlicher Arbeit, in freudiger Hingebung leben und unser Land Niederösterreich von den fürchterlichen moralischen und physischen Kriegsschäden möglichst bald und zielbewußt aufbauen.“

Dermalen ist ruhig Blut und bedingt notwendig, soll nicht fürchterliche Verwirrung und helle Revolution leben gesunden Aufbau unserer schönen Heimat Deutschösterreich unmöglich machen. Ein Bürgerkrieg ist das Schrecklichste für ein Volk. Mögen sich das alle sehr gut merken.

„Der Bauernbündler“ vom 6. November 1918

Die Zeitschrift „Der Bauernbündler“ warnt in ihrer Ausgabe vom 6. November 1918: „Ein Bürgerkrieg ist das Schrecklichste für ein Volk. Mögen sich das alle gut merken.“

Damals hat das nicht genutzt, es haben sich nicht alle gemerkt, wie wir aus der tragischen Geschichte der 1. Republik wissen. Wie halten wir es heute mit der politischen Zusammenarbeit?



Autoren



DR. HELMUT WOHNOUT

Dozent für Österreichische Geschichte an der Karl-Franzens-Universität Graz, Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt/Bundespressedienst, Geschäftsführer des Karl von Vogelsang-Institutes.

Zahlreiche Publikationen, u.a. „Alois Mock. Ein Politiker schreibt Geschichte“ (gemeinsam mit Martin Eichinger; Styria Verlag 2008); „Leopold Figl und das Jahr 1945. Von der Todeszelle auf den Ballhausplatz“ (Residenz Verlag: 2015); zuletzt: „Österreich und Italien im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit“ (hg. gemeinsam mit Maddalena Giuotto; Verlag Böhlau: 2018).

UNIV.-PROF. I.R., DR. PHIL. ERNST BRUCKMÜLLER

Geboren 23.4.1945 in Niederösterreich, Matura in Melk 1963, 1976 Habilitation, 1977 ao. Univ.-Prof. für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien, seit 2000 Univ.-Prof. Seit 1991 Vorsitzender des Instituts für Österreichkunde, seit 2003 korrespondierendes, seit 2006 wirkliches Mitglied der Österr. Akademie der Wissenschaften, 2009–2013 Direktor des Institutes Österreichisches Biographisches Lexikon der ÖAW. Forschungsgebiete: Sozialgeschichte, Agrargeschichte, Geschichte des Bürgertums, historische Biographik, Geschichte der Nationsbildung.

Zahlreiche Publikationen wie beispielsweise „Sozialgeschichte Österreichs“ (2. Auflage; 25. Oktober 2000) und „Nation Österreich“ (2. Auflage; 1996).

DDR. KARL LENGHEIMER, LANDTAGSDIREKTOR A.D.

Studium der Rechtswissenschaft sowie der Staatswissenschaft mit anschl. Promotion, beides an der Universität Wien. Tätig in verschiedenen öffentlichen Funktionen, u.a. Bezirksvorsteher in Wien, Klubdirektor im Landtag von Niederösterreich, zuletzt NÖ Landtagsdirektor bis 2010.

Zahlreiche Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Rechts- und Politikwissenschaft; zuletzt erschienen: „Politgebiete – Einblick in die politische Wirklichkeit“ (Stein-Verlag) und „Gesundheitskur für die Bundesverfassung“ (im Jahrbuch für politische Beratung, Sonderband 1; edition mezzogiorno: 2017).

MAG. DR. STEFAN EMINGER

Leiter des Referates Zeitgeschichte im NÖ Landesarchiv.

Publikationen u.a. „Niederösterreich im 20. Jahrhundert“ (3 Bände: Politik, Wirtschaft Kultur; gem. mit Ernst Langthaler, Oliver Kühschelm, Peter Melichar; Wien/Köln/Weimar: 2008); „Niederösterreich. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart“ (gem. mit Ernst Langthaler; Innsbruck/Wien: 2013); „Nationalsozialismus in Niederösterreich. Opfer.Täter.Gegner“ (in Vorbereitung; gem. mit Ernst Langthaler, Klaus-Dieter Mulley).



STENOGRAPHISCHES

Protokoll

der konstituierenden Sitzung der
provisorischen niederösterreichischen
Landesversammlung

5. November 1918

2.050 C
ST 1918/19, LV, 1P

Stenographisches Protokoll

der
konstituierenden Sitzung der provisorischen niederösterreichischen Landesversammlung

am 5. November 1918.

Inhalt.

- Ansprache des Landmarschall-Stellvertreters Mayer (Seite 2).
- Ansprache des Landeshauptmannes Leopold v. Steiner (Seite 2).
- Abwesenheitsanzeigen (Seite 2).
- Wahl von Schriftführern und Ordnern (Seite 2).
- Wahl des Landeshauptmannes und dreier Landeshauptmann-Stellvertreter (Seite 2, 4 und 19). — Redner: Bürgermeister Dr. Weiskirchner (Seite 5).
- Wahl von sieben Landesausschüssen (Seite 4).
- Wahl eines siebzehngliedrigen Ernährungsausschusses (Seite 4 und 5).
- Wahl eines Finanzkontrollausschusses (Seite 19).
- Übernahme der politischen Verwaltung Niederösterreichs durch die provisorische Landesversammlung, Berichterstatter Stöckler (Seite 6 und 14). — Redner: die Abgeordneten Freiherr v. Hock (Seite 7), Dr. Heilingner (Seite 8), Seitz (Seite 9), Gruber (Seite 11), Kemetter (Seite 12), Dr. Waber (Seite 13).
- Erklärungen der Abgeordneten Sever (Seite 20), Kunschak (Seite 20), Kittinger (Seite 21).
- Dringlichkeitsanträge:
- des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und Genossen, betreffend die Ermächtigung der Gemeinde Wien zur Beschaffung eines Betrages von 250 Millionen Kronen zur Deckung der bisher aufgelaufenen und noch weiter auflaufenden Kriegsauslagen im Wege einer Kreditoperation (Seite 16). — Redner: Bürgermeister Dr. Weiskirchner (Seite 16), Abgeordneter Reumann (Seite 17);
 - des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, Landmarschall-Stellvertreters Johann Mayer und Genossen, betreffend den Anschluß des Deutsch-südmährischen Kreises an das Kronland Niederösterreich (Seite 17). — Redner: Bürgermeister Dr. Weiskirchner (Seite 18), Abgeordneter Dr. Waber (Seite 18);
 - der Abgeordneten Parrer und Genossen, betreffend die Wahl eines Beirates für die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, Zweigstelle Niederösterreich (Seite 19).
- Anträge:
- der Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen, betreffend die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, sowie betreffend sofortige Errichtung von Verpflegstellen für durchziehende Truppen, Truppenteile und Kriegsgefangene (Seite 22);
 - der Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen, betreffend Sicherung der Lebensmittelvorräte in den Flüchtlingslagern Niederösterreichs (Seite 22);
 - der Abgeordneten List, Jukel, Eisenhut, Gruber und Genossen, betreffend ausgiebigen Abschluß von Hochwild (Seite 23).

Stenographisches Protokoll

der
konstituierenden Sitzung der provisorischen niederösterreichischen Landesversammlung

am 5. November 1918.

Inhalt.

- Ansprache des Landmarschall-Stellvertreters Mayer (Seite 2).
- Ansprache des Landeshauptmannes Leopold v. Steiner (Seite 2).
- Abwesenheitsanzeigen (Seite 2).
- Wahl von Schriftführern und Ordnern (Seite 2).
- Wahl des Landeshauptmannes und dreier Landeshauptmann-Stellvertreter (Seite 2, 4 und 19). — Redner: Bürgermeister Dr. Weiskirchner (Seite 5).
- Wahl von sieben Landesausschüssen (Seite 4).
- Wahl eines siebzehngliedrigen Ernährungsausschusses (Seite 4 und 5).
- Wahl eines Finanzkontrollausschusses (Seite 19).
- Übernahme der politischen Verwaltung Niederösterreichs durch die provisorische Landesversammlung, Berichterstatter Stöckler (Seite 6 und 14). — Redner: die Abgeordneten Freiherr v. Hock (Seite 7), Dr. Heilingner (Seite 8), Seitz (Seite 9), Gruber (Seite 11), Kemetter (Seite 12), Dr. Waber (Seite 13).
- Erklärungen der Abgeordneten Sever (Seite 20), Kunschak (Seite 20), Kittinger (Seite 21).
- Dringlichkeitsanträge:
- des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und Genossen, betreffend die Ermächtigung der Gemeinde Wien zur Beschaffung eines Betrages von 250 Millionen Kronen zur Deckung der bisher aufgelaufenen und noch weiter auflaufenden Kriegsauslagen im Wege einer Kreditoperation (Seite 16). — Redner: Bürgermeister Dr. Weiskirchner (Seite 16), Abgeordneter Reumann (Seite 17);
 - des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, Landmarschall-Stellvertreters Johann Mayer und Genossen, betreffend den Anschluß des Deutsch-südmährischen Kreises an das Kronland Niederösterreich (Seite 17). — Redner: Bürgermeister Dr. Weiskirchner (Seite 18), Abgeordneter Dr. Waber (Seite 18);
 - der Abgeordneten Parrer und Genossen, betreffend die Wahl eines Beirates für die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, Zweigstelle Niederösterreich (Seite 19).
- Anträge:
- der Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen, betreffend die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, sowie betreffend sofortige Errichtung von Verpflegstellen für durchziehende Truppen, Truppenteile und Kriegsgefangene (Seite 22);
 - der Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen, betreffend Sicherung der Lebensmittelvorräte in den Flüchtlingslagern Niederösterreichs (Seite 22);
 - der Abgeordneten List, Jukel, Eisenhut, Gruber und Genossen, betreffend ausgiebigen Abschluß von Hochwild (Seite 23).

(Beginn der Sitzung: 12 Uhr 27 Minuten.)

Vorsitzender Landmarschall-Stellvertreter Johann Mayer: Meine hochverehrten Herren! Das deutsche Volk in Österreich steht an einem Wendepunkte seiner Geschichte, mit ihm das Stammland des versunkenen Reiches, unsere geliebte Heimat Niederösterreich.

Ein verlorener Krieg, den wir Deutschen von Anbeginn als Verteidigungskampf aufgefaßt und geführt haben, hat zum Sturze gebracht, was längst schon morsch gewesen ist. Voll heißen Dankes neigen wir uns vor den ungezählten Tausenden unserer Volksgenossen, deren Leiber fremde Erde deckt, vor den Braven, die in diesem Kriege das Opfer ihrer Gesundheit, ihrer geraden Glieder gebracht haben. Heldentaten ohnegleichen haben die militärische Niederlage leider nicht abzuwenden vermocht. Aber nicht umsonst ist soviel teures Blut geflossen, eine neue Zeit ist aus dieser Saat gereift. Daß diese neue Zeit eine Ära des Wohles und Glückes für unser gesamtes deutsches Volk werde, ist das heilige Vermächtnis, das uns unsere gefallenen Söhne und Brüder hinterlassen haben.

Diese hohe Mission zu vollziehen oder doch ihren Vollzug einzuleiten, haben wir, die Beauftragten des Volkes, uns heute hier an dieser historischen Stätte versammelt. Als dem Stellvertreter des zurückgetretenen Landmarschalls Prinzen Alois Liechtenstein, dessen Verdienste um die Landesverwaltung ihm den Dank der Bevölkerung und einen Ehrenplatz in der Heimatgeschichte sichern (*lebhafter Beifall*), obliegt es mir, Sie, meine hochverehrten Herren, herzlichst zu begrüßen, wobei ich der Überzeugung Ausdruck gebe, daß uns das Bewußtsein unserer Sendung und die Liebe zu unserem Volke auch die Kraft verleihen werden, den Aufgaben von ungeahnter Größe gerecht zu werden. Die große Zeit soll und darf kein kleines Geschlecht vorfinden.

Ans Werk denn ohne Zagen! Das geeinte Schaffen des Bürgers, Bauers und Arbeiters wird das Dichterwort wahr machen: „Das Alte stürzt, es ändern sich die Zeiten und neues Leben blüht aus den Ruinen.“

Und so eröffne ich denn diese denkwürdige Sitzung mit dem Rufe: Heil dem herrlichen deutschen Volke in Österreich, Heil unserer schönen deutschen Heimat! (*Lebhafter Beifall und Heil!-Rufe.*)

Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt die Herren Abgeordneten Höher und Wagner.

Ich erlaube mir als Schriftführer vorzuschlagen die Herren Parrer, Pittner, Forstner, Sever, Spalowsky und Dr. Nepustil. Sind die Herren einverstanden? (*Zustimmung.*) Ich bitte

die geehrten Herren Schriftführer, ihre Plätze einzunehmen.

Als Ordner berufe ich, wenn keine Einwendung erfolgt, die Herren Pölzer und Grim.

Wir kommen nun zum ersten Punkt der Tagesordnung: Konstituierung der provisorischen Landesversammlung.

Hierzu hat der Herr Bürgermeister der Stadt Wien das Wort.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Zum ersten Punkt der Tagesordnung erlaube ich mir im Sinne der Vereinbarungen der Parteien die Wahl eines Landeshauptmannes, dreier Landeshauptmann-Stellvertreter und von sieben Landesausschüssen zu beantragen.

Ferner beantrage ich, daß die Wahl durch Zuruf erfolgt. Es obliegt mir in erster Linie, einen Antrag auf Wahl eines Landeshauptmannes zu stellen und ich bitte, als solchen Herrn Kollegen Leopold v. Steiner zu wählen.

Vorsitzender Mayer: Die geehrten Herren haben den Antrag des Herrn Bürgermeisters gehört, es wird als Kandidat für die Stelle des Landeshauptmannes Herr Oberkurator Leopold v. Steiner vorgeschlagen. (*Beifall.*) Es ist weiter der Antrag gestellt worden, daß die Wahl durch Zuruf erfolgen soll. Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? (*Nach einer Pause:*) Herr Abgeordneter Dr. Ofner.

Abgeordneter Dr. Ofner: Ich bemerke, daß wir gegen diese Wahl keinen Einspruch erheben, daß wir aber Einspruch erheben gegen die weitere Wahl der drei Landeshauptmann-Stellvertreter durch Zuruf. (*Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Diese Wahl kommt ja erst!*)

Vorsitzender Mayer: Wir kommen nun zur Abstimmung und bitte ich jene Herren, welche für die Anträge des Herrn Bürgermeisters sind, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Ich bitte um die Gegenprobe. (*Nach einer Pause:*) Ich konstatiere die einstimmige Annahme. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Das Wort hat der Herr Landeshauptmann Leopold v. Steiner.

Landeshauptmann Leopold v. Steiner: Meine sehr geehrten Herren! Hochgeehrt durch die mir zuteil gewordene Berufung zur Leitung der niederösterreichischen Landeskommission, bitte ich Sie, für das mir dadurch erwiesene Vertrauen meinen ergebensten Dank entgegenzunehmen.

(Beginn der Sitzung: 12 Uhr 27 Minuten.)

Vorsitzender Landmarschall-Stellvertreter Johann Mayer: Meine hochverehrten Herren! Das deutsche Volk in Österreich steht an einem Wendepunkte seiner Geschichte, mit ihm das Stammland des versunkenen Reiches, unsere geliebte Heimat Niederösterreich.

Ein verlorener Krieg, den wir Deutschen von Anbeginn als Verteidigungskampf aufgefaßt und geführt haben, hat zum Sturze gebracht, was längst schon morsch gewesen ist. Voll heißen Dankes neigen wir uns vor den ungezählten Tausenden unserer Volksgenossen, deren Leiber fremde Erde deckt, vor den Braven, die in diesem Kriege das Opfer ihrer Gesundheit, ihrer geraden Glieder gebracht haben. Heldentaten ohnegleichen haben die militärische Niederlage leider nicht abzuwenden vermocht. Aber nicht umsonst ist soviel teures Blut geflossen, eine neue Zeit ist aus dieser Saat gereift. Daß diese neue Zeit eine Ära des Wohles und Glückes für unser gesamtes deutsches Volk werde, ist das heilige Vermächtnis, das uns unsere gefallenen Söhne und Brüder hinterlassen haben.

Diese hohe Mission zu vollziehen oder doch ihren Vollzug einzuleiten, haben wir, die Beauftragten des Volkes, uns heute hier an dieser historischen Stätte versammelt. Als dem Stellvertreter des zurückgetretenen Landmarschalls Prinzen Alois Liechtenstein, dessen Verdienste um die Landesverwaltung ihm den Dank der Bevölkerung und einen Ehrenplatz in der Heimatgeschichte sichern (*lebhafter Beifall*), obliegt es mir, Sie, meine hochverehrten Herren, herzlichst zu begrüßen, wobei ich der Überzeugung Ausdruck gebe, daß uns das Bewußtsein unserer Sendung und die Liebe zu unserem Volke auch die Kraft verleihen werden, den Aufgaben von ungeahnter Größe gerecht zu werden. Die große Zeit soll und darf kein kleines Geschlecht vorfinden.

Ans Werk denn ohne Zagen! Das geeinte Schaffen des Bürgers, Bauers und Arbeiters wird das Dichterwort wahr machen: „Das Alte stürzt, es ändern sich die Zeiten und neues Leben blüht aus den Ruinen.“

Und so eröffne ich denn diese denkwürdige Sitzung mit dem Rufe: Heil dem herrlichen deutschen Volke in Österreich, Heil unserer schönen deutschen Heimat! (*Lebhafter Beifall und Heil!-Rufe.*)

Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt die Herren Abgeordneten Höher und Wagner.

Ich erlaube mir als Schriftführer vorzuschlagen die Herren Parrer, Pittner, Forstner, Sever, Spalowsky und Dr. Nepustil. Sind die Herren einverstanden? (*Zustimmung.*) Ich bitte

die geehrten Herren Schriftführer, ihre Plätze einzunehmen.

Als Ordner berufe ich, wenn keine Einwendung erfolgt, die Herren Pölzer und Grim.

Wir kommen nun zum ersten Punkt der Tagesordnung: Konstituierung der provisorischen Landesversammlung.

Hierzu hat der Herr Bürgermeister der Stadt Wien das Wort.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Zum ersten Punkt der Tagesordnung erlaube ich mir im Sinne der Vereinbarungen der Parteien die Wahl eines Landeshauptmannes, dreier Landeshauptmann-Stellvertreter und von sieben Landesausschüssen zu beantragen.

Ferner beantrage ich, daß die Wahl durch Zuruf erfolgt. Es obliegt mir in erster Linie, einen Antrag auf Wahl eines Landeshauptmannes zu stellen und ich bitte, als solchen Herrn Kollegen Leopold v. Steiner zu wählen.

Vorsitzender Mayer: Die geehrten Herren haben den Antrag des Herrn Bürgermeisters gehört, es wird als Kandidat für die Stelle des Landeshauptmannes Herr Oberkurator Leopold v. Steiner vorgeschlagen. (*Beifall.*) Es ist weiter der Antrag gestellt worden, daß die Wahl durch Zuruf erfolgen soll. Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? (*Nach einer Pause:*) Herr Abgeordneter Dr. Ofner.

Abgeordneter Dr. Ofner: Ich bemerke, daß wir gegen diese Wahl keinen Einspruch erheben, daß wir aber Einspruch erheben gegen die weitere Wahl der drei Landeshauptmann-Stellvertreter durch Zuruf. (*Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Diese Wahl kommt ja erst!*)

Vorsitzender Mayer: Wir kommen nun zur Abstimmung und bitte ich jene Herren, welche für die Anträge des Herrn Bürgermeisters sind, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Ich bitte um die Gegenprobe. (*Nach einer Pause:*) Ich konstatiere die einstimmige Annahme. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Das Wort hat der Herr Landeshauptmann Leopold v. Steiner.

Landeshauptmann Leopold v. Steiner: Meine sehr geehrten Herren! Hochgeehrt durch die mir zuteil gewordene Berufung zur Leitung der niederösterreichischen Landeskommission, bitte ich Sie, für das mir dadurch erwiesene Vertrauen meinen ergebensten Dank entgegenzunehmen.

Die Aufgabe, die Sie mir übertragen, ist angesichts der heutigen Verhältnisse eine schwere und verantwortungsvolle. Ob ich ihr gewachsen sein werde, muß die Zukunft lehren; daß es mir an gutem Willen und ehrlichem Streben nicht fehlt, dessen brauche ich Sie wohl nicht erst zu versichern.

In dem Augenblicke, da ich sie übernehme, erachte ich es als eine Pflicht, bei deren Erfüllung ich mich mit Ihnen allen eines Sinnes weiß, dem bisherigen hochverdienten Herrn Landmarschall, dem Prinzen Alois von und zu Liechtenstein für die zielbewußte und von wahrer demokratischer Geistes erfüllte Führung der Landesvertretung und dem hohen Landesaussschusse für die erfolgreiche Wirksamkeit bei Verwaltung des Landes, die namentlich in der Kriegszeit an die einzelnen Herren Referenten die höchsten Anforderungen gestellt hat, den wärmsten Dank abzustatten. (*Lebhafte Beifall.*) Die Tätigkeit der letzten niederösterreichischen Landesvertretung gehört der Geschichte an und wird in ihr die volle Würdigung erfahren.

Jetzt gilt es, unser deutschösterreichisches Vaterland neu aufzubauen und die Grundlagen für die Wiedererstarkung des so schwer erschütterten Wirtschaftslebens zu schaffen. Neue Wege sollen dazu beschritten, aberkommene Anschauungen durch neuzeitige Auffassungen ersetzt werden. Die Zersplitterung der Verwaltung, die eine Zersplitterung der Kräfte zum Schaden fortschrittlicher Entwicklung mit sich gebracht hat, wird beseitigt und die Selbstverwaltung übernimmt die administrativen Aufgaben, die der Staat mit seiner bürokratischen Organisation zum Vorteile der Bevölkerung zu versehen, sich als unermügend erwiesen hat.

Nicht mehr Zwischenglieder staatlicher Verwaltung, der Lokalbehörden und der Zentralstellen, sollen die Landesstellen sein, sondern öffentlich-rechtliche Träger von Wohlfahrtseinrichtungen unter Zusammenfassung aller materiellen und geistigen Potenzen, die bisher in unüberbrückbarem Gegensatz lokaler oder Standesinteressen ungenützt geblieben sind.

Die unmittelbare Aufgabe, deren Lösung wir, befreit von nationalen Kämpfen, unsere vollste Aufmerksamkeit, unsere ganze Kraft widmen können, aber auch müssen, sind:

Die Erhaltung der Ruhe und Ordnung, die Ernährungsfrage und die Einwirkung auf mögliche Ausgleichung der Klassengegensätze. (*Beifall.*)

Die nach Einstellung der Erzeugung von Heeresbedarf bis zur Umgestaltung der Betriebe auf die normale Friedensproduktion zu befürchtende Arbeitslosigkeit schafft eine Quelle der Unzufriedenheit und drängender Sucht nach gewaltsamer Abhilfe, die den rechtlich erworbenen Besitz schwer gefährdet. Eine strenge Erfassung des im Kriege ungebührlich

Erworbenen zur Vinderung unverschuldeter Not ist ein Gebot der Gerechtigkeit (*Beifall*), sie muß sich aber in gesetzlichen Bahnen vollziehen und darf in einem geordneten Staatswesen nicht geduldet werden, daß Selbsthilfe einreißt, deren Grenzen unberechenbar sind.

Die Absperrung Deutschösterreichs von den Erzeugungsquellen der benachbarten Volksstaaten zwingt uns, die heimische Produktion von Ernährungsstoffen mit allen Mitteln auf das kräftigste zu fördern, wenn wir nicht einer Hungersnot preisgegeben werden sollen. Wir werden daher uns um die Sicherstellung von Saatgut, die Beistellung von Kunstdünger, von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, von Zugtieren usw. zu bekümmern und auf Zuzug von wirklich brauchbaren Arbeitskräften für Anbau und Ernte Bedacht zu nehmen haben (*Beifall*), ebenso aber auf eine gerechte Verteilung der gewonnenen Nährstoffe und auf die Förderung des Gemeinschafts- und Kriegsgüterwesens.

Der Krieg mit seinen unvermeidlichen und teilweise auch durch brutale Ausnutzung der Konjunktur selbstverschuldeten Folgen hat die Klassengegensätze aufs äußerste verschärft; ihre mögliche Ausgleichung ist eine Pflicht der Verwaltung und wird zu diesem Behufe die Erleichterung der Lebenshaltung der Bedürftigen, insbesondere auch des Mittelstandes eine rigorose Handhabung der Vorschriften über den Vertrieb von notwendigen Bedarfsartikeln, namentlich über die Preisbildung, die Schaffung von Arbeitsgelegenheit, erforderlichenfalls von Notstandsarbeiten, die Einwirkung auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einsichtsvoller Verständigung über die beiderseitigen Interessen, die Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kranke, für Witwen und Waisen, für Mutter- und Kinderschutz und die Arbeitslosenfürsorge erforderlich sein.

Die Stadt Wien als das größte, fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung umfassende Gemeinwesen Deutschösterreichs, bedarf unserer besonders liebevollen Förderung, ist doch auch sie durch die eintretenden Umwälzungen am schwersten getroffen.

Dafür, daß sie ihren deutschen Charakter gegen allen nationalen Ansturm so mannhaft zu verteidigen wußte, soll Wien jetzt der Dank des deutschen Volkes zuteil werden. (*Lebhafter Beifall.*)

Die Landesverwaltung wird daher dem Blühen und Gedeihen der Stadt Wien ihr volles Interesse entgegenbringen, nicht nur deshalb, weil uns dies eine Sache unseres Herzens ist, sondern auch deshalb, weil wir die Sorge um die Entwicklung dieser alten deutschen Kulturstätte als eine heilige Pflicht betrachten, die uns von unserem Gewissen auferlegt ist.

Unser Programm wird heißen: Wirtschaftliche und soziale Arbeit durch das Volk und für das

Die Aufgabe, die Sie mir übertragen, ist angesichts der heutigen Verhältnisse eine schwere und verantwortungsvolle. Ob ich ihr gewachsen sein werde, muß die Zukunft lehren; daß es mir an gutem Willen und ehrlichem Streben nicht fehlt, dessen brauche ich Sie wohl nicht erst zu versichern.

In dem Augenblicke, da ich sie übernehme, erachte ich es als eine Pflicht, bei deren Erfüllung ich mich mit Ihnen allen eines Sinnes weiß, dem bisherigen hochverdienten Herrn Landmarschall, dem Prinzen Alois von und zu Liechtenstein für die zielbewußte und von wahrer demokratischer Geistes erfüllte Führung der Landesvertretung und dem hohen Landesaussschusse für die erfolgreiche Wirksamkeit bei Verwaltung des Landes, die namentlich in der Kriegszeit an die einzelnen Herren Referenten die höchsten Anforderungen gestellt hat, den wärmsten Dank abzustatten. (*Lebhafter Beifall.*) Die Tätigkeit der letzten niederösterreichischen Landesvertretung gehört der Geschichte an und wird in ihr die volle Würdigung erfahren.

Jetzt gilt es, unser deutschösterreichisches Vaterland neu aufzubauen und die Grundlagen für die Wiedererstarkung des so schwer erschütterten Wirtschaftslebens zu schaffen. Neue Wege sollen dazu beschritten, überkommene Anschauungen durch neuzeitige Auffassungen ersetzt werden. Die Zersplitterung der Verwaltung, die eine Zersplitterung der Kräfte zum Schaden fortschrittlicher Entwicklung mit sich gebracht hat, wird beseitigt und die Selbstverwaltung übernimmt die administrativen Aufgaben, die der Staat mit seiner bürokratischen Organisation zum Vorteile der Bevölkerung zu versehen, sich als unvermögend erwiesen hat.

Nicht mehr Zwischenglieder staatlicher Verwaltung, der Lokalbehörden und der Zentralstellen, sollen die Landesstellen sein, sondern öffentlich-rechtliche Träger von Wohlfahrtseinrichtungen unter Zusammenfassung aller materiellen und geistigen Potenzen, die bisher in unüberbrückbarem Gegensatz lokaler oder Standesinteressen ungenützt geblieben sind.

Die unmittelbare Aufgabe, deren Lösung wir, befreit von nationalen Kämpfen, unsere vollste Aufmerksamkeit, unsere ganze Kraft widmen können, aber auch müssen, sind:

Die Erhaltung der Ruhe und Ordnung, die Ernährungsfrage und die Einwirkung auf mögliche Ausgleichung der Klassengegensätze. (*Beifall.*)

Die nach Einstellung der Erzeugung von Heeresbedarf bis zur Umgestaltung der Betriebe auf die normale Friedensproduktion zu befürchtende Arbeitslosigkeit schafft eine Quelle der Unzufriedenheit und drängender Sucht nach gewaltsamer Abhilfe, die den rechtlich erworbenen Besitz schwer gefährdet. Eine strenge Erfassung des im Kriege ungebührlich

Erworbenen zur Vinderung unverschuldeter Not ist ein Gebot der Gerechtigkeit (*Beifall*), sie muß sich aber in gesetzlichen Bahnen vollziehen und darf in einem geordneten Staatswesen nicht geduldet werden, daß Selbsthilfe einreißt, deren Grenzen unberechenbar sind.

Die Absperrung Deutschösterreichs von den Erzeugungsquellen der benachbarten Volksstaaten zwingt uns, die heimische Produktion von Ernährungsstoffen mit allen Mitteln auf das kräftigste zu fördern, wenn wir nicht einer Hungersnot preisgegeben werden sollen. Wir werden daher uns um die Sicherstellung von Saatgut, die Beistellung von Kunstdünger, von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, von Zugtieren usw. zu bekümmern und auf Zuzug von wirklich brauchbaren Arbeitskräften für Anbau und Ernte Bedacht zu nehmen haben (*Beifall*), ebenso aber auf eine gerechte Verteilung der gewonnenen Nährstoffe und auf die Förderung des Gemeinschafts- und Kriegsgüterwesens.

Der Krieg mit seinen unvermeidlichen und teilweise auch durch brutale Ausnutzung der Konjunktur selbstverschuldeten Folgen hat die Klassengegensätze aufs äußerste verschärft; ihre mögliche Ausgleichung ist eine Pflicht der Verwaltung und wird zu diesem Behufe die Erleichterung der Lebenshaltung der Bedürftigen, insbesondere auch des Mittelstandes eine rigorose Handhabung der Vorschriften über den Vertrieb von notwendigen Bedarfsartikeln, namentlich über die Preisbildung, die Schaffung von Arbeitsgelegenheit, erforderlichenfalls von Notstandsarbeiten, die Einwirkung auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einsichtsvoller Verständigung über die beiderseitigen Interessen, die Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kranke, für Witwen und Waisen, für Mutter- und Kinderschutz und die Arbeitslosenfürsorge erforderlich sein.

Die Stadt Wien als das größte, fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung umfassende Gemeinwesen Deutschösterreichs, bedarf unserer besonders liebevollen Förderung, ist doch auch sie durch die eintretenden Umwälzungen am schwersten getroffen.

Dafür, daß sie ihren deutschen Charakter gegen allen nationalen Ansturm so mannhaft zu verteidigen wußte, soll Wien jetzt der Dank des deutschen Volkes zuteil werden. (*Lebhafter Beifall.*)

Die Landesverwaltung wird daher dem Blühen und Gedeihen der Stadt Wien ihr volles Interesse entgegenbringen, nicht nur deshalb, weil uns dies eine Sache unseres Herzens ist, sondern auch deshalb, weil wir die Sorge um die Entwicklung dieser alten deutschen Kulturstätte als eine heilige Pflicht betrachten, die uns von unserem Gewissen auferlegt ist.

Unser Programm wird heißen: Wirtschaftliche und soziale Arbeit durch das Volk und für das

Volk. Jede Anregung, die uns zukommt, soll sorgsam geprüft, jeder verwendbare Vorschlag aber auch unverzüglich durchgeführt werden. Um im Interesse unseres so schwer geprüften Volkes erfolgreich wirken zu können, bedürfen wir der fortgesetzten nachdrücklichen Unterstützung der Presse, die aufklärend und beruhigend wirken soll.

So hoffen wir mit vereinten Kräften allmählich zur Heilung der Wunden zu gelangen, die dieser unselige Krieg geschlagen hat um künftigen Geschlechtern die Wege zu einem freien, aufstrebenden, glücklichen Deutschösterreich ebnen zu können.

Ich schließe meine Ausführungen mit dem Rufe: „Gott schütze das deutschösterreichische Volk jetzt und immerdar!“ *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vorsitzender Landesausschuß **Mayer**: Darf ich den gewählten Herrn Landeshauptmann bitten, den Vorsitz zu übernehmen?

Landeshauptmann v. **Steiner** *(den Vorsitz übernehmend)*: Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung hat sich Herr Bürgermeister Dr. Weiskirchner zum Worte gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bürgermeister Dr. **Weiskirchner**: Wie ich schon zuvor gesagt habe, sollen drei Landeshauptmann-Stellvertreter gewählt werden. Mit Rücksicht darauf, daß für eine Stelle eine Einigung nicht erzielt werden konnte, glaube ich, daß es zweckmäßig ist, heute nur zwei Stellvertreter zu bestellen und die Bestellung des dritten der nächsten Sitzung vorzubehalten. Für diese zwei Stellen beantrage ich die Wahl des Herrn Landesausschusses Kollegen Mayer und des Herrn Abgeordneten Sever. Ich bitte durch Zuruf meinem Vorschlage zuzustimmen.

Landeshauptmann: Wird gegen die vorzunehmende Wahl durch Zuruf eine Einwendung erhoben? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall. Dann bringe ich den Antrag zur Abstimmung. Es sind zu wählen als Landeshauptmann-Stellvertreter Herr Landesausschuß Mayer und Herr Abgeordneter Sever. Ich bitte jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Ich bitte um die Gegenprobe. *(Geschicht.)* Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich beglückwünsche die beiden Herren Kollegen und lade sie zur Mitarbeit ein. Beide sind Arbeiter im besten Sinne des Wortes.

Wir schreiten nun zur weiteren Erledigung der Tagesordnung. Ich erteile das Wort Herrn Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Bürgermeister Dr. **Weiskirchner**: Ich beantrage, als Landesausschüsse die Herren Kunschak,

Sturm, Miklas, Zwetzbacher, Rudolf Müller, Pölzer und Volkert durch Zuruf zu wählen.

Landeshauptmann: Wird gegen die Wahl durch Zuruf eine Einwendung erhoben? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche der beantragten Liste zustimmen, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Ich bitte um die Gegenprobe. *(Geschicht.)* Ich konstatiere die einstimmige Annahme des Antrages.

Ich bitte nochmals den Herrn Bürgermeister Dr. Weiskirchner, zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung das Wort zu ergreifen.

Bürgermeister **Dr. Weiskirchner**: Es stehen auf der heutigen Tagesordnung die Wahl eines Verfassungsausschusses, eines Wahlreformausschusses und eines Ernährungsausschusses mit je 15 Mitgliedern.

Im Sinne der heutigen Vereinbarung der Parteien soll die Wahl der beiden ersten Ausschüsse erst in der nächsten Sitzung vorgenommen werden. Es bleibt daher nur die Wahl des Ernährungsausschusses übrig.

Ich beantrage mit Rücksicht darauf, daß die Mandate unter den Parteien zweckmäßig verteilt werden können, die Wahl eines 16gliedrigen Ausschusses und beantrage folgende Herren zu wählen *(liest)*: Karpfinger, Eisenhut, List, Gruber, Adolf Maier, Leitner, Dr. Nepustil, Rain, Spitaler, Bretschneider, David, Neumann, Forstner, Sigl, Pittner und Dr. Schürff. Ich bitte durch Zuruf meinen Vorschlag zu genehmigen.

Landeshauptmann: Das Wort hat Herr Hofrat Hock.

Abg. Freiherr v. **Hock**: Wir werden uns gegen diesen Antrag nicht wehren. Ich stelle aber fest, daß eine ganze Gruppe von Mitgliedern der Landesversammlung, nämlich die Wiener freiheitlichen Abgeordneten, in diesem Vorschlag nicht berücksichtigt sind und ich stelle fest, daß die Erklärung Seiner Exzellenz des Herrn Bürgermeisters, als ob eine Vereinbarung bei Aufstellung dieser Liste stattgefunden hätte, unrichtig ist.

Landeshauptmann: Wünscht noch jemand das Wort? *(Nach einer Pause:)* Der Herr Präsident Seitz hat das Wort.

Abgeordneter **Seitz**: Ich glaube, daß gerade bei diesem Ausschuß es höchst unzuweckmäßig wäre, wenn irgendein größerer oder kleinerer Kreis von Bürgern des Landes den Eindruck hätte, daß sie nicht mitwirken können oder daß ihnen die Kontrolle

Volk. Jede Anregung, die uns zukommt, soll sorgsam geprüft, jeder verwendbare Vorschlag aber auch unverzüglich durchgeführt werden. Um im Interesse unseres so schwer geprüften Volkes erfolgreich wirken zu können, bedürfen wir der fortgesetzten nachdrücklichen Unterstützung der Presse, die aufklärend und beruhigend wirken soll.

So hoffen wir mit vereinten Kräften allmählich zur Heilung der Wunden zu gelangen, die dieser unselige Krieg geschlagen hat um künftigen Geschlechtern die Wege zu einem freien, aufstrebenden, glücklichen Deutschösterreich ebnen zu können.

Ich schließe meine Ausführungen mit dem Rufe: „Gott schütze das deutschösterreichische Volk jetzt und immerdar!“ *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vorsitzender Landesausschuß **Mayer**: Darf ich den gewählten Herrn Landeshauptmann bitten, den Vorsitz zu übernehmen?

Landeshauptmann v. **Steiner** *(den Vorsitz übernehmend)*: Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung hat sich Herr Bürgermeister Dr. Weiskirchner zum Worte gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bürgermeister Dr. **Weiskirchner**: Wie ich schon zuvor gesagt habe, sollen drei Landeshauptmann-Stellvertreter gewählt werden. Mit Rücksicht darauf, daß für eine Stelle eine Einigung nicht erzielt werden konnte, glaube ich, daß es zweckmäßig ist, heute nur zwei Stellvertreter zu bestellen und die Bestellung des dritten der nächsten Sitzung vorzubehalten. Für diese zwei Stellen beantrage ich die Wahl des Herrn Landesausschusses Kollegen Mayer und des Herrn Abgeordneten Sever. Ich bitte durch Zuruf meinem Vorschlage zuzustimmen.

Landeshauptmann: Wird gegen die vorzunehmende Wahl durch Zuruf eine Einwendung erhoben? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall. Dann bringe ich den Antrag zur Abstimmung. Es sind zu wählen als Landeshauptmann-Stellvertreter Herr Landesausschuß Mayer und Herr Abgeordneter Sever. Ich bitte jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Ich bitte um die Gegenprobe. *(Geschicht.)* Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich beglückwünsche die beiden Herren Kollegen und lade sie zur Mitarbeit ein. Beide sind Arbeiter im besten Sinne des Wortes.

Wir schreiten nun zur weiteren Erledigung der Tagesordnung. Ich erteile das Wort dem Herrn Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Bürgermeister Dr. **Weiskirchner**: Ich beantrage, als Landesausschüsse die Herren Kunschak,

Sturm, Miklas, Zwetzbacher, Rudolf Müller, Pölzer und Volkert durch Zuruf zu wählen.

Landeshauptmann: Wird gegen die Wahl durch Zuruf eine Einwendung erhoben? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche der beantragten Liste zustimmen, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Ich bitte um die Gegenprobe. *(Geschicht.)* Ich konstatiere die einstimmige Annahme des Antrages.

Ich bitte nochmals den Herrn Bürgermeister Dr. Weiskirchner, zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung das Wort zu ergreifen.

Bürgermeister **Dr. Weiskirchner**: Es stehen auf der heutigen Tagesordnung die Wahl eines Verfassungsausschusses, eines Wahlreformausschusses und eines Ernährungsausschusses mit je 15 Mitgliedern.

Im Sinne der heutigen Vereinbarung der Parteien soll die Wahl der beiden ersten Ausschüsse erst in der nächsten Sitzung vorgenommen werden. Es bleibt daher nur die Wahl des Ernährungsausschusses übrig.

Ich beantrage mit Rücksicht darauf, daß die Mandate unter den Parteien zweckmäßig verteilt werden können, die Wahl eines 16gliedrigen Ausschusses und beantrage folgende Herren zu wählen *(liest)*: Karpfinger, Eisenhut, List, Gruber, Adolf Maier, Leitner, Dr. Nepustil, Rain, Spitaler, Bretschneider, David, Neumann, Forstner, Sigl, Pittner und Dr. Schürff. Ich bitte durch Zuruf meinen Vorschlag zu genehmigen.

Landeshauptmann: Das Wort hat Herr Hofrat Hock.

Abg. Freiherr v. **Hock**: Wir werden uns gegen diesen Antrag nicht wehren. Ich stelle aber fest, daß eine ganze Gruppe von Mitgliedern der Landesversammlung, nämlich die Wiener freiheitlichen Abgeordneten, in diesem Vorschlag nicht berücksichtigt sind und ich stelle fest, daß die Erklärung Seiner Exzellenz des Herrn Bürgermeisters, als ob eine Vereinbarung bei Aufstellung dieser Liste stattgefunden hätte, unrichtig ist.

Landeshauptmann: Wünscht noch jemand das Wort? *(Nach einer Pause:)* Der Herr Präsident Seitz hat das Wort.

Abgeordneter **Seitz**: Ich glaube, daß gerade bei diesem Ausschuß es höchst unzuweckmäßig wäre, wenn irgendein größerer oder kleinerer Kreis von Bürgern des Landes den Eindruck hätte, daß sie nicht mitwirken können oder daß ihnen die Kontrolle

nicht zur Verfügung steht; es wäre unzweckmäßig deshalb, weil wir heute jedes Mannes bedürfen, um die Bevölkerung aufzuklären, daß wir alles anbieten, um in der Ernährungsfrage Ordnung zu schaffen. Wozu sollen wir uns eine Opposition schaffen ohne irgendeinen ernsthaften Grund. Wenn die Herren Wert darauf legen, ein Mitglied in dieser Körperschaft zu haben, so glaube ich, sollen wir diesem Wunsch Rechnung tragen.

Ich stelle den Abänderungsantrag, daß wir 17 Mitglieder, und zwar darunter den Herrn Abgeordneten Friedmann, wählen.

Landeshauptmann: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Waber.

Abgeordneter Dr. **Waber:** Ich schließe mich diesem Antrage an und muß nur bedauern, daß nicht Vorkehrungen getroffen worden sind, um auch bezüglich der Wahl des dritten Landeshauptmann-Stellvertreters Rücksprache pflegen zu können. Ich vermisse die entsprechenden Vorberatungen und muß meinem Mißfallen darüber in schärfster Weise Ausdruck geben. Ich beantrage im übrigen, diese Wahl noch heute vorzunehmen.

Landeshauptmann: Das Wort hat der Herr Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Bürgermeister Dr. **Weiskirchner:** Ich habe nur festzustellen, daß ich an den Besprechungen der Parteien nicht teilgenommen habe und daß mir lediglich die Liste mit dem Ersuchen übergeben wurde, hier diesen Antrag zu stellen. Ich mußte annehmen, daß alle Parteien und Gruppen dieses Hauses an diesen Verhandlungen teilgenommen und sich vorher geeinigt haben. Wenn dies nicht der Fall ist, so ergibt sich für mich dieselbe Konsequenz, die der Herr Abgeordnete Seitz gezogen hat.

Landeshauptmann: Das Wort hat Herr Abgeordneter Freiherr v. Hock.

Abgeordneter Freiherr v. **Hock:** Ich nehme diese Erklärung des Herrn Bürgermeisters mit Befriedigung zur Kenntnis und bedauere nur, daß er durch die Vertrauensmänner nicht ganz richtig berichtet wurde.

Landeshauptmann: Das Wort hat Herr Abgeordneter Silberer.

Abgeordneter **Silberer:** Es würde einen sehr schlechten Eindruck machen, wenn wir nicht bei unserer ersten Sitzung die strammste Einigkeit hätten. Wenn diese Einigkeit damit herzustellen ist, daß wir

statt 16 Herren 17 wählen, so machen wir doch diese Einigkeit durch die Wahl von 17 Herren möglich. *(Zustimmung.)*

Landeshauptmann: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Heilingger.

Abgeordneter Dr. **Heilingger:** Ich bin der Ansicht, daß wir einen jeden, der in diesen Ausschuß, insbesondere in den Ernährungsausschuß gewählt werden will, hineinlassen sollen. Das ist kein Unglück; denn es handelt sich um das Wohl des Volkes.

Landeshauptmann: Wünscht noch jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall; die Debatte ist geschlossen.

Ich bringe nunmehr den weitergehenden Antrag des Herrn Abgeordneten Seitz zur Abstimmung und bitte jene Herren, welche für die Wahl von 17 Herren stimmen, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Ich bitte um die Gegenprobe. *(Nach einer Pause:)* Einstimmig angenommen. Gegen die Wahl des Ernährungsausschusses mittels Zuruf wird keine Einwendung erhoben. Ich ersuche nun die Herren, welche mit der Wahl der in der Liste genannten Herren — Herr Abgeordneter Friedmann wurde auch in dieselbe einbezogen — einverstanden sind, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Ich bitte um die Gegenprobe. *(Nach einer Pause:)* Ich konstatiere die einstimmige Wahl der vorgeschlagenen Herren in den Ernährungsausschuß; das Wort hat Herr Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Bürgermeister Dr. **Weiskirchner:** Ich halte es für unsere Pflicht, in der Geburtsstunde der Landesversammlung für Niederösterreich unserer obersten gesetzgebenden Gewalt und unserer neuen Regierung zu gedenken. Wir begrüßen ohne Unterschied der Partei die deutsche Nationalversammlung, wir begrüßen den Staatsrat und die Staatssekretäre des neuen Staates „Deutschösterreich“. Wir bringen der Volksregierung volles unbedingtes Vertrauen entgegen und geloben ihr Treue und werktätige Mitarbeit unter der schweren Wucht der Bedingungen des Waffenstillstandes, die uns fast den Atem zu nehmen drohen, senden wir schmerzgefüllte Grüße an unsere Brüder im Deutschen Reich. *(Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)* Von Volk zu Volk sollen diese Grüße dringen und Treue und untrennbare Gemeinschaft künden, denn wir haben keine Scheu, mit offenen Augen unseren deutschen Brüdern in ihre Augen zu blicken. Unsere Grüße sollen künden die Treue, die wir halten und auch die unwandelbare Gemeinschaft aller deutschen Volksgenossen.

nicht zur Verfügung steht; es wäre unzweckmäßig deshalb, weil wir heute jedes Mannes bedürfen, um die Bevölkerung aufzuklären, daß wir alles anbieten, um in der Ernährungsfrage Ordnung zu schaffen. Wozu sollen wir uns eine Opposition schaffen ohne irgendeinen ernsthaften Grund. Wenn die Herren Wert darauf legen, ein Mitglied in dieser Körperschaft zu haben, so glaube ich, sollen wir diesem Wunsch Rechnung tragen.

Ich stelle den Abänderungsantrag daß wir 17 Mitglieder, und zwar darunter den Herrn Abgeordneten Friedmann, wählen.

Landeshauptmann: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Waber.

Abgeordneter Dr. **Waber:** Ich schließe mich diesem Antrage an und muß nur bedauern, daß nicht Vorkehrungen getroffen worden sind, um auch bezüglich der Wahl des dritten Landeshauptmann-Stellvertreters Rücksprache pflegen zu können. Ich vermisse die entsprechenden Vorberatungen und muß meinem Mißfallen darüber in schärfster Weise Ausdruck geben. Ich beantrage im übrigen, diese Wahl noch heute vorzunehmen.

Landeshauptmann: Das Wort hat der Herr Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Bürgermeister Dr. **Weiskirchner:** Ich habe nur festzustellen, daß ich an den Besprechungen der Parteien nicht teilgenommen habe und daß mir lediglich die Liste mit dem Ersuchen übergeben wurde, hier diesen Antrag zu stellen. Ich mußte annehmen, daß alle Parteien und Gruppen dieses Hauses an diesen Verhandlungen teilgenommen und sich vorher geeinigt haben. Wenn dies nicht der Fall ist, so ergibt sich für mich dieselbe Konsequenz, die der Herr Abgeordnete Seitz gezogen hat.

Landeshauptmann: Das Wort hat Herr Abgeordneter Freiherr v. Hock.

Abgeordneter Freiherr v. **Hock:** Ich nehme diese Erklärung des Herrn Bürgermeisters mit Befriedigung zur Kenntnis und bedaure nur, daß er durch die Vertrauensmänner nicht ganz richtig berichtet wurde.

Landeshauptmann: Das Wort hat Herr Abgeordneter Silberer.

Abgeordneter **Silberer:** Es würde einen sehr schlechten Eindruck machen, wenn wir nicht bei unserer ersten Sitzung die strammste Einigkeit hätten. Wenn diese Einigkeit damit herzustellen ist, daß wir

statt 16 Herren 17 wählen, so machen wir doch diese Einigkeit durch die Wahl von 17 Herren möglich. *(Zustimmung.)*

Landeshauptmann: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Heilingger.

Abgeordneter Dr. **Heilingger:** Ich bin der Ansicht, daß wir einen jeden, der in diesen Ausschuß, insbesondere in den Ernährungsausschuß gewählt werden will, hineinlassen sollen. Das ist kein Unglück; denn es handelt sich um das Wohl des Volkes.

Landeshauptmann: Wünscht noch jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall; die Debatte ist geschlossen.

Ich bringe nunmehr den weitergehenden Antrag des Herrn Abgeordneten Seitz zur Abstimmung und bitte jene Herren, welche für die Wahl von 17 Herren stimmen, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Ich bitte um die Gegenprobe. *(Nach einer Pause:)* Einstimmig angenommen. Gegen die Wahl des Ernährungsausschusses mittels Zuruf wird keine Einwendung erhoben. Ich ersuche nun die Herren, welche mit der Wahl der in der Liste genannten Herren — Herr Abgeordneter Friedmann wurde auch in dieselbe einbezogen — einverstanden sind, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Ich bitte um die Gegenprobe. *(Nach einer Pause:)* Ich konstatiere die einstimmige Wahl der vorgeschlagenen Herren in den Ernährungsausschuß; das Wort hat Herr Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Bürgermeister Dr. **Weiskirchner:** Ich halte es für unsere Pflicht, in der Geburtsstunde der Landesversammlung für Niederösterreich unserer obersten gesetzgebenden Gewalt und unserer neuen Regierung zu gedenken. Wir begrüßen ohne Unterschied der Partei die deutsche Nationalversammlung, wir begrüßen den Staatsrat und die Staatssekretäre des neuen Staates „Deutschösterreich“. Wir bringen der Volksregierung volles unbedingtes Vertrauen entgegen und geloben ihr Treue und werktätige Mitarbeit. Unter der schweren Wucht der Bedingungen des Waffenstillstandes, die uns fast den Atem zu nehmen drohen, senden wir schmerzgefüllte Grüße an unsere Brüder im Deutschen Reich. *(Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)* Von Volk zu Volk sollen diese Grüße dringen und Treue und untrennbare Gemeinschaft künden, denn wir haben keine Scheu, mit offenen Augen unseren deutschen Brüdern in ihre Augen zu blicken. Unsere Grüße sollen künden die Treue, die wir halten und auch die unwandelbare Gemeinschaft aller deutschen Volksgenossen.

In den harten Tagen, die uns nun beschieden sind, vertrauen wir auf die unerschöpfliche Kraft unseres Volkstums, und vertrauen auch auf die Tüchtigkeit der deutschen Arbeit und des deutschen Wissens. Wir können vorübergehend unterliegen, aber wir werden wieder Kräfte schöpfen, um an den Aufbau unserer kulturellen und wirtschaftlichen Interessen zu schreiten. Befreit von einer unseligen militärischen und zivilen Bureaucratie wollen wir ans Werk gehen, um für das Land Niederösterreich und die Stadt Wien zu schaffen und zu wirken. Und so wünsche ich, indem ich den Herrn Landeshauptmann und den Ausschuß zu ihrer Wahl beglückwünsche, daß ihrem Wirken auch Erfolg im Interesse des Volkes und unserer Fortentwicklung beschieden sein möge.

Ich bitte den Herrn Landeshauptmann, die Grüße der Versammlung der deutschen Nationalversammlung zu übermitteln. Heil Deutschösterreich! *(Lebhafter Beifall und Heil-Rufe.)*

Landeshauptmann: Ich werde diesem Wunsche gewiß entsprechen.

Wir kommen nun zum nächsten Punkt der Tagesordnung „Übernahme der politischen Verwaltung Niederösterreichs durch die provisorische Landesversammlung.“

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Stöckler als Gemeindereferenten im niederösterreichischen Landesausschuß, darüber zu berichten.

Berichterstatter Stöckler (von der Tribüne): Geehrte Versammlung! Die jetzigen bewegten Zeiten haben die Übernahme der Staatsverwaltung durch das Volk zur Folge gehabt. Das Volk hat sich die mühsam errungenen Rechte der vorigen Jahrzehnte heute zu eigen gemacht und will über sein Schicksal frank und frei selbst entscheiden. Die notwendige Folge davon ist, daß in die Landesverwaltung zu den autonomen Agenden auch die sogenannte politische Verwaltung herübergenommen werden soll. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß es unbedingt nicht richtig ist, wenn auf diesem Gebiete die sogenannte Doppelverwaltung besteht. Sehr oft haben sich daraus Reibungen ergeben und es war schwer, eine Entscheidung zu treffen, weil man nicht gewußt hat, in welche Kompetenz eine Sache gehört.

Ich möchte aber auch an die Worte, die der Herr Bürgermeister von Wien soeben gesprochen hat, anknüpfen. Gerade die Bevölkerung hat es als Bedürfnis empfunden, auch in politischer Beziehung von Männern verwaltet zu werden, die aus dem Volke stammen und mit dem Volke fühlen und denken. *(Lebhafter Beifall.)* Das Gegenteil hat dazu ge-

führt, daß eine verständnislose Bureaucratie dem Volke gegenüberstand, und jede Initiative unterbunden war.

Eine Schwerfälligkeit und ein Mangel an Bewegungsfreiheit war überall zu verzeichnen. Wenn wir auf die Tätigkeit unserer autonomen Landesverwaltung in den letzten Jahrzehnten zurückblicken, so können wir den Fortschritt einer autonomen Verwaltung gegenüber dem starren politischen System am besten erkennen. Die Impulse, die hier vom Volke durch seine Vertreter geschöpft werden, sind das beste Argument, daß eine solche Verwaltung im Interesse des Volkes geführt werden kann und eine gesunde Kritik, die sich auch in diesem Saale gegen alle Agenden und Vorkommnisse in der Umwaltung betätigt hat, hat es zuwege gebracht, daß die Verwaltung des Landes Niederösterreich gewiß als eine mustergültige bezeichnet werden kann. *(Zustimmung.)* Ich bin voll und ganz überzeugt, daß heute das Volk berechtigt, ja verpflichtet ist, die Verwaltung selbst in seine Hand zu nehmen und auch die Verwaltung auf politischem Gebiete durchzuführen. *(Lebhafte Zustimmung.)* In dem gegenwärtigen Momente, wo sich eine so große Verwandlung in Niederösterreich vollzieht, wenn sie auch nur provisorisch gedacht ist, müssen wir uns vor Augen halten, daß dieses Provisorium ein gewisses Präjudiz für die Zukunft bedeutet und wir wollen heute schon in der Beziehung präjudizieren, daß wir auch in politischer Beziehung die Umwaltung übernehmen und den Männern, denen wir unser Vertrauen geschenkt haben, daß sie die autonome Verwaltung führen, unser Vertrauen auch in politischer Beziehung schenken.

Es wird eine große Wohltat für uns sein, wenn die Bevölkerung nur eine Stelle hat, die zur Entscheidung berufen ist und nicht zwischen den einzelnen Agenden hin- und herschwanken muß. Wir sehen dies besonders bei der Ernährungsfrage, wie schwer es für einen politischen Beamten ist, die Initiative zu ergreifen. Die Bevölkerung weiß nicht, wem sie folgen soll, und ich rufe meine Kollegen als Zeugen an, daß sehr oft an uns herangetreten werden mußte, damit das ausgeführt wurde, was die papierenen Befehle nicht zuwege brachten. Wir sehen daher, daß das lebendige Bestreben herrscht, eine Fühlung zwischen Volk und Verwaltung herzustellen, um eine Gesundung der Verhältnisse hervorzubringen. Wir haben keine leichte Aufgabe vor uns und werden alle unsere Kräfte anspannen müssen, um unserem Volk, ohne Unterschied der Parteilichkeit, zu dienen. Es gereicht mir zur hohen

Befriedigung, daß so wie vor 14 Tagen in diesem Saale die gewählten Abgeordneten der deutschen Länder Österreichs alle zusammengestanden sind, um ihnen eine Volksregierung zu geben, auch heute einmütig alle Parteien im Lande Niederösterreich zusammenstehen

In den harten Tagen, die uns nun beschieden sind, vertrauen wir auf die unerschöpfliche Kraft unseres Volkstums, und vertrauen auch auf die Tüchtigkeit der deutschen Arbeit und des deutschen Wissens. Wir können vorübergehend unterliegen, aber wir werden wieder Kräfte schöpfen, um an den Aufbau unserer kulturellen und wirtschaftlichen Interessen zu schreiten. Befreit von einer unseligen militärischen und zivilen Bureaucratie wollen wir ans Werk gehen, um für das Land Niederösterreich und die Stadt Wien zu schaffen und zu wirken. Und so wünsche ich, indem ich den Herrn Landeshauptmann und den Ausschuß zu ihrer Wahl beglückwünsche, daß ihrem Wirken auch Erfolg im Interesse des Volkes und unserer Fortentwicklung beschieden sein möge.

Ich bitte den Herrn Landeshauptmann, die Grüße der Versammlung der deutschen Nationalversammlung zu übermitteln. Heil Deutschösterreich! *(Lebhafter Beifall und Heil-Rufe.)*

Landeshauptmann: Ich werde diesem Wunsche gewiß entsprechen.

Wir kommen nun zum nächsten Punkt der Tagesordnung „Übernahme der politischen Verwaltung Niederösterreichs durch die provisorische Landesversammlung.“

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Stöckler als Gemeindereferenten im niederösterreichischen Landesausschuß, darüber zu berichten.

Berichterstatter Stöckler (von der Tribüne): Geehrte Versammlung! Die jetzigen bewegten Zeiten haben die Übernahme der Staatsverwaltung durch das Volk zur Folge gehabt. Das Volk hat sich die mühsam errungenen Rechte der vorigen Jahrzehnte heute zu eigen gemacht und will über sein Schicksal frank und frei selbst entscheiden. Die notwendige Folge davon ist, daß in die Landesverwaltung zu den autonomen Agenden auch die sogenannte politische Verwaltung herübergenommen werden soll. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß es unbedingt nicht richtig ist, wenn auf diesem Gebiete die sogenannte Doppelverwaltung besteht. Sehr oft haben sich daraus Reibungen ergeben und es war schwer, eine Entscheidung zu treffen, weil man nicht gewußt hat, in welche Kompetenz eine Sache gehört.

Ich möchte aber auch an die Worte, die der Herr Bürgermeister von Wien soeben gesprochen hat, anknüpfen. Gerade die Bevölkerung hat es als Bedürfnis empfunden, auch in politischer Beziehung von Männern verwaltet zu werden, die aus dem Volke stammen und mit dem Volke fühlen und denken. *(Lebhafter Beifall.)* Das Gegenteil hat

dazu geführt, daß eine verständnislose Bureaucratie dem Volke gegenüberstand, und jede Initiative unterbunden war.

Eine Schwerfälligkeit und ein Mangel an Bewegungsfreiheit war überall zu verzeichnen. Wenn wir auf die Tätigkeit unserer autonomen Landesverwaltung in den letzten Jahrzehnten zurückblicken, so können wir den Fortschritt einer autonomen Verwaltung gegenüber dem starren politischen System am besten erkennen. Die Impulse, die hier vom Volke durch seine Vertreter geschöpft werden, sind das beste Argument, daß eine solche Verwaltung im Interesse des Volkes geführt werden kann und eine gesunde Kritik, die sich auch in diesem Saale gegen alle Agenden und Vorkommnisse in der Umwaltung betätigt hat, hat es zuwege gebracht, daß die Verwaltung des Landes Niederösterreich gewiß als eine mustergültige bezeichnet werden kann. *(Zustimmung.)* Ich bin voll und ganz überzeugt, daß heute das Volk berechtigt, ja verpflichtet ist, die Verwaltung selbst in seine Hand zu nehmen und auch die Verwaltung auf politischem Gebiete durchzuführen. *(Lebhafte Zustimmung.)* In dem gegenwärtigen Momente, wo sich eine so große Verwandlung in Niederösterreich vollzieht, wenn sie auch nur provisorisch gedacht ist, müssen wir uns vor Augen halten, daß dieses Provisorium ein gewisses Präjudiz für die Zukunft bedeutet und wir wollen heute schon in der Beziehung präjudizieren, daß wir auch in politischer Beziehung die Umwaltung übernehmen und den Männern, denen wir unser Vertrauen geschenkt haben, daß sie die autonome Verwaltung führen, unser Vertrauen auch in politischer Beziehung schenken.

Es wird eine große Wohltat für uns sein, wenn die Bevölkerung nur eine Stelle hat, die zur Entscheidung berufen ist und nicht zwischen den einzelnen Agenden hin- und herschwanken muß. Wir sehen dies besonders bei der Ernährungsfrage, wie schwer es für einen politischen Beamten ist, die Initiative zu ergreifen. Die Bevölkerung weiß nicht, wem sie folgen soll, und ich rufe meine Kollegen als Zeugen an, daß sehr oft an uns herangetreten werden mußte, damit das ausgeführt wurde, was die papierenen Befehle nicht zuwege brachten. Wir sehen daher, daß das lebendige Bestreben herrscht, eine Fühlung zwischen Volk und Verwaltung herzustellen, um eine Gesundung der Verhältnisse hervorzubringen. Wir haben keine leichte Aufgabe vor uns und werden alle unsere Kräfte anspannen müssen, um unserem Volk, ohne Unterschied der Parteilichkeit, zu dienen. Es gereicht mir zur hohen Befriedigung, daß so wie vor 14 Tagen in diesem Saale die gewählten Abgeordneten der deutschen Länder Österreichs alle zusammengestanden sind, um ihnen eine Volksregierung zu geben, auch heute einmütig alle Parteien im Lande Niederösterreich zusammenstehen

und ihr Votum dahin einmütig abgeben, daß das Volk von seinen gewählten Vertretern regiert wird. Daher glaube ich, daß es angezeigt ist, daß die Herren einhellig den Beschluß fassen: „Die politische Verwaltung Niederösterreichs und die Vollzugs Gewalt wird durch die provisorische Landesversammlung übernommen.“

Landeshauptmann: Das Wort hat der Abgeordnete Freiherr v. Hock.

Abgeordneter Freiherr v. **Hock:** Ich bedauere lebhaft, die Erwartungen, die der Herr Referent ausgesprochen hat, vollständig und mit aller Entschiedenheit enttäuschen zu müssen.

Ich bitte die geehrte Landesversammlung auf das inständigste, die Anträge des Herrn Referenten nicht anzunehmen. Sie sind im Begriffe, wenn Sie einen solchen Beschluß fassen, ebenso sehr in die Rechte der Deutschösterreichischen Nationalversammlung einzugreifen, als ein Chaos in der öffentlichen Verwaltung herbeizuführen, welches die gesamte Bevölkerung in jeder Beziehung auf das schmerzlichste empfinden müßte. Es bedeutet die Übernahme der öffentlichen Verwaltung in die Landesverwaltung einen Eingriff, einen Verbruch in die Beschlüsse der Nationalversammlung, weil von einer Übernahme der früheren staatlichen österreichischen Verwaltung in die Verwaltung des Landes in der Nationalversammlung mit keinem Worte geredet würde.

Ein solcher Beschluß würde einen Eingriff in die souveränen Volksrechte und die Rechte der Deutschen Nationalversammlung bedeuten. (*Abg. Wedra: So ängstlich braucht man nicht sein!*) Man muß wohl ängstlich sein, denn das wäre der erste Schritt dazu, an die Stelle einer einheitlichen strammen Verwaltung, die wir ja alle für unser neues Vaterland wünschen, ein Chaos zu begründen.

Wir haben die Reichsgesetzgebung, wir haben Staatssekretäre, die die berufenen Vertreter der Bevölkerung sind, und Sie wollen gegen diese gesamtstaatliche Verwaltung eine Landesverwaltung einsetzen, die nicht bloß für ihren früheren autonomen Bereich, sondern für den Gesamtbereich der öffentlichen Verwaltung des Landes autonom wäre. Bedenken Sie nur, was das bedeutet, daß Sie zum Beispiel dem Staatssekretär des Innern damit jeden unmittelbaren Einfluß auf wichtige gemeinsame Belange im Lande Niederösterreich wegzunehmen im Begriffe sind.

Denken Sie, was das in der heutigen Zeit bedeutet, wo jede vielköpfige Regierung die größten Gefahren mit sich bringt und wo wir an allen Punkten der Verwaltung Männer aus dem Volke

mit diktatorischer Gewalt brauchen und wo ein Aufschub jeden Tag große Gefahren mit sich bringen kann.

In diesem Zeitpunkte wollen Sie die gesamte staatliche Verwaltung lahmlegen und eine Landesverwaltung einsetzen, die souverän ist und die Befehle, die von der Staatsregierung kommen, beachten kann oder auch nicht, sie ausführen kann oder auch nicht. Alle anderen parteimäßigen Bedenken gegen den Vorschlag, der hier gemacht wurde, die vielleicht parteimäßig wohl zu überlegen wären, will ich unterdrücken. Parteimäßige Bedenken werden ja von den anderen Parteien selbstverständlich nicht in Betracht gezogen werden. Aber ich warne Sie um der großen Sache willen, nicht mit vorgefaßter Meinung an die Behandlung dieser großen Frage zu schreiben.

Ich bitte Sie daher, wenigstens heute den Beschluß zu fassen, diesen Antrag zu vertagen, damit Sie Gelegenheit haben, sich über einen so außerordentlich weitgehenden und folgenschweren Antrag zu beraten und ihn nochmals in Erwägung zu ziehen, vor allem schon deshalb, damit Sie sich mit Ihren Vertrauensmännern in der Staatsregierung, mit Ihrem Präsidenten der Nationalversammlung und Ihren eigenen Staatssekretären beraten können.

Ich stelle also zunächst den Vertagungsantrag.

Sollte er nicht angenommen werden, was ich sehr bedauern würde, dann bliebe nichts anderes übrig, als Sie zu beschwören, den Referentenantrag abzulehnen.

Landeshauptmann: Es ist ein Vertagungsantrag gestellt worden. Ich erteile hierzu dem Herrn Referenten das Wort.

Berichterstatter **Stöckler:** Ich möchte die Herren ersuchen, den Vertagungsantrag abzulehnen.

Landeshauptmann: Wir schreiten zur Abstimmung.

Ich ersuche die Herren, die den Vertagungsantrag annehmen, die Hand zu erheben. (*Geschieht.*) Das ist die Minorität. Der Antrag ist abgelehnt.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. **Ofner.**

Abgeordneter Dr. **Ofner:** Ich verzichte.

Landeshauptmann: Nun gelangt Herr Abgeordneter Dr. Heiling zum Wort.

und ihr Votum dahin einmütig abgeben, daß das Volk von seinen gewählten Vertretern regiert wird. Daher glaube ich, daß es angezeigt ist, daß die Herren einhellig den Beschluß fassen: „Die politische Verwaltung Niederösterreichs und die Vollzugs Gewalt wird durch die provisorische Landesversammlung übernommen.“

Landeshauptmann: Das Wort hat der Abgeordnete Freiherr von Hock.

Abgeordneter Freiherr von **Hock:** Ich bedauere lebhaft, die Erwartungen, die der Herr Referent ausgesprochen hat, vollständig und mit aller Entschiedenheit enttäuschen zu müssen.

Ich bitte die geehrte Landesversammlung auf das inständigste, die Anträge des Herrn Referenten nicht anzunehmen. Sie sind im Begriffe, wenn Sie einen solchen Beschluß fassen, ebenso sehr in die Rechte der Deutschösterreichischen Nationalversammlung einzugreifen, als ein Chaos in der öffentlichen Verwaltung herbeizuführen, welches die gesamte Bevölkerung in jeder Beziehung auf das schmerzlichste empfinden müßte. Es bedeutet die Übernahme der öffentlichen Verwaltung in die Landesverwaltung einen Eingriff, einen Verbruch in die Beschlüsse der Nationalversammlung, weil von einer Übernahme der früheren staatlichen österreichischen Verwaltung in die Verwaltung des Landes in der Nationalversammlung mit keinem Worte geredet wurde.

Ein solcher Beschluß würde einen Eingriff in die souveränen Volksrechte und die Rechte der Deutschen Nationalversammlung bedeuten. (*Abg. Wedra: So ängstlich braucht man nicht sein!*) Man muß wohl ängstlich sein, denn das wäre der erste Schritt dazu, an die Stelle einer einheitlichen strammen Verwaltung, die wir ja alle für unser neues Vaterland wünschen, ein Chaos zu begründen.

Wir haben die Reichsgesetzgebung, wir haben Staatssekretäre, die die berufenen Vertreter der Bevölkerung sind, und Sie wollen gegen diese gesamtstaatliche Verwaltung eine Landesverwaltung einsetzen, die nicht bloß für ihren früheren autonomen Bereich, sondern für den Gesamtbereich der öffentlichen Verwaltung des Landes autonom wäre. Bedenken Sie nur, was das bedeutet, daß Sie zum Beispiel dem Staatssekretär des Innern damit jeden unmittelbaren Einfluß auf wichtige gemeinsame Belange im Lande Niederösterreich wegzunehmen im Begriffe sind.

Denken Sie, was das in der heutigen Zeit bedeutet, wo jede vielköpfige Regierung die größten Gefahren mit sich bringt und wo wir an allen Punkten der Verwaltung Männer aus dem Volke

mit diktatorischer Gewalt brauchen und wo ein Aufschub jeden Tag große Gefahren mit sich bringen kann.

In diesem Zeitpunkte wollen Sie die gesamte staatliche Verwaltung lahmlegen und eine Landesverwaltung einsetzen, die souverän ist und die Befehle, die von der Staatsregierung kommen, beachten kann oder auch nicht, sie ausführen kann oder auch nicht. Alle anderen parteimäßigen Bedenken gegen den Vorschlag, der hier gemacht wurde, die vielleicht parteimäßig wohl zu überlegen wären, will ich unterdrücken. Parteimäßige Bedenken werden ja von den anderen Parteien selbstverständlich nicht in Betracht gezogen werden. Aber ich warne Sie um der großen Sache willen, nicht mit vorgefaßter Meinung an die Behandlung dieser großen Frage zu schreiben.

Ich bitte Sie daher, wenigstens heute den Beschluß zu fassen, diesen Antrag zu vertagen, damit Sie Gelegenheit haben, sich über einen so außerordentlich weitgehenden und folgenschweren Antrag zu beraten und ihn nochmals in Erwägung zu ziehen, vor allem schon deshalb, damit Sie sich mit Ihren Vertrauensmännern in der Staatsregierung, mit Ihrem Präsidenten der Nationalversammlung und Ihren eigenen Staatssekretären beraten können.

Ich stelle also zunächst den Vertagungsantrag.

Sollte er nicht angenommen werden, was ich sehr bedauern würde, dann bliebe nichts anderes übrig, als Sie zu beschwören, den Referentenantrag abzulehnen.

Landeshauptmann: Es ist ein Vertagungsantrag gestellt worden. Ich erteile hierzu dem Herrn Referenten das Wort.

Berichterstatter **Stöckler:** Ich möchte die Herren ersuchen, den Vertagungsantrag abzulehnen.

Landeshauptmann: Wir schreiten zur Abstimmung.

Ich ersuche die Herren, die den Vertagungsantrag annehmen, die Hand zu erheben. (*Geschieht.*) Das ist die Minorität. Der Antrag ist abgelehnt.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. **Ofner.**

Abgeordneter Dr. **Ofner:** Ich verzichte.

Landeshauptmann: Nun gelangt Herr Abgeordneter Dr. Heiling zum Wort.

Abgeordneter Dr. **Heilinger**: In der heutigen Debatte ist es notwendig, auch einige wichtige Fragen wirtschaftlicher Natur zu erwägen.

Ich habe mir schon in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses darauf hinzuweisen erlaubt, daß es notwendig ist, daß wir die Deutschen Ungarns nicht verlassen, sondern verlangen sollen, sie zu uns herüber zu bekommen.

Ich habe eine große Anzahl von Briefen aus Ungarn bekommen, aus denen zu ersehen ist, mit welchem Enthusiasmus die Forderung nach Abtretung der ungarisch-deutschen Gebiete an uns begrüßt wird.

Die Herren wissen, daß die alte Ostmark bis an die Raab reichte, bis tief hinein ins ungarische Gebiet.

Vor 1000 Jahren waren dort schon Deutsche ansässig und es ist daher kein Grund, sie jetzt zu verlassen.

Wenn sich alles gegen Ungarn wehrt und heute nicht mehr die Losung lautet: „Los von Ungarn, sondern los auf Ungarn“, dann dürfen wir die Deutschen nicht zurückstellen und nicht zulassen, daß sie dort als die Letzten behandelt werden, sondern müssen vielmehr verlangen, daß den Deutschen gegeben werde, was den Deutschen gebührt, wie ja auch die tschechoslawischen Komitate den Tschechoslawen, die südslawischen den Südslawen übergeben werden.

Ich erlaube mir also den Antrag zu stellen, daß die Komitate Eisenstadt, Ödenburg und Wieselburg, ferner ein Teil des Komitats Preßburg an Niederösterreich, beziehungsweise Deutschösterreich anzuschließen und daß die Verhandlungen ehestens durchzuführen sind.

In der letzten Sitzung der Nationalversammlung wurde auch von mir ein diesbezüglicher Antrag gestellt, der dann dem Vollzugsausschuß zugewiesen wurde. Ich zweifle nicht einen Moment, daß er angenommen werden wird. Notwendig ist es aber, daß wir, die wir hier durchwegs Deutsche sind, diesen Antrag unterstützen.

Wir haben gar keinen Grund, für die Ungarn einzutreten, denn sie haben den Krieg durch ihre Streitigkeiten mit den verschiedenen Nationen, die in Ungarn wohnen und durch ihre Absperrung von Lebensmitteln uns gegenüber provoziert. Ich will diese Sache jetzt nicht näher ausführen.

Ungarn hat beigetragen zur Aushungerung Wiens und Österreichs; deshalb haben wir gar keinen Grund, für Ungarn einzutreten. Ich erinnere, daß deutsche Soldaten in den letzten Tagen in Pesty an bis aufs Hemd ausgezogen wurden; das ist doch eine Gemeinheit, die in einem modernen Staat nicht vorkommen darf.

Die Ungarn haben aufgehört, als zivilisierter Nation angesehen zu werden, sie sind eine asiatische Gesellschaft.

Wenn alle Völker Ungarn verlassen, dann können wir nicht unsere Deutschen in Ungarn verlassen, sondern umgekehrt, wir werden den Beschluß fassen, daß gewisse Gebiete uns angegliedert werden sollen.

Wir wissen ja, daß die Verhandlungen selbst im großen und ganzen von der Staatsregierung geführt werden müssen und ich bin überzeugt, daß sie das Nötige tun wird, um unseren Wünschen zu entsprechen.

Ich habe noch einen Antrag wirtschaftlicher Natur vorzulegen. Jetzt sind ja die wirtschaftlichen Fragen die wichtigsten und sie gehören ebenfalls zur Organisation.

Ich möchte nämlich den Antrag stellen (*liest*):

„Die in Deutschösterreich beziehungsweise in Niederösterreich befindlichen Militärmagazine, Anstalten und Depots (wie Arsenal mit allen darin befindlichen Einrichtungen, die in der Rotunde behufs Ausbesserung lagernden tausende von Autos, die Bergelager etc.) gehören Deutschösterreich und sind sofort vom Staatsrate sicherzustellen. Auch die Rohstoffe, die fertigen und halbfertigen Produkte der Zentralen, die sich in Deutschösterreich befinden, sind zu erfassen und den Gewerben, der Industrie und dem Handel ehestens für die Bevölkerung zuzuführen.“

Gestern ist im niederösterreichischen Gewerbeverein eine wichtige Debatte abgeführt worden und ich empfehle Ihnen darüber die Lektüre in der Zeitschrift des niederösterreichischen Gewerbevereins.

Mein Antrag gehört gewiß zu den wichtigsten Anträgen.

Wie ich Ihnen mitteilen kann, ist vorgestern in Schwechat das Lebensmittelmagazin von allen Wachen bis auf zwei verlassen worden; dort liegen aber für mehrere hundert Millionen Kronen Waren und die waren der Plünderung ausgesetzt. Zirka 180.000 Kilogramm Kaffee waren dort und da heißt es, in Österreich sei kein Kaffee! Man sieht daraus, wie die österreichische Militärverwaltung gewirtschaftet und geradezu entsetzliche Verhältnisse geschaffen hat. (*Ruf: Und alles verwüstet hat.*)

Die Rohstoffe, die Fertig- und Halbfabrikate ...

Landeshauptmann (*unterbrechend*): Ich mache darauf aufmerksam, daß das eigentlich nicht zur Tagesordnung gehört!

Abgeordneter Dr. **Heilinger**: In der heutigen Debatte ist es notwendig, auch einige wichtige Fragen wirtschaftlicher Natur zu erwägen.

Ich habe mir schon in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses darauf hinzuweisen erlaubt, daß es notwendig ist, daß wir die Deutschen Ungarns nicht verlassen, sondern verlangen sollen, sie zu uns herüber zu bekommen.

Ich habe eine große Anzahl von Briefen aus Ungarn bekommen, aus denen zu ersehen ist, mit welchem Enthusiasmus die Forderung nach Abtretung der ungarisch-deutschen Gebiete an uns begrüßt wird.

Die Herren wissen, daß die alte Ostmark bis an die Raab reichte, bis tief hinein ins ungarische Gebiet.

Vor 1000 Jahren waren dort schon Deutsche ansässig und es ist daher kein Grund, sie jetzt zu verlassen.

Wenn sich alles gegen Ungarn wehrt und heute nicht mehr die Losung lautet: „Los von Ungarn, sondern los auf Ungarn“, dann dürfen wir die Deutschen nicht zurückstellen und nicht zulassen, daß sie dort als die Letzten behandelt werden, sondern müssen vielmehr verlangen, daß den Deutschen gegeben werde, was den Deutschen gebührt, wie ja auch die tschechoslawischen Komitate den Tschechoslawen, die südslawischen den Südslawen übergeben werden.

Ich erlaube mir also den Antrag zu stellen, daß die Komitate Eisenstadt, Ödenburg und Wieselburg, ferner ein Teil des Komitats Preßburg an Niederösterreich, beziehungsweise Deutschösterreich anzuschließen und daß die Verhandlungen ehestens durchzuführen sind.

In der letzten Sitzung der Nationalversammlung wurde auch von mir ein diesbezüglicher Antrag gestellt, der dann dem Vollzugsausschuß zugewiesen wurde. Ich zweifle nicht einen Moment, daß er angenommen werden wird. Notwendig ist es aber, daß wir, die wir hier durchwegs Deutsche sind, diesen Antrag unterstützen.

Wir haben gar keinen Grund, für die Ungarn einzutreten, denn sie haben den Krieg durch ihre Streitigkeiten mit den verschiedenen Nationen, die in Ungarn wohnen und durch ihre Absperrung von Lebensmitteln uns gegenüber provoziert. Ich will diese Sache jetzt nicht näher ausführen.

Ungarn hat beigetragen zur Aushungerung Wiens und Österreichs; deshalb haben wir gar keinen Grund, für Ungarn einzutreten. Ich erinnere, daß deutsche Soldaten in den letzten Tagen in Pesty an bis aufs Hemd ausgezogen wurden; das ist doch eine Gemeinheit, die in einem modernen Staat nicht vorkommen darf.

Die Ungarn haben aufgehört, als zivilisierter Nation angesehen zu werden, sie sind eine asiatische Gesellschaft.

Wenn alle Völker Ungarn verlassen, dann können wir nicht unsere Deutschen in Ungarn verlassen, sondern umgekehrt, wir werden den Beschluß fassen, daß gewisse Gebiete uns angegliedert werden sollen.

Wir wissen ja, daß die Verhandlungen selbst im großen und ganzen von der Staatsregierung geführt werden müssen und ich bin überzeugt, daß sie das Nötige tun wird, um unseren Wünschen zu entsprechen.

Ich habe noch einen Antrag wirtschaftlicher Natur vorzulegen. Jetzt sind ja die wirtschaftlichen Fragen die wichtigsten und sie gehören ebenfalls zur Organisation.

Ich möchte nämlich den Antrag stellen (*liest*):

„Die in Deutschösterreich beziehungsweise in Niederösterreich befindlichen Militärmagazine, Anstalten und Depots (wie Arsenal mit allen darin befindlichen Einrichtungen, die in der Rotunde behufs Ausbesserung lagernden tausende von Autos, die Bergelager etc.) gehören Deutschösterreich und sind sofort vom Staatsrate sicherzustellen. Auch die Rohstoffe, die fertigen und halbfertigen Produkte der Zentralen, die sich in Deutschösterreich befinden, sind zu erfassen und den Gewerben, der Industrie und dem Handel ehestens für die Bevölkerung zuzuführen.“

Gestern ist im niederösterreichischen Gewerbeverein eine wichtige Debatte abgeführt worden und ich empfehle Ihnen darüber die Lektüre in der Zeitschrift des niederösterreichischen Gewerbevereins.

Mein Antrag gehört gewiß zu den wichtigsten Anträgen.

Wie ich Ihnen mitteilen kann, ist vorgestern in Schwechat das Lebensmittelmagazin von allen Wachen bis auf zwei verlassen worden; dort liegen aber für mehrere hundert Millionen Kronen Waren und die waren der Plünderung ausgesetzt. Zirka 180.000 Kilogramm Kaffee waren dort und da heißt es, in Österreich sei kein Kaffee! Man sieht daraus, wie die österreichische Militärverwaltung gewirtschaftet und geradezu entsetzliche Verhältnisse geschaffen hat. (*Ruf: Und alles verwüstet hat.*)

Die Rohstoffe, die Fertig- und Halbfabrikate ...

Landeshauptmann (*unterbrechend*): Ich mache darauf aufmerksam, daß das eigentlich nicht zur Tagesordnung gehört!

Abgeordneter **Dr. Heilingner** (fortfahrend): Das gehört auch zur Wirtschaft Deutschösterreichs und daher ist es sehr dringend, darauf aufmerksam zu machen, damit diese Waren nicht etwa nach Böhmen oder in andere Gebiete verschleppt werden.

Es ist notwendig, das einmal in der Öffentlichkeit zur Sprache zu bringen und darum bringe ich es hier in der niederösterreichischen Landesversammlung vor.

Ferner möchte ich beantragen:

„daß an die Spitze aller Militär- und Zivilanstalten und Depots, inklusive der Zivil- und Militärfonds nur Deutschösterreicher gestellt werden,“

denn gegenwärtig befinden sich an diesen Stellen auch Nicht-Deutschösterreicher. Das ist ebenfalls eine sehr wichtige Angelegenheit, denn sonst wird Niederösterreich beziehungsweise Deutschösterreich von allen Seiten geplündert werden.

Alle meine wirtschaftlichen Anträge sind nichts weniger als einseitig und sie sind auch im Interesse des Gewerbestandes, der Industrie und der Bevölkerung überhaupt.

Ich habe noch einen wirtschaftlichen Antrag:

„Die in den Berglagern befindlichen aus der nördlichen Kriegsbeute stammenden Artikel, die für Deutschösterreich keine Verwendung finden, sind für den Austausch von Lebensmitteln im Auslande zu verwenden.“ (Zustimmung.)

Es gibt eine Unmenge Gegenstände, die wir aus Rußland bezogen haben, aber hier nicht brauchen können. Diese sollten daher zum Austausch von Lebensmitteln mit dem Auslande verwendet werden.

Ferner möchte ich noch auf einen wichtigen Umstand aufmerksam machen. Die Tschechen haben in der Schweiz und in Amerika die verschiedensten Waren angekauft und führen sie jetzt nach Böhmen, so daß sie dort Überfluß haben, während wir daran Mangel leiden.

Ich beantrage daher:

„Die Durchfuhr der tschechischen Waren aus dem Auslande ist nur gegen Kompensation in Lebensmitteln gestattet.“

Sie sollte nur gestattet werden, wenn uns die Tschechen Lebensmittel geben.

Was die Kriegsgewinnsteuer betrifft, so ist diesbezüglich noch gar nichts veranlaßt worden, es handelt sich aber hier doch um 1 1/2 Milliarden! Bei den kleinen Leuten wird die Personal- und Erwerbsteuer bereits eingehoben, bei den Milliarden

und Millionären hat man aber noch nichts getan. (Lebhafte Zustimmung.) Ich mache daher unsere Versammlung auch auf diesen Umstand aufmerksam, denn wir brauchen doch jetzt Geld und müssen es daher dort holen, wo es zu holen ist, nicht aber bei den kleinen Leuten.

Ich bitte zum Schlusse, meine Anträge, die für die Organisation von Bedeutung sind, anzunehmen.

Ich habe mir bereits erlaubt, dem Herrn Vorsitzenden meine Anträge zu übergeben.

Landeshauptmann: Zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Parrer das Wort.

Abgeordneter **Parrer:** Mit Rücksicht auf den Umstand, daß noch mehrere Redner vorgemerkt sind, beantrage ich Schluß der Debatte.

Landeshauptmann: Es ist Schluß der Debatte beantragt und ich bitte die Herren, welche dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Es sind noch die Herren Abgeordneten Seitz, Gruber, Kemetter und Dr. Waber vorgemerkt.

Ich bitte zunächst Herrn Abgeordneten Seitz das Wort zu ergreifen.

Abgeordneter **Seitz:** Von dem Herrn Abgeordneten Freiherr v. Hock ist gegen diesen Vorgang vor allem mit der Begründung Einspruch erhoben worden, daß eine gewisse Verwirrung in der Verwaltung entstehen könnte. Nun haben wir wirklich die größte Verwirrung, wenn die bisherigen Beamten des Staates nicht wissen, wem sie nunmehr zu folgen haben. (Zustimmung.) Deshalb haben wir alle deutschen Beamten in Österreich zunächst angelobt und der neuen Regierung unterstellt. Das ist in den einzelnen Ministerien durchgeführt worden und ähnlich muß sich der Vorgang auch in den einzelnen Ländern vollziehen. (Zustimmung.)

Die Beamten müssen einer Stelle unterstellt werden. (Ruf: Den Staatssekretären!) Sagen wir also vielleicht so: Es ergibt sich nun die Frage, ob wir die Beamten dem Staatsamte des Innern, beziehungsweise den übrigen Staatsämtern unterstellen, denn es gibt auch Agenden der bisher landesfürstlichen Behörden, die dem Handelsminister, Ackerbau- minister etc. unterstellt sind oder ob wir sie dem Landeshauptmann unterstellen.

Das ist jetzt die Alternative. Die Herren meinen, es wäre zweckmäßiger, sie den Staatssekretären zu unterstellen, um so eine gewisse Kontinuität herzustellen.

Abgeordneter **Dr. Heilingner** (fortfahrend): Das gehört auch zur Wirtschaft Deutschösterreichs und daher ist es sehr dringend, darauf aufmerksam zu machen, damit diese Waren nicht etwa nach Böhmen oder in andere Gebiete verschleppt werden.

Es ist notwendig, das einmal in der Öffentlichkeit zur Sprache zu bringen und darum bringe ich es hier in der niederösterreichischen Landesversammlung vor.

Ferner möchte ich beantragen:

„daß an die Spitze aller Militär- und Zivilanstalten und Depots, inklusive der Zivil- und Militärfonds nur Deutschösterreicher gestellt werden,“

denn gegenwärtig befinden sich an diesen Stellen auch Nicht-Deutschösterreicher. Das ist ebenfalls eine sehr wichtige Angelegenheit, denn sonst wird Niederösterreich beziehungsweise Deutschösterreich von allen Seiten geplündert werden.

Alle meine wirtschaftlichen Anträge sind nichts weniger als einseitig und sie sind auch im Interesse des Gewerbestandes, der Industrie und der Bevölkerung überhaupt.

Ich habe noch einen wirtschaftlichen Antrag:

„Die in den Berglagern befindlichen aus der nördlichen Kriegsbeute stammenden Artikel, die für Deutschösterreich keine Verwendung finden, sind für den Austausch von Lebensmitteln im Auslande zu verwenden.“ (Zustimmung.)

Es gibt eine Unmenge Gegenstände, die wir aus Rußland bezogen haben, aber hier nicht brauchen können. Diese sollten daher zum Austausch von Lebensmitteln mit dem Auslande verwendet werden.

Ferner möchte ich noch auf einen wichtigen Umstand aufmerksam machen. Die Tschechen haben in der Schweiz und in Amerika die verschiedensten Waren angekauft und führen sie jetzt nach Böhmen, so daß sie dort Überfluß haben, während wir daran Mangel leiden.

Ich beantrage daher:

„Die Durchfuhr der tschechischen Waren aus dem Auslande ist nur gegen Kompensation in Lebensmitteln gestattet.“

Sie sollte nur gestattet werden, wenn uns die Tschechen Lebensmittel geben.

Was die Kriegsgewinnsteuer betrifft, so ist diesbezüglich noch gar nichts veranlaßt worden, es handelt sich aber hier doch um 1 1/2 Milliarden! Bei den kleinen Leuten wird die Personal- und Erwerbsteuer bereits eingehoben, bei den Milliarden

und Millionären hat man aber noch nichts getan. (Lebhafte Zustimmung.) Ich mache daher unsere Versammlung auch auf diesen Umstand aufmerksam, denn wir brauchen doch jetzt Geld und müssen es daher dort holen, wo es zu holen ist, nicht aber bei den kleinen Leuten.

Ich bitte zum Schlusse, meine Anträge, die für die Organisation von Bedeutung sind, anzunehmen.

Ich habe mir bereits erlaubt, dem Herrn Vorsitzenden meine Anträge zu übergeben.

Landeshauptmann: Zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Parrer das Wort.

Abgeordneter **Parrer:** Mit Rücksicht auf den Umstand, daß noch mehrere Redner vorgemerkt sind, beantrage ich Schluß der Debatte.

Landeshauptmann: Es ist Schluß der Debatte beantragt und ich bitte die Herren, welche dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Es sind noch die Herren Abgeordneten Seitz, Gruber, Kemetter und Dr. Waber vorgemerkt.

Ich bitte zunächst Herrn Abgeordneten Seitz das Wort zu ergreifen.

Abgeordneter **Seitz:** Von dem Herrn Abgeordneten Freiherr v. Hock ist gegen diesen Vorgang vor allem mit der Begründung Einspruch erhoben worden, daß eine gewisse Verwirrung in der Verwaltung entstehen könnte. Nun haben wir wirklich die größte Verwirrung, wenn die bisherigen Beamten des Staates nicht wissen, wem sie nunmehr zu folgen haben. (Zustimmung.) Deshalb haben wir alle deutschen Beamten in Österreich zunächst angelobt und der neuen Regierung unterstellt. Das ist in den einzelnen Ministerien durchgeführt worden und ähnlich muß sich der Vorgang auch in den einzelnen Ländern vollziehen. (Zustimmung.)

Die Beamten müssen einer Stelle unterstellt werden. (Ruf: Den Staatssekretären!) Sagen wir also vielleicht so: Es ergibt sich nun die Frage, ob wir die Beamten dem Staatsamte des Innern, beziehungsweise den übrigen Staatsämtern unterstellen, denn es gibt auch Agenden der bisher landesfürstlichen Behörden, die dem Handelsminister, Ackerbau- minister etc. unterstellt sind oder ob wir sie dem Landeshauptmann unterstellen.

Das ist jetzt die Alternative. Die Herren meinen, es wäre zweckmäßiger, sie den Staatssekretären zu unterstellen, um so eine gewisse Kontinuität herzustellen.

In diesem Falle haben Sie zwar immer die Einheitlichkeit in dem Verhältnis zwischen der obersten Instanz, dem Ministerium und der unteren Instanz, der Statthaltereier, Sie werden aber sofort die größte Verwirrung und die größten Gegensätze zwischen der sogenannten autonomen und der sogenannten landesfürstlichen Verwaltung haben. (*Zustimmung.*) Bisher waren schon ziemliche Reibungen zwischen diesen zwei, aber, meine Herren, jetzt in der Zeit der Demokratie, wo sich natürlich niemand einfach den Staatsbeamten unterwerfen will, werden Sie noch viel mehr Verwirrung bekommen. Ich gebe zu, daß die Lösung, die hier vorgeschlagen wurde, auch zu Verwirrungen führen kann. Hier ist nämlich jetzt eine größere Kontinuität zwischen der Landesversammlung, beziehungsweise ihrem Organe, dem Landesauschuß, und der bisherigen landesfürstlichen Verwaltung hergestellt, dafür können aber Reibungen zwischen dieser bisherigen landesfürstlichen Verwaltung und den betreffenden Staatsämtern entstehen. (*Neuerliche Zustimmung.*) Auch diese Reibungen können zu großen Unannehmlichkeiten und Störungen führen, das gebe ich ohneweiters zu. Es kann sein, daß der Staatssekretär des Innern etwas verfügt und der Beamte, der die bisherigen landesfürstlichen Agenden führt, sagt: dem füge ich mich nicht und hierbei vielleicht den Schutz des Landeshauptmannes hat, so daß also ein Gegensatz zwischen Land und Reich entsteht. Wenn ich aber die Wahl zwischen diesen zwei Übeln habe — wir kommen in jedem Falle zu einer gewissen Verwirrung — so glaube ich doch, daß es besser und zweckmäßiger ist, daß wir so vorgehen, wie schon in anderen Ländern vorgegangen wurde, daß wir die bisherige landesfürstliche Verwaltung mit der bisherigen autonomen Verwaltung vereinigen (*Zustimmung*) und selbstverständlich den Entschluß fassen, in echter Solidarität, die heute notwendiger ist als je (*Beifall*), mit den Bürgern des gesamten Staates Deutschösterreich, ihrer Nationalversammlung und ihrer Regierung einträchtig zusammenzuwirken. (*Lebhafte Zustimmung.*)

Ich glaube, daß insbesondere unser neugewählter Landeshauptmann seinen Stolz darein setzen wird, zu zeigen, daß die Vertreter des Landes Niederösterreich sich in guter Disziplin auch den Beschlüssen fügen, welche die Nationalversammlung des gesamten deutschen Volkes in Österreich faßt und auch das beste Zusammenwirken herstellen mit den von der Gesamtheit des Volkes gewählten Staatssekretären. (*Rufe: So ist es!*) Sollten dennoch Reibungen entstehen, so wird es Pflicht der Parteien und der klugen Führung derselben sein, versöhnend einzugreifen und Gegensätze auszugleichen. Überhaupt, meine Herren, werden wir nur solange bestehen, als wir alle zusammen die Überzeugung haben, daß eine Unterordnung unter die Mehrheits-

beschlüsse stattfinden muß. Das gebietet der Mehrheit, den Bogen nicht zu straff zu spannen und eine Alleinherrschaft aufzurichten, das gebietet der Minderheit, sich in einzelnen Fragen, die auftauchen, nicht als Erpresser aufzuspielen und, wenn gegen sie entschieden wird, sich auch zu fügen. (*Beifall.*)

Wenn einmal der Moment kommen sollte — ich würde das sehr bedauern — wo ein solches einträchtiges Zusammenwirken nicht mehr möglich ist, dann, meine Herren, würde der Zusammenbruch da sein und wir würden die traurigsten Folgen zu gewärtigen haben. Natürlich ist es dringend notwendig, daß die endgültige Verfassungsregelung so rasch als möglich kommt und deshalb müssen alle Parteien darauf bestehen, daß sowohl die konstituierende Nationalversammlung die endgültige Verfassung bestimmt als auch, daß die konstituierende Landesversammlung so rasch als möglich zustande kommt, um eine endgültige Ordnung zu schaffen. In jenem Stadium der Entwicklung werden sich dann selbstverständlich auch wieder Klassenscheidungen und sonstige Scheidungen in politischer Hinsicht zeigen, es wird, wie in allen Körperschaften, eine Mehrheit und Opposition geben. Doch werden auch die heftigsten Parteikämpfe die Mehrheit nicht erschüttern können, weil sie rechtsgültig aufgebaut ist und dauernd besteht. In Böhmen hat man es ebenso gemacht, wie es hier vorgeschlagen worden ist. Ich glaube auch nicht, daß wir uns mit diesem Beschluß in Gegensatz zu den grundlegenden Beschlüssen der Nationalversammlung stellen. Im ungünstigsten Falle könnte man sagen, daß wir ergänzende Bestimmungen für das Land treffen, die außerhalb des Geltungsbereiches jener Bestimmungen liegen, die die Nationalversammlung bereits getroffen hat. Aus keinem der Beschlüsse der Nationalversammlung können Sie direkt heraus interpretieren, daß dieser Vorgang, wie wir ihn hier einhalten, ein Widerspruch sei. (*Abgeordneter Freiherr v. Hock: Nicht direkt, aber indirekt!*)

Ich glaube auch, selbst einem gewiegten und von mir hochgeachteten Juristen wie Herr Abgeordneter Hock es ist, wird es schwer gelingen, auch nur indirekt das heraus zu interpretieren. (*Abgeordneter Freiherr v. Hock: Ich bin nicht beim Wort, sonst wäre ich bereit, das zu beweisen.*) Ich bin für jeden Zwischenruf dankbar, auch wenn er längere Zeit dauert.

Wir können uns auch vielleicht noch des öfteren über diese Sache auseinandersetzen. Ich hoffe aber vor allem anderen, daß das überhaupt keine Streitfrage sein wird, sondern daß wir bald zu einer endgültigen Regelung kommen. Richtig ist, daß die Nationalversammlung erklärt hat, daß sie die gesamte Staatsgewalt in Deutschösterreich für sich in Anspruch nimmt, und dem haben wir alle zugestimmt.

In diesem Falle haben Sie zwar immer die Einheitlichkeit in dem Verhältnis zwischen der obersten Instanz, dem Ministerium und der unteren Instanz, der Statthaltereier, Sie werden aber sofort die größte Verwirrung und die größten Gegensätze zwischen der sogenannten autonomen und der sogenannten landesfürstlichen Verwaltung haben. (*Zustimmung.*) Bisher waren schon ziemliche Reibungen zwischen diesen zwei, aber, meine Herren, jetzt in der Zeit der Demokratie, wo sich natürlich niemand einfach den Staatsbeamten unterwerfen will, werden Sie noch viel mehr Verwirrung bekommen. Ich gebe zu, daß die Lösung, die hier vorgeschlagen wurde, auch zu Verwirrungen führen kann. Hier ist nämlich jetzt eine größere Kontinuität zwischen der Landesversammlung, beziehungsweise ihrem Organe, dem Landesauschuß, und der bisherigen landesfürstlichen Verwaltung hergestellt, dafür können aber Reibungen zwischen dieser bisherigen landesfürstlichen Verwaltung und den betreffenden Staatsämtern entstehen. (*Neuerliche Zustimmung.*) Auch diese Reibungen können zu großen Unannehmlichkeiten und Störungen führen, das gebe ich ohneweiters zu. Es kann sein, daß der Staatssekretär des Innern etwas verfügt und der Beamte, der die bisherigen landesfürstlichen Agenden führt, sagt: dem füge ich mich nicht und hierbei vielleicht den Schutz des Landeshauptmannes hat, so daß also ein Gegensatz zwischen Land und Reich entsteht. Wenn ich aber die Wahl zwischen diesen zwei Übeln habe — wir kommen in jedem Falle zu einer gewissen Verwirrung — so glaube ich doch, daß es besser und zweckmäßiger ist, daß wir so vorgehen, wie schon in anderen Ländern vorgegangen wurde, daß wir die bisherige landesfürstliche Verwaltung mit der bisherigen autonomen Verwaltung vereinigen (*Zustimmung*) und selbstverständlich den Entschluß fassen, in echter Solidarität, die heute notwendiger ist als je (*Beifall*), mit den Bürgern des gesamten Staates Deutschösterreich, ihrer Nationalversammlung und ihrer Regierung einträchtig zusammenzuwirken. (*Lebhafte Zustimmung.*)

Ich glaube, daß insbesondere unser neugewählter Landeshauptmann seinen Stolz darein setzen wird, zu zeigen, daß die Vertreter des Landes Niederösterreich sich in guter Disziplin auch den Beschlüssen fügen, welche die Nationalversammlung des gesamten deutschen Volkes in Österreich faßt und auch das beste Zusammenwirken herstellen mit den von der Gesamtheit des Volkes gewählten Staatssekretären. (*Rufe: So ist es!*) Sollten dennoch Reibungen entstehen, so wird es Pflicht der Parteien und der klugen Führung derselben sein, versöhnend einzugreifen und Gegensätze auszugleichen. Überhaupt, meine Herren, werden wir nur solange bestehen, als wir alle zusammen die Überzeugung haben, daß eine Unterordnung unter die Mehrheits-

beschlüsse stattfinden muß. Das gebietet der Mehrheit, den Bogen nicht zu straff zu spannen und eine Alleinherrschaft aufzurichten, das gebietet der Minderheit, sich in einzelnen Fragen, die auftauchen, nicht als Erpresser aufzuspielen und, wenn gegen sie entschieden wird, sich auch zu fügen. (*Beifall.*) Wenn einmal der Moment kommen sollte — ich würde das sehr bedauern — wo ein solches einträchtiges Zusammenwirken nicht mehr möglich ist, dann, meine Herren, würde der Zusammenbruch da sein und wir würden die traurigsten Folgen zu gewärtigen haben. Natürlich ist es dringend notwendig, daß die endgültige Verfassungsregelung so rasch als möglich kommt und deshalb müssen alle Parteien darauf bestehen, daß sowohl die konstituierende Nationalversammlung die endgültige Verfassung bestimmt als auch, daß die konstituierende Landesversammlung so rasch als möglich zustande kommt, um eine endgültige Ordnung zu schaffen. In jenem Stadium der Entwicklung werden sich dann selbstverständlich auch wieder Klassenscheidungen und sonstige Scheidungen in politischer Hinsicht zeigen, es wird, wie in allen Körperschaften, eine Mehrheit und Opposition geben. Doch werden auch die heftigsten Parteikämpfe die Mehrheit nicht erschüttern können, weil sie rechtsgültig aufgebaut ist und dauernd besteht. In Böhmen hat man es ebenso gemacht, wie es hier vorgeschlagen worden ist. Ich glaube auch nicht, daß wir uns mit diesem Beschluß in Gegensatz zu den grundlegenden Beschlüssen der Nationalversammlung stellen. Im ungünstigsten Falle könnte man sagen, daß wir ergänzende Bestimmungen für das Land treffen, die außerhalb des Geltungsbereiches jener Bestimmungen liegen, die die Nationalversammlung bereits getroffen hat. Aus keinem der Beschlüsse der Nationalversammlung können Sie direkt heraus interpretieren, daß dieser Vorgang, wie wir ihn hier einhalten, ein Widerspruch sei. (*Abgeordneter Freiherr v. Hock: Nicht direkt, aber indirekt!*)

Ich glaube auch, selbst einem gewiegten und von mir hochgeachteten Juristen wie Herr Abgeordneter Hock es ist, wird es schwer gelingen, auch nur indirekt das heraus zu interpretieren. (*Abgeordneter Freiherr v. Hock: Ich bin nicht beim Wort, sonst wäre ich bereit, das zu beweisen.*) Ich bin für jeden Zwischenruf dankbar, auch wenn er längere Zeit dauert.

Wir können uns auch vielleicht noch des öfteren über diese Sache auseinandersetzen. Ich hoffe aber vor allem anderen, daß das überhaupt keine Streitfrage sein wird, sondern daß wir bald zu einer endgültigen Regelung kommen. Richtig ist, daß die Nationalversammlung erklärt hat, daß sie die gesamte Staatsgewalt in Deutschösterreich für sich in Anspruch nimmt, und dem haben wir alle zugestimmt.

Aber ebenso richtig ist, daß innerhalb der einzelnen Verwaltungsgebiete dann eine gewisse Autonomie bestehen muß, und das wichtigste ist, daß wir eben dann zusammenwirken und ein leidliches Verhältnis schaffen.

Ich möchte jedes Mißverständnis vermeiden. Alle unsere Beschlüsse sind für die allernächste Zeit gefaßt und es wird Pflicht und Aufgabe der Nationalversammlung sein, eine endgültige Verfassung zu schaffen, nicht nur für den gesamten Staat Deutsch-österreich, sondern auch für die einzelnen Gebiete, also auch für die einzelnen Länder und nur im Rahmen derselben. (Abgeordneter Freiherr v. Hock: Kreise brauchen wir, keine Länder!)

Es wird ja den Herren freistehen, bei den Beratungen über die Verfassung ihre Vorschläge auch bezüglich der Umgestaltung dieser Verwaltungsgebiete zu machen. Solche Vorschläge sind ja in letzter Zeit vielfach gemacht worden und es wird sich eben dann entscheiden. Aber das wichtigste ist und darüber, glaube ich, ist die Auffassung allgemein und wenn sie es nicht wäre, müßte man dem widersprechen. Wenn die Nationalversammlung die Verfassung des Gesamtstaates entwirft, muß sie zugleich auch die wichtigsten verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Bestimmungen für die einzelnen Verwaltungsgebiete und ihre Vertretungen entwerfen, heißen sie nun Länder, Kreise oder Bezirke. Im Rahmen dieser die gesamte Nation betreffenden Bestimmungen müssen dann die Länder beziehungsweise Kreise ihre autonomen Bestimmungen beschließen. Das kann aber erst geschehen, wenn eine dauernde Verfassung festgesetzt ist, wobei ich wieder unter „dauernd“ mir verstehe: für die Dauer der Geltung der provisorischen Nationalversammlung. Die konstituierende Nationalversammlung wird sich selbstverständlich erst mit der endgültigen Verfassung des Staates und damit auch der untergeordneten Verwaltungsgebiete befassen. Hierbei, glaube ich, ist das allerwichtigste, daß wir so rasch als möglich zu einer einheitlichen Verwaltung kommen und den größten Fehler, an dem unsere Verwaltung am meisten leidet, beseitigen: die Trennung der landesfürstlichen und der autonomen Verwaltung (Zustimmung.)

Hier Wandel zu schaffen, ist der eigentliche Zweck dieses Antrages. (Freiherr v. Hock: Die Landesgesetze, die heute gelten, können Sie nicht mit einem Schlag außer Kraft setzen!) Das weiß ich, aber wenn wir das so auffassen wollten, hätten wir überhaupt nichts machen können. (Allseitige Zustimmung.) Dann hätten wir in Österreich auch nach dem Weltkriege uns weiter regieren oder, besser gesagt, uns weiter regieren lassen können wie bisher. Dann hätten wir dulden müssen, daß wir im Staate wieder von Bürokraten regiert

werden, daß alle Landtage einfach auseinandergejagt bleiben und allein die Statthaltereien verfügt oder — ich bitte um Entschuldigung, die Herren können ja nichts dafür, sie müßten ja die Verwaltung weiterführen — einige Landesanschlüsse, dann hätten wir überhaupt gar nichts machen können.

Dessen bin ich mir vollkommen bewußt, daß alles, was wir hier tun, nicht mehr den Befehlen entspricht, die heute noch nicht aus dem Reichsgesetzblatt gestrichen sind. (Ruf: Den früheren!) Das weiß ich schon, aber in einer solchen Zeit, in der wir jetzt leben, muß sich, was notwendig ist, durchsetzen durch die Macht des Volkes (Zustimmung.) So wie sich seinerzeit in den alten Tagen der Geschichte die Notwendigkeiten vollzogen haben durch die Macht einzelner Personen, müssen sie sich heute vollziehen durch die Macht des Volkes. Das Zusammenwirken derer, die bisher die landesfürstlichen Agenden zu verwalten hatten, und derer, die die autonomen Agenden verwalteten, ist nur möglich, wenn wir einen Mann an die Spitze stellen, der berufen ist von Niederösterreich und seinem Volke, der in jedem Zweige der Verwaltung das letzte entscheidende Wort spricht.

Ich glaube und hoffe, daß wir über diese Zeit rasch hinwegkommen und endlich Ordnung machen werden. Ich glaube und hoffe auch, daß wir einträchtig und einheitlich zusammenwirken werden, um in der Zwischenzeit die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten und deshalb werde ich für die Anträge stimmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Landeshauptmann: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gruber.

Abgeordneter Gruber: Nach den zutreffenden Bemerkungen des Herrn Vorredners, denen ich vollkommen zustimme, daß so rasch als möglich die Übernahme der ehemaligen landesfürstlichen Verwaltung erfolgen muß, habe ich kaum mehr viel zu sagen. Der Herr Antragsteller für die Vertagung versucht ja nur als ehemaliger politischer Beamter vielleicht noch diesen Sturz zu retten, aber unsere Bevölkerung wird ihm dafür wenig dankbar sein, denn wir alle wissen zu genau, daß die politischen Behörden erster Instanz vollständig versagt haben (Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Mit Ausnahme des Magistrates!) nur die Gemeinden — auch die Gemeinde Wien — sind es gewesen, die jetzt und immer letzten Endes, wenn sie nicht mehr weiter konnten, wenn sie mit ihrer Regierungskunst zu Ende gewesen sind, einspringen und die Situation retten mußten. (Zustimmung.) Es ist daher unverzüglich notwendig, daß die landesfürstliche Verwaltung in die Hände des Volkes kommt, weil in

Aber ebenso richtig ist, daß innerhalb der einzelnen Verwaltungsgebiete dann eine gewisse Autonomie bestehen muß, und das wichtigste ist, daß wir eben dann zusammenwirken und ein leidliches Verhältnis schaffen.

Ich möchte jedes Mißverständnis vermeiden. Alle unsere Beschlüsse sind für die allernächste Zeit gefaßt und es wird Pflicht und Aufgabe der Nationalversammlung sein, eine endgültige Verfassung zu schaffen, nicht nur für den gesamten Staat Deutsch-österreich, sondern auch für die einzelnen Gebiete, also auch für die einzelnen Länder und nur im Rahmen derselben. (Abgeordneter Freiherr v. Hock: Kreise brauchen wir, keine Länder!)

Es wird ja den Herren freistehen, bei den Beratungen über die Verfassung ihre Vorschläge auch bezüglich der Umgestaltung dieser Verwaltungsgebiete zu machen. Solche Vorschläge sind ja in letzter Zeit vielfach gemacht worden und es wird sich eben dann entscheiden. Aber das wichtigste ist und darüber, glaube ich, ist die Auffassung allgemein und wenn sie es nicht wäre, müßte man dem widersprechen. Wenn die Nationalversammlung die Verfassung des Gesamtstaates entwirft, muß sie zugleich auch die wichtigsten verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Bestimmungen für die einzelnen Verwaltungsgebiete und ihre Vertretungen entwerfen, heißen sie nun Länder, Kreise oder Bezirke. Im Rahmen dieser die gesamte Nation betreffenden Bestimmungen müssen dann die Länder beziehungsweise Kreise ihre autonomen Bestimmungen beschließen. Das kann aber erst geschehen, wenn eine dauernde Verfassung festgesetzt ist, wobei ich wieder unter „dauernd“ nur verstehe: für die Dauer der Geltung der provisorischen Nationalversammlung. Die konstituierende Nationalversammlung wird sich selbstverständlich erst mit der endgültigen Verfassung des Staates und damit auch der untergeordneten Verwaltungsgebiete befassen. Hierbei, glaube ich, ist das allerwichtigste, daß wir so rasch als möglich zu einer einheitlichen Verwaltung kommen und den größten Fehler, an dem unsere Verwaltung am meisten leidet, beseitigen: die Trennung der landesfürstlichen und der autonomen Verwaltung. (Zustimmung.)

Hier Wandel zu schaffen, ist der eigentliche Zweck dieses Antrages. (Freiherr v. Hock: Die Landesgesetze, die heute gelten, können Sie nicht mit einem Schlag außer Kraft setzen!) Das weiß ich, aber wenn wir das so auffassen wollten, hätten wir überhaupt nichts machen können. (Allseitige Zustimmung.) Dann hätten wir in Österreich auch nach dem Weltkriege uns weiter regieren oder, besser gesagt, uns weiter regieren lassen können wie bisher. Dann hätten wir dulden müssen, daß wir im Staate wieder von Bürokraten regiert

werden, daß alle Landtage einfach auseinandergejagt bleiben und allein die Statthaltereien verfügt oder — ich bitte um Entschuldigung, die Herren können ja nichts dafür, sie müßten ja die Verwaltung weiterführen — einige Landesanschlüsse, dann hätten wir überhaupt gar nichts machen können.

Dessen bin ich mir vollkommen bewußt, daß alles, was wir hier tun, nicht mehr den Gesetzen entspricht, die heute noch nicht aus dem Reichsgesetzblatt gestrichen sind. (Ruf: Den früheren!) Das weiß ich schon, aber in einer solchen Zeit, in der wir jetzt leben, muß sich, was notwendig ist, durchsetzen durch die Macht des Volkes (Zustimmung.) So wie sich seinerzeit in den alten Tagen der Geschichte die Notwendigkeiten vollzogen haben durch die Macht einzelner Personen, müssen sie sich heute vollziehen durch die Macht des Volkes. Das Zusammenwirken derer, die bisher die landesfürstlichen Agenden zu verwalten hatten, und derer, die die autonomen Agenden verwalteten, ist nur möglich, wenn wir einen Mann an die Spitze stellen, der berufen ist von Niederösterreich und seinem Volke, der in jedem Zweige der Verwaltung das letzte entscheidende Wort spricht.

Ich glaube und hoffe, daß wir über diese Zeit rasch hinwegkommen und endlich Ordnung machen werden. Ich glaube und hoffe auch, daß wir einträchtig und einheitlich zusammenwirken werden, um in der Zwischenzeit die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten und deshalb werde ich für die Anträge stimmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Landeshauptmann: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gruber.

Abgeordneter Gruber: Nach den zutreffenden Bemerkungen des Herrn Vorredners, denen ich vollkommen zustimme, daß so rasch als möglich die Übernahme der ehemaligen landesfürstlichen Verwaltung erfolgen muß, habe ich kaum mehr viel zu sagen. Der Herr Antragsteller für die Vertagung versucht ja nur als ehemaliger politischer Beamter vielleicht noch diesen Sturz zu retten, aber unsere Bevölkerung wird ihm dafür wenig dankbar sein, denn wir alle wissen zu genau, daß die politischen Behörden erster Instanz vollständig versagt haben (Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Mit Ausnahme des Magistrates!) nur die Gemeinden — auch die Gemeinde Wien — sind es gewesen, die jetzt und immer letzten Endes, wenn sie nicht mehr weiter konnten, wenn sie mit ihrer Regierungskunst zu Ende gewesen sind, einspringen und die Situation retten mußten. (Zustimmung.) Es ist daher unverzüglich notwendig, daß die landesfürstliche Verwaltung in die Hände des Volkes kommt, weil in

den Flüchtlingslagern, die von dieser Stelle verwaltet wurden, Unsummen von Nahrungsmitteln liegen, um die sich seit acht Tagen kein Mensch kümmert, so daß sie von den Flüchtlingen und anderen sonstigen Unberufenen nach allen Richtungen verschleppt und dann verschleudert werden. Das ist nationales Vermögen und es ist daher unsere, der Vertreter des deutschen Volkes im Lande Niederösterreich erste Aufgabe, darauf zu achten, daß diese Verschleppungen nicht fortgesetzt werden.

Es würde kein Mensch verstehen, wenn wir noch einen Augenblick zögern und länger warten würden, wie unberufene Elemente in ihrer Unfähigkeit schalten, mit verschränkten Armen zusehen, und wenn wir noch länger dieser Sawirtschaft — ich kann es nicht anders bezeichnen — zusehen würden. Sie haben einen eigenen Wirtschaftsbetrieb, haben niemandem Ausweise geliefert, haben sich daher ihrer Rechte selbst begeben, es ist daher kein Eingriff, den wir vornehmen. Sie müssen daher glattweg, wie das Militär es getan hat und tun mußte, Sie müssen liquidieren, weil Sie unfähig sind, die Sache länger zu verwalten. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Landeshauptmann: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kemetter.

Abgeordneter **Kemetter:** Ich bin voll einverstanden und betrachte es als einen bedeutenden Fortschritt im Sinne einer modernen Verwaltung, daß die Verwaltung der einzelnen Gebietsteile des neuen Staates Deutschösterreich von den Vertretern des Volkes selbst in die Hand genommen und geleitet wird. Ich bin also grundsätzlich mit dem Antrage einverstanden, allein ich kann mir nicht verhehlen, daß der Antrag, wie er gestellt ist und in diesem Zeitpunkte, eine Reihe ernster Bedenken auslöst, möchte aber, meine Herren, die Feststellung vorausschicken, daß auch dieser Punkt, wie schon mehrere Punkte der Tagesordnung, nicht im Einvernehmen mit allen Parteien (*Abgeordneter Freiherr v. Hock: Sehr richtig!*), sondern nur im Einvernehmen zwischen zwei Parteien auf die Tagesordnung gesetzt worden sind, daß auch bei der Feststellung dieses Punktes der Tagesordnung die Deutschnationalen und Deutschfreisinnigen nicht befragt und nicht ins Einvernehmen gezogen worden sind. Diese Tatsache allein erregt begreiflicherweise bei den zurückgesetzten und vernachlässigten Gruppen die Befürchtung, daß das Eintreten könnte, was der hochverehrte Herr Präsident Seitz gemeint hat, daß bei den einzelnen machthabenden Parteien der Bogen allzu straff gespannt werden würde.

Ich will annehmen, daß kein dolus, kein mala fides vorliegt, trotzdem glaube ich, daß doch eine Reihe schwerer Bedenken übrig bleibt. Ich

frage zunächst: Ist es nicht ein Vorgreifen in bezug auf die ganze Verfassung Deutschösterreichs (*Abgeordneter Freiherr v. Hock: So ist es!*), was sich hier in Niederösterreich und anderen Ländern vollzieht? Die Nationalversammlung hat in bezug auf die Verfassung Deutschösterreichs noch gar nichts bestimmt. Wenn Sie hier in dieser Weise fortfahren, so kommen Sie nicht von oben nach unten zur Schaffung einer Verfassung für das ganze Deutschösterreich, daher zu einer einheitlichen Verfassung, sondern in einzelnen Gebieten zum Aufbau verschiedener Gebietsverfassungen, die dann möglicherweise nicht in Übereinstimmung stehen und unendlich schwer zusammengefaßt werden können und daher das ganze große Werk der Verfassungsgebung für den neuen Staat wesentlich zu beeinträchtigen imstande sind. Es ist also, und dem kann nicht widersprochen werden, ein Vorgreifen dem Gesetzgebungsrechte der Nationalversammlung, ein Präjudizieren in dem einen Punkte, in dem die Nationalversammlung noch nicht gesprochen hat, auf dem wichtigsten, grundlegendsten Gebiete der Verfassung des neuen Staates. Ich frage deshalb in welchem Verhältnisse wird der Landeshauptmann von Niederösterreich zu dem Staatssekretär des Staates Deutschösterreich stehen?

Es hat der verehrte Herr Präsident Seitz diese Schwierigkeit mit ein paar wohlwollenden Worten zu überwinden geglaubt, er hat gemeint, wir werden den Willen aussprechen, immer solidarisch vorzugehen. Das sind keine verfassungsmäßigen Garantien. (*Abgeordneter Freiherr v. Hock: Sehr richtig!*). Wenn wir auch heute Beschluß fassen und besten Willens sein wollen und sein können, so kann das in einer Woche schon ganz anders sein. Es ist nirgends ein Fundament, eine Sicherung gesetzt, das ist zu wenig, verehrter Herr Präsident Seitz! Ich frage, wann wird die Beamtenschaft der Statthalterei, wenn ihr auch nicht der Eid abgenommen wird, das Gelöbnis ablegen? Oder legen sie dem Staate Deutschösterreich überhaupt nicht, sondern nur dem Lande Niederösterreich das Gelöbnis ab? Darüber erfahren wir überhaupt nichts; alle diese wesentlichen Fragen bleiben unerörtert! Sollen wir auf dieses unbeschriebene Blatt Papier unsere Namen als Zustimmung geben? (*Abgeordneter Freiherr v. Hock: Wir haben im Staate Deutschösterreich eine Republik Niederösterreich!*) Wir haben im Staate Deutschösterreich eine Republik Niederösterreich und da sollen wir auf Ihr ehrliches Gesicht hin Solidarität gewähren?

Das ist nach meiner Meinung eine glatte Unmöglichkeit. Wir sollen Ihnen eine Carte blanche geben, wie Sie dieses Land Niederösterreich einrichten und wie Sie es in ein Verhältnis zum

den Flüchtlingslagern, die von dieser Stelle verwaltet wurden, Unsummen von Nahrungsmitteln liegen, um die sich seit acht Tagen kein Mensch kümmert, so daß sie von den Flüchtlingen und anderen sonstigen Unberufenen nach allen Richtungen verschleppt und dann verschleudert werden. Das ist nationales Vermögen und es ist daher unsere, der Vertreter des deutschen Volkes im Lande Niederösterreich erste Aufgabe, darauf zu achten, daß diese Verschleppungen nicht fortgesetzt werden.

Es würde kein Mensch verstehen, wenn wir noch einen Augenblick zögern und länger warten würden, wie unberufene Elemente in ihrer Unfähigkeit schalten, mit verschränkten Armen zusehen, und wenn wir noch länger dieser Sawirtschaft — ich kann es nicht anders bezeichnen — zusehen würden. Sie haben einen eigenen Wirtschaftsbetrieb, haben niemandem Ausweise geliefert, haben sich daher ihrer Rechte selbst begeben, es ist daher kein Eingriff, den wir vornehmen. Sie müssen daher glattweg, wie das Militär es getan hat und tun mußte, Sie müssen liquidieren, weil Sie unfähig sind, die Sache länger zu verwalten. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Landeshauptmann: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kemetter.

Abgeordneter **Kemetter:** Ich bin voll einverstanden und betrachte es als einen bedeutenden Fortschritt im Sinne einer modernen Verwaltung, daß die Verwaltung der einzelnen Gebietsteile des neuen Staates Deutschösterreich von den Vertretern des Volkes selbst in die Hand genommen und geleitet wird. Ich bin also grundsätzlich mit dem Antrage einverstanden, allein ich kann mir nicht verhehlen, daß der Antrag, wie er gestellt ist und in diesem Zeitpunkte, eine Reihe ernster Bedenken auslöst, möchte aber, meine Herren, die Feststellung vorausschicken, daß auch dieser Punkt, wie schon mehrere Punkte der Tagesordnung, nicht im Einvernehmen mit allen Parteien (*Abgeordneter Freiherr v. Hock: Sehr richtig!*), sondern nur im Einvernehmen zwischen zwei Parteien auf die Tagesordnung gesetzt worden sind, daß auch bei der Feststellung dieses Punktes der Tagesordnung die Deutschnationalen und Deutschfreisinnigen nicht befragt und nicht ins Einvernehmen gezogen worden sind. Diese Tatsache allein erregt begreiflicherweise bei den zurückgesetzten und vernachlässigten Gruppen die Befürchtung, daß das Eintreten könnte, was der hochverehrte Herr Präsident Seitz gemeint hat, daß bei den einzelnen machthabenden Parteien der Bogen allzu straff gespannt werden würde.

Ich will annehmen, daß kein dolus, kein mala fides vorliegt, trotzdem glaube ich, daß doch eine Reihe schwerer Bedenken übrig bleibt. Ich

frage zunächst: Ist es nicht ein Vorgreifen in bezug auf die ganze Verfassung Deutschösterreichs (*Abgeordneter Freiherr v. Hock: So ist es!*), was sich hier in Niederösterreich und anderen Ländern vollzieht? Die Nationalversammlung hat in bezug auf die Verfassung Deutschösterreichs noch gar nichts bestimmt. Wenn Sie hier in dieser Weise fortfahren, so kommen Sie nicht von oben nach unten zur Schaffung einer Verfassung für das ganze Deutschösterreich, daher zu einer einheitlichen Verfassung, sondern in einzelnen Gebieten zum Aufbau verschiedener Gebietsverfassungen, die dann möglicherweise nicht in Übereinstimmung stehen und unendlich schwer zusammengefaßt werden können und daher das ganze große Werk der Verfassungsgebung für den neuen Staat wesentlich zu beeinträchtigen imstande sind. Es ist also, und dem kann nicht widersprochen werden, ein Vorgreifen dem Gesetzgebungsrechte der Nationalversammlung, ein Präjudizieren in dem einen Punkte, in dem die Nationalversammlung noch nicht gesprochen hat, auf dem wichtigsten, grundlegendsten Gebiete der Verfassung des neuen Staates. Ich frage deshalb in welchem Verhältnisse wird der Landeshauptmann von Niederösterreich zu dem Staatssekretär des Staates Deutschösterreich stehen?

Es hat der verehrte Herr Präsident Seitz diese Schwierigkeit mit ein paar wohlwollenden Worten zu überwinden geglaubt, er hat gemeint, wir werden den Willen aussprechen, immer solidarisch vorzugehen. Das sind keine verfassungsmäßigen Garantien. (*Abgeordneter Freiherr v. Hock: Sehr richtig!*) Wenn wir auch heute Beschluß fassen und besten Willens sein wollen und sein können, so kann das in einer Woche schon ganz anders sein. Es ist nirgends ein Fundament, eine Sicherung gesetzt, das ist zu wenig, verehrter Herr Präsident Seitz! Ich frage, wann wird die Beamtenschaft der Statthalterei, wenn ihr auch nicht der Eid abgenommen wird, das Gelöbnis ablegen? Oder legen sie dem Staate Deutschösterreich überhaupt nicht, sondern nur dem Lande Niederösterreich das Gelöbnis ab? Darüber erfahren wir überhaupt nichts; alle diese wesentlichen Fragen bleiben unerörtert! Sollen wir auf dieses unbeschriebene Blatt Papier unsere Namen als Zustimmung geben? (*Abgeordneter Freiherr v. Hock: Wir haben im Staate Deutschösterreich eine Republik Niederösterreich!*) Wir haben im Staate Deutschösterreich eine Republik Niederösterreich und da sollen wir auf Ihr ehrliches Gesicht hin Solidarität gewähren?

Das ist nach meiner Meinung eine glatte Unmöglichkeit. Wir sollen Ihnen eine Carte blanche geben, wie Sie dieses Land Niederösterreich einrichten und wie Sie es in ein Verhältnis zum

Staate Deutschösterreich bringen wollen. Das sind Unmöglichkeiten.

Ich bitte, es ist schon in einem konkreten Punkte präjudiziert, indem Sie nämlich die Landesverwaltung schon als wiedergegeben damit anerkennen. Sie wissen, daß in der Nationalversammlung Gruppen sind, die ganz anderer Meinung sind, und ich weiß nicht, ob die Veränderung bei aller Anerkennung der Tüchtigkeit, welche die Landesanschlüsse und ihre Verwaltungsorgane an den Tag gelegt haben, während des Krieges sich so bewährt hat. Es ist die Frage, ob sich der Grundlag der Veränderung, der dazu geführt hat, daß wir nicht nur von Ungarn bezüglich der Ernährung abgesperrt waren, sondern daß auch einzelne Länder sich abgesperrt haben, daß also auch der Ernährungsdienst verländert war, sich so sehr bewährt hat.

Sie präjudizieren in der bedenklichsten Weise. *(Abgeordneter Kollmann: Das hat die staatliche Verwaltung gemacht!)* Es war nur eine Konnivenz der staatlichen Verwaltung gegenüber den Bestrebungen, welche in den Landesverwaltungen zum Ausdruck gekommen sind. *(Abgeordneter Kollmann: Der Bezirkshauptmann hat sich den Anordnungen des Statthalters nicht gefügt!)* Ich sehe auch noch gewisse andere Gefahren.

Ich kann diesen Punkt der Tagesordnung erst eigentlich so recht aus dem Zusammenhang mit den zwei anderen Punkten der heutigen Tagesordnung, die fallen gelassen worden sind, verstehen.

Diese beiden anderen Punkte betrafen die Einsetzung eines 15gliedrigen Wahlordnungsausschusses und die Einsetzung eines 15gliedrigen Verfassungsausschusses. Damit drücken Sie schon aus, daß Sie, ohne Rücksichtnahme auf die Nationalversammlung, sich selbständig die Landesverwaltung, selbständig eine Landesverfassung und eine Landeswahlordnung schaffen wollen.

Sie wissen noch gar nicht, ob die Nationalversammlung willens ist, den einzelnen Ländern und Kreisen das zu überlassen, oder ob sie nicht selbst eine Wahlordnung für die Länder schaffen will, ob sie nicht selbst die Verfassung der Länder oder vielmehr der Kreise und Gebiete ausbauen will. *(Zwischenrufe.)* Wenn ich Länder gesagt habe, so geschah es nur traditionell gesprochen, ohne sie prinzipiell anzuerkennen. Sie greifen diesen essentiellen Punkten der Nationalversammlung vor. Es wäre ein Vergehen, würden wir nicht in diesem ersten Augenblick schon auf diese Gefahr hinweisen. Ich sehe aber noch eine andere Gefahr.

Ich glaube nicht, daß Sie die Absicht haben, durch diese so reich neu ins Leben gesetzte Landesverwaltung, die Sie mit allen Machtmitteln nach außen und innen ausgestalten wollen, wodurch Sie den Staat Deutschösterreich zu einem sehr losen

Bundesstaat machen wollen, dessen oberste Gewalt nullifiziert werden kann, daß Sie sich mit der Absicht fragen, aus diesen einzelnen Landesverwaltungen und Regierungen heraus vielleicht das ganze Werk der Schaffung eines freien Staates Deutschösterreich wieder ungeschehen zu machen. Ich sehe ab davon, ich glaube nicht, daß Sie diese Absicht haben. Aber es kann das entweder mit Ihrer Mithilfe oder in anderer Weise, vielleicht durch Ihre Nachfolger später geschehen.

Ich sehe also auch dieses neue Gebilde, das Sie schaffen wollen, als den Keim einer Bewegung an, welche sich möglicherweise gegen die Unabhängigkeit und Selbständigkeit des vom deutschen Volk in Österreich wahrhaftig mit seinem Blut verdienten Staates Deutschösterreich richtet. Auf diese Gefahr hinzuweisen, halte ich auch für meine sittliche Pflicht in dieser Stunde. *(Hofrat Hock: Bravo Kometter!)* Ich möchte daher bitten, den beantragten Beschluß — die Vertagung ist ja leider abgelehnt worden — nicht zu fassen. Wenn Sie es aber doch tun, würde ich es außerordentlich beklagen.

Wir sind ja nicht neugeboren worden; es hängt uns als Menschen noch immer die traurige Tradition der jüngst verfloffenen Zeit an. Und da wissen wir, daß im alten Österreich nichts definitiver war als ein Provisorium und daher fürchte ich auch, daß das Provisorium, das hier geschaffen werden soll, etwas sehr Definitives wird.

Ich bitte Sie daher, lehnen Sie den Antrag für heute noch ab. Überlassen Sie es der Nationalversammlung, in diesen wichtigen Punkten ein grundlegendes Rahmengerüst zu machen und innerhalb dieses Rahmens bauen Sie die Verfassung dieses Gebietes aus.

Schaffen Sie nicht ein verderbliches, verhängnisvolles Präjudiz für unseren jungen Staat Deutschösterreich, für den wir leben und sterben wollen. *(Beifall.)*

Landeshauptmann: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Waber.

Abgeordneter Dr. Waber: Der Herr Redner hat auf alle Schattenseiten hingewiesen, die sich aus der neuen Einrichtung ergeben werden. Ich bin vollständig der Meinung, daß jedes menschliche Werk Licht- und Schattenseiten hat, und wenn wir uns fragen, ob wir der neuen Ordnung zustimmen, so müssen wir uns fragen, ob sie mehr für sich hat als die alte Ordnung. Und da komme ich zu dem Ergebnis, daß in allem, was aus der reinen Demokratie hervorgeht, die Gefahr einer einseitigen Parteiherrschaft und einer einseitigen Parteiwillkür entsteht.

Staate Deutschösterreich bringen wollen. Das sind Unmöglichkeiten.

Ich bitte, es ist schon in einem konkreten Punkte präjudiziert, indem Sie nämlich die Landesverwaltung schon als wiedergegeben damit anerkennen. Sie wissen, daß in der Nationalversammlung Gruppen sind, die ganz anderer Meinung sind, und ich weiß nicht, ob die Veränderung bei aller Anerkennung der Tüchtigkeit, welche die Landesausschüsse und ihre Verwaltungsorgane an den Tag gelegt haben, während des Krieges sich so bewährt hat. Es ist die Frage, ob sich der Grundsatz der Veränderung, der dazu geführt hat, daß wir nicht nur von Ungarn bezüglich der Ernährung abgesperrt waren, sondern daß auch einzelne Länder sich abgesperrt haben, daß also auch der Ernährungsdienst verländert war, sich so sehr bewährt hat.

Sie präjudizieren in der bedenklichsten Weise. *(Abgeordneter Kollmann: Das hat die staatliche Verwaltung gemacht!)* Es war nur eine Konnivenz der staatlichen Verwaltung gegenüber den Bestrebungen, welche in den Landesverwaltungen zum Ausdruck gekommen sind. *(Abgeordneter Kollmann: Der Bezirkshauptmann hat sich den Anordnungen des Statthalters nicht gefügt!)* Ich sehe auch noch gewisse andere Gefahren.

Ich kann diesen Punkt der Tagesordnung erst eigentlich so recht aus dem Zusammenhang mit den zwei anderen Punkten der heutigen Tagesordnung, die fallen gelassen worden sind, verstehen.

Diese beiden anderen Punkte betrafen die Einsetzung eines 15gliedrigen Wahlordnungsausschusses und die Einsetzung eines 15gliedrigen Verfassungsausschusses. Damit drücken Sie schon aus, daß Sie, ohne Rücksichtnahme auf die Nationalversammlung, sich selbständig die Landesverwaltung, selbständig eine Landesverfassung und eine Landeswahlordnung schaffen wollen.

Sie wissen noch gar nicht, ob die Nationalversammlung willens ist, den einzelnen Ländern und Kreisen das zu überlassen, oder ob sie nicht selbst eine Wahlordnung für die Länder schaffen will, ob sie nicht selbst die Verfassung der Länder oder vielmehr der Kreise und Gebiete ausbauen will. *(Zwischenrufe.)* Wenn ich Länder gesagt habe, so geschah es nur traditionell gesprochen, ohne sie prinzipiell anzuerkennen. Sie greifen diesem essentiellen Punkten der Nationalversammlung vor. Es wäre ein Vergehen, würden wir nicht in diesem ersten Augenblick schon auf diese Gefahr hinweisen. Ich sehe aber noch eine andere Gefahr.

Ich glaube nicht, daß Sie die Absicht haben, durch diese so rasch neu ins Leben gesetzte Landesverwaltung, die Sie mit allen Machtmitteln nach außen und innen ausgestalten wollen, wodurch Sie den Staat Deutschösterreich zu einem sehr losen

Bundesstaat machen wollen, dessen oberste Gewalt nullifiziert werden kann, daß Sie sich mit der Absicht tragen, aus diesen einzelnen Landesverwaltungen und Regierungen heraus vielleicht das ganze Werk der Schaffung eines freien Staates Deutschösterreich wieder ungeschehen zu machen. Ich sehe ab davon, ich glaube nicht, daß Sie diese Absicht haben. Aber es kann das entweder mit Ihrer Mithilfe oder in anderer Weise, vielleicht durch Ihre Nachfolger später geschehen.

Ich sehe also auch dieses neue Gebilde, das Sie schaffen wollen, als den Keim einer Bewegung an, welche sich möglicherweise gegen die Unabhängigkeit und Selbständigkeit des vom deutschen Volk in Österreich wahrhaftig mit seinem Blut verdienten Staates Deutschösterreich richtet. Auf diese Gefahr hinzuweisen, halte ich auch für meine sittliche Pflicht in dieser Stunde. *(Hofrat Hock: Bravo Kemetter!)* Ich möchte daher bitten, den beantragten Beschluß — die Vertagung ist ja leider abgelehnt worden — nicht zu fassen. Wenn Sie es aber doch tun, würde ich es außerordentlich beklagen.

Wir sind ja nicht neugeboren worden; es hängt uns als Menschen noch immer die traurige Tradition der jüngst verfloffenen Zeit an. Und da wissen wir, daß im alten Österreich nichts definitiver war als ein Provisorium und daher fürchte ich auch, daß das Provisorium, das hier geschaffen werden soll, etwas sehr Definitives wird.

Ich bitte Sie daher, lehnen Sie den Antrag für heute noch ab. Überlassen Sie es der Nationalversammlung, in diesen wichtigen Punkten ein grundlegendes Rahmengesetz zu machen und innerhalb dieses Rahmens bauen Sie die Verfassung dieses Gebietes aus.

Schaffen Sie nicht ein verderbliches, verhängnisvolles Präjudiz für unseren jungen Staat Deutschösterreich, für den wir leben und sterben wollen. *(Beifall.)*

Landeshauptmann: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Waber.

Abgeordneter Dr. Waber: Der Herr Redner hat auf alle Schattenseiten hingewiesen, die sich aus der neuen Einrichtung ergeben werden. Ich bin vollständig der Meinung, daß jedes menschliche Werk Licht- und Schattenseiten hat, und wenn wir uns fragen, ob wir der neuen Ordnung zustimmen, so müssen wir uns fragen, ob sie mehr für sich hat als die alte Ordnung. Und da komme ich zu dem Ergebnis, daß in allem, was aus der reinen Demokratie hervorgeht, die Gefahr einer einseitigen Parteiherrschaft und einer einseitigen Parteiwillkür entsteht.

In allem Bürokratischen steckt aber die Verknöcherung und Erstarrung und es erscheint mir der Kampf der Geister, wie er sich durch die Parteien ergibt und wie durch die Parteiwillkür gegensätzliche Bestrebungen aufkommen und dadurch ein beständiges Leben erzeugt wird, noch weitaus besser, als die alte Verknöcherung und Versteinerung, die in unserer Bürokratie vorhanden ist.

Wenn wir einmal in solchen Verhältnissen sind, wie heutigen Tages, so muß man eben zur Tat schreiten und sich nicht über legislatorische Bedenken hermachen, sondern sich fragen: Sollen wir oder sollen wir nicht? Und da muß man sich dafür entscheiden, wirklich eine Neuordnung herbeizuführen. Es ist sicher, daß die Disziplin in unseren Beamtenkörpern länger vorgehalten hat als in den militärischen. Aber alles in allem hat die bürokratische Verwaltung versagt und weil sie versagt hat, müssen wir eben an die Neuordnung schreiten.

Ich gebe zu, daß die Grundlagen noch nicht festgelegt sind. Wir haben zum Beispiel über die besondere Art der Finanzverwaltung noch nicht gesprochen. Ich bin sicherlich der Meinung, daß die ohnehin nur äußerliche Vereinigung der bloß formalen Funktion des Finanzlandespräsidenten mit der Funktion eines Statthalters für die Zukunft entfallen wird, daß der Mann, der nunmehr an die Spitze der Gesamtverwaltung getreten ist, diese, ihm vollkommen fernliegende Agenda nicht an sich ziehen wird und daß wir in dieser Richtung eine gewisse Gesundung der Verwaltung des Landes Niederösterreich herbeiführen werden. Aber die Einheitlichkeit in allem und jedem ist unbedingt notwendig und an der hat es bisher gefehlt. Wenn dabei von Parteienwillkür und Gefahren gesprochen wird, so sehe ich für die nächsten Monate eine solche Gefahr nicht. Wir alle sind überzeugt, daß wir uns noch in einem furchtbaren Kampfe befinden und daß sich in einem solchen Kampfe nicht Parteien bilden können, sondern das ganze Volk sich zusammenschließen muß und diesem Gesichtspunkte ist durch die Wahlvorschläge wenigstens teilweise Rechnung getragen worden. Was wir wünschen, ist, daß nicht ein Mann alle Prärogativen an sich zieht, sondern daß eine Aufteilung der Agenden eintritt, damit keine Schwierigkeiten dazukommen und durch eine kollegiale Verwaltung Hemmungen vermieden werden. In der Zukunft muß sehr rasch gearbeitet werden und das bitte ich, in dieser Stunde nicht zu übersehen.

Herr Dr. Heiling er hat schon auf die ungarischen deutschen Komitate hingewiesen und ich muß darauf hinweisen, daß wir in Südmähren deutsche Gemeinden haben, die bereits ihren Anschluß an Niederösterreich proklamiert haben. *(Lebhafter Beifall.)* Wir müssen in diesem Saale diese 200 deutschen Gemeinden auf das herzlichste und freudigste begrüßen und wir müssen auch sofort in dieser Richtung klar und

deutlich Stellung nehmen. Ich erlaube mir diesbezüglich den Antrag zu stellen, daß die von der provisorischen Landesversammlung übernommene politische Verwaltung sich auch auf die deutschen Gebiete Südmährens zu erstrecken habe. Ich werde mir aber noch weiter zu beantragen erlauben, daß wir auch diese südmährischen Gemeinden auf dem Wege der Tat in ein enges Verhältnis zum Lande Niederösterreich bringen sollen und ich rege weiters an, daß zur nächsten Sitzung der provisorischen Landesversammlung auch alle auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes gewählten Reichsrats- und Landtagsabgeordneten der deutschen Bezirke Südmährens einzuladen sind. *(Beifall.)*

In den gegenwärtigen Verhältnissen müssen wir rasch handeln und klare Verhältnisse schaffen. Wir unterscheiden eine landesfürstliche und eine autonome Verwaltung. Nun hat der Landesfürst alle seine Rechte dem Volke übertragen und es ist zufolge des Willens des Monarchen keine landesfürstliche Macht vorhanden. Da es aber keine landesfürstliche Macht gibt, so gibt es auch keine landesfürstliche Verwaltung und wir müssen notwendigermaßen zu dem Schlusse kommen, daß die landesfürstliche Verwaltung an die autonome angegliedert und ein einheitlicher Körper geschaffen werden muß.

Damit schließe ich. *(Beifall.)*

Landeshauptmann: Die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent hat das Schlußwort.

Berichterstatter **Stöckler:** Die im Laufe der Debatte vorgebrachten Widersprüche bewegen sich nach verschiedener Richtung. Der Herr Abgeordnete Baron Hock bezweifelt, ob wir berechtigt sind, über diese Fragen hier zu entscheiden. Meine Herren! Wenn wir zu tüfteln anfangen, dann kommen wir zu keinem Ende, denn ich weiß nicht, ob Herr Abgeordneter Baron Hock schließlich nicht auch seine eigene Berechtigung als gewählter Abgeordneter anzweifelt. *(Abgeordneter Freiherr v. Hock: Das ist keine Tüftelei, das sind grundlegende Fragen!)* Ich glaube, der Grundsatz, auf welchem jetzt die Verwaltung im Staat aufgebaut werden soll, kann nur der sein, daß die zuletzt gewählten Vertreter des Volkes zur Arbeit herangezogen werden und auf diese Weise eine Volksvertretung geschaffen wird, denn sonst wäre überhaupt nichts vorhanden. Jedem ist es klar, daß in dieser Zeit Wahlen nicht durchgeführt werden können.

Was sollen wir überhaupt für ein anderes Instrument nehmen? Der Herr Abgeordnete hat sich überhaupt nicht ganz klar ausgedrückt. *(Abgeordneter Freiherr v. Hock: Ich verwahre mich dagegen, Ihre Anträge sind das unklarste, was es gibt!)*

In allem Bürokratischen steckt aber die Verknöcherung und Erstarrung und es erscheint mir der Kampf der Geister, wie er sich durch die Parteien ergibt und wie durch die Parteiwillkür gegensätzliche Bestrebungen aufkommen und dadurch ein beständiges Leben erzeugt wird, noch weitaus besser, als die alte Verknöcherung und Versteinerung, die in unserer Bürokratie vorhanden ist.

Wenn wir einmal in solchen Verhältnissen sind, wie heutigen Tages, so muß man eben zur Tat schreiten und sich nicht über legislatorische Bedenken hermachen, sondern sich fragen: Sollen wir oder sollen wir nicht? Und da muß man sich dafür entscheiden, wirklich eine Neuordnung herbeizuführen. Es ist sicher, daß die Disziplin in unseren Beamtenkörpern länger vorgehalten hat als in den militärischen. Aber alles in allem hat die bürokratische Verwaltung versagt und weil sie versagt hat, müssen wir eben an die Neuordnung schreiten.

Ich gebe zu, daß die Grundlagen noch nicht festgelegt sind. Wir haben zum Beispiel über die besondere Art der Finanzverwaltung noch nicht gesprochen. Ich bin sicherlich der Meinung, daß die ohnehin nur äußerliche Vereinigung der bloß formalen Funktion des Finanzlandespräsidenten mit der Funktion eines Statthalters für die Zukunft entfallen wird, daß der Mann, der nunmehr an die Spitze der Gesamtverwaltung getreten ist, diese, ihm vollkommen fernliegende Agenda nicht an sich ziehen wird und daß wir in dieser Richtung eine gewisse Gesundung der Verwaltung des Landes Niederösterreich herbeiführen werden. Aber die Einheitlichkeit in allem und jedem ist unbedingt notwendig und an der hat es bisher gefehlt. Wenn dabei von Parteienwillkür und Gefahren gesprochen wird, so sehe ich für die nächsten Monate eine solche Gefahr nicht. Wir alle sind überzeugt, daß wir uns noch in einem furchtbaren Kampfe befinden und daß sich in einem solchen Kampfe nicht Parteien bilden können, sondern das ganze Volk sich zusammenschließen muß und diesem Gesichtspunkte ist durch die Wahlvorschläge wenigstens teilweise Rechnung getragen worden. Was wir wünschen, ist, daß nicht ein Mann alle Prärogativen an sich zieht, sondern daß eine Aufteilung der Agenden eintritt, damit keine Schwierigkeiten dazukommen und durch eine kollegiale Verwaltung Hemmungen vermieden werden. In der Zukunft muß sehr rasch gearbeitet werden und das bitte ich, in dieser Stunde nicht zu übersehen.

Herr Dr. Heiling er hat schon auf die ungarischen deutschen Komitate hingewiesen und ich muß darauf hinweisen, daß wir in Südmähren deutsche Gemeinden haben, die bereits ihren Anschluß an Niederösterreich proklamiert haben. *(Lebhafter Beifall.)* Wir müssen in diesem Saale diese 200 deutschen Gemeinden auf das herzlichste und freudigste begrüßen und wir müssen auch sofort in dieser Richtung klar und

deutlich Stellung nehmen. Ich erlaube mir diesbezüglich den Antrag zu stellen, daß die von der provisorischen Landesversammlung übernommene politische Verwaltung sich auch auf die deutschen Gebiete Südmährens zu erstrecken habe. Ich werde mir aber noch weiter zu beantragen erlauben, daß wir auch diese südmährischen Gemeinden auf dem Wege der Tat in ein enges Verhältnis zum Lande Niederösterreich bringen sollen und ich rege weiters an, daß zur nächsten Sitzung der provisorischen Landesversammlung auch alle auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes gewählten Reichsrats- und Landtagsabgeordneten der deutschen Bezirke Südmährens einzuladen sind. *(Beifall.)*

In den gegenwärtigen Verhältnissen müssen wir rasch handeln und klare Verhältnisse schaffen. Wir unterscheiden eine landesfürstliche und eine autonome Verwaltung. Nun hat der Landesfürst alle seine Rechte dem Volke übertragen und es ist zufolge des Willens des Monarchen keine landesfürstliche Macht vorhanden. Da es aber keine landesfürstliche Macht gibt, so gibt es auch keine landesfürstliche Verwaltung und wir müssen notwendigermaßen zu dem Schlusse kommen, daß die landesfürstliche Verwaltung an die autonome angegliedert und ein einheitlicher Körper geschaffen werden muß.

Damit schließe ich. *(Beifall.)*

Landeshauptmann: Die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent hat das Schlußwort.

Berichterstatter **Stöckler:** Die im Laufe der Debatte vorgebrachten Widersprüche bewegen sich nach verschiedener Richtung. Der Herr Abgeordnete Baron Hock bezweifelt, ob wir berechtigt sind, über diese Fragen hier zu entscheiden. Meine Herren! Wenn wir zu tüfteln anfangen, dann kommen wir zu keinem Ende, denn ich weiß nicht, ob Herr Abgeordneter Baron Hock schließlich nicht auch seine eigene Berechtigung als gewählter Abgeordneter anzweifelt. *(Abgeordneter Freiherr v. Hock: Das ist keine Tüftelei, das sind grundlegende Fragen!)* Ich glaube, der Grundsatz, auf welchem jetzt die Verwaltung im Staat aufgebaut werden soll, kann nur der sein, daß die zuletzt gewählten Vertreter des Volkes zur Arbeit herangezogen werden und auf diese Weise eine Volksvertretung geschaffen wird, denn sonst wäre überhaupt nichts vorhanden. Jedem ist es klar, daß in dieser Zeit Wahlen nicht durchgeführt werden können.

Was sollen wir überhaupt für ein anderes Instrument nehmen? Der Herr Abgeordnete hat sich überhaupt nicht ganz klar ausgedrückt. *(Abgeordneter Freiherr v. Hock: Ich verwahre mich dagegen, Ihre Anträge sind das unklarste, was es gibt!)*

Landeshauptmann: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen. Er hat Sie auch sprechen lassen. (*Ruf: Wie sind wir die Redefreiheit gewohnt!*)

Berichterstatter Stöckler: Es ist dies ein ganz neuer Ton, der da hereinkommt. Wir sind hier jeder gewohnt, die Meinung zu sagen. Eigentlich ist es ganz interessant, wie sich die Herren über eine Sache aufregen, die sie ja doch nur in zweiter Linie interessieren kann. Wir Vertreter des Landes Niederösterreich, deren ganzes Wohl und Wehe in dieser Angelegenheit gelegen ist, sind es, die in erster Linie daran interessiert sind. Ich staune, daß der Herr Hofrat die Verwaltung der Stadt Wien nicht anzweifelt, und nicht daran zweifelt, daß auch die Verwaltung der Stadt Wien dem Staatsamte des Innern unterstellt wird. Die Stadtverwaltung von St. Pölten und Wiener-Neustadt bewegt sich in der gleichen Richtung. Wir Vertreter des Landes Niederösterreich sind ohnehin sehr bescheiden, das müssen Sie zugeben, meine Herren! Aber ich erkläre Ihnen ganz offen, daß es sich nur um ein Provisorium handelt. Wenn wir zum Definitivum gelangen, dann werden auch wir unsere Grundsätze zur Geltung zu bringen wissen, denn unsere Interessen sind in erster Linie dieser neuen Vertretung ausgeliefert. So steht die Sache. Die Stadt Wien hat ihre eigene autonome Verwaltung und nur in wenigen Punkten sind die Interessen gemeinsam. Alles andere geht uns allein an und heute, wo die Bewegung der Freiheit überall hinflutet, werden auch wir uns unsere Freiheit unter keinen Umständen mehr verwässern lassen. (*Lebhafter Beifall.*) Damit ist es zu Ende. Das möchte ich bitten, hier zur Kenntnis zu nehmen. Wir fühlen mit unserer Bevölkerung, die förmlich danach dürstet, endlich einmal Ordnung zu bekommen und ihre Angelegenheiten durch ihre Mandatäre verwalten zu lassen. Wenn die Herren diesbezüglich noch irgendeinen Zweifel hegen, so sind die Ausführungen des Herrn Kollegen Gruber darnach angetan, einen mit förmlichen Schrecken zu erfüllen. (*Abgeordneter Gruber: Hofräte haben uns auf den Hund gebracht!*) Ich frage Sie, war es nicht ein Vergehen gegen das Staatsinteresse, daß es den politischen Verwaltungen anheimgestellt war, die Flüchtlingslager einfach zu verlassen und das freie Spiel der Kräfte walten zu lassen? Große Vermögenswerte gehen dabei zugrunde. (*Abgeordneter Gruber: Lebensmittel!*) und noch will man daran zweifeln, ob wir im Rechte sind oder nicht.

Wir sind hier nicht nur im Rechte, sondern unsere heiligste Pflicht ist es, hier einzugreifen. Wir haben im Gegenteil viel zu lange damit gewartet. Dieser Vorwurf kann uns vielleicht treffen, aber mit doktrinären Argumenten hier herumzutüfteln,

dazu ist es zu spät. Wir müssen mit unserem Volke deutsch reden und da sagen wir ganz offen, daß die Vertreter des Volkes die ganze politische und autonome Verwaltung sofort übernehmen und durchführen müssen. Die Herren glauben, daß der in sehr knappen Formen gehaltene Antrag schon die ganzen Durchführungsvorschriften enthält. Das ist absolut nicht der Fall. Es ist ganz selbstverständlich, daß er nur Weisungen an den Landesausschuß beinhaltet und daß der Landesausschuß der Landesversammlung einen genauen Verfassungsentwurf vorlegen wird, in dem alle Details enthalten sind und daß sich dieser Verfassungsentwurf unbedingt im Rahmen der Weisung des neuen Staates Deutschösterreich bewegen wird. Wir gehen gewiß nicht renitent und revolutionär vor und fügen uns, denn ich glaube, daß die Nationalversammlung von Deutschösterreich und unsere Vertretung uns Gewähr leisten, daß auch sie den Beschlüssen und den Bestimmungen des Staatsrates und der von ihm eingesetzten Staatsämter Folge leisten werden. Aber wir wollen nicht, daß alles über einen Leisten geschlagen wird. Wir wollen, daß die Verwaltung in jeder Weise erleichtert und daß es ermöglicht werde, den Interessen der Bevölkerung in jedem Belange zu dienen. Ein Unglück für Österreich war es immer, daß man alles gleich behandelt hat, uns ebenso wie die Bukowina und die Dalmatiner so wie die Tschechen. Ich glaube, dieser Bruch wäre nicht herbeigeführt worden, wenn man den Verhältnissen in den einzelnen Ländern Rechnung getragen und sie nicht auseinanderregiert hätte. Man hat aber immer auseinanderregiert und nichts zusammengeführt, weil man die Interessen der Bevölkerung außer Acht gelassen hat. Ich glaube, dieser Antrag ist genügend erörtert worden. Ich war auf eine Kritik in einer ganz selbstverständlichen Sache nicht vorbereitet. Ich meine, überlassen wir das weitere dem schon gewählten Landesausschuß. Er wird uns einen richtigen Vorschlag unterbreiten. Die gegenwärtige Versammlung wird als Landtag Niederösterreichs gewiß auch weiter arbeiten. So ist es gemeint und so will es auch das Volk. Es hat ohnehin schwerlich die Tätigkeit des Landtages in der letzten Periode vermisst. Ich möchte die Herren bitten, alle weiteren Anträge abzulehnen und meinem Antrage zuzustimmen.

Es sind Anträge gestellt vom Abgeordneten Dr. Heilinger. Sie betreffen gewiß wichtige Fragen, aber sie gehen so sehr ins Detail, daß ich bitte, sie den betreffenden Ausschüssen zuzuweisen. Der Herr Abgeordnete Kemetter hat den Antrag gestellt, daß dieser Beschluß vorläufig eine provisorische Gültigkeit hat. Das ist ja selbstverständlich, weil ja auch die Landesversammlung einen provisorischen Charakter hat und dieselbe daher keinen anderen Beschluß fassen kann. Ich glaube daher, daß dieser Antrag keine weitere Bedeutung hat.

Landeshauptmann: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen. Er hat Sie auch sprechen lassen. (*Ruf: Hier sind wir die Redefreiheit gewohnt!*)

Berichterstatter Stöckler: Es ist dies ein ganz neuer Ton, der da hereinkommt. Wir sind hier jeder gewohnt, die Meinung zu sagen. Eigentlich ist es ganz interessant, wie sich die Herren über eine Sache aufregen, die sie ja doch nur in zweiter Linie interessieren kann. Wir Vertreter des Landes Niederösterreich, deren ganzes Wohl und Wehe in dieser Angelegenheit gelegen ist, sind es, die in erster Linie daran interessiert sind. Ich staune, daß der Herr Hofrat die Verwaltung der Stadt Wien nicht anzweifelt, und nicht daran zweifelt, daß auch die Verwaltung der Stadt Wien dem Staatsamte des Innern unterstellt wird. Die Stadtverwaltung von St. Pölten und Wiener-Neustadt bewegt sich in der gleichen Richtung. Wir Vertreter des Landes Niederösterreich sind ohnehin sehr bescheiden, das müssen Sie zugeben, meine Herren! Aber ich erkläre Ihnen ganz offen, daß es sich nur um ein Provisorium handelt. Wenn wir zum Definitivum gelangen, dann werden auch wir unsere Grundsätze zur Geltung zu bringen wissen, denn unsere Interessen sind in erster Linie dieser neuen Vertretung ausgeliefert. So steht die Sache. Die Stadt Wien hat ihre eigene autonome Verwaltung und nur in wenigen Punkten sind die Interessen gemeinsam. Alles andere geht uns allein an und heute, wo die Bewegung der Freiheit überall hinflutet, werden auch wir uns unsere Freiheit unter keinen Umständen mehr verwässern lassen. (*Lebhafter Beifall.*) Damit ist es zu Ende. Das möchte ich bitten, hier zur Kenntnis zu nehmen. Wir fühlen mit unserer Bevölkerung, die förmlich danach dürstet, endlich einmal Ordnung zu bekommen und ihre Angelegenheiten durch ihre Mandatäre verwalten zu lassen. Wenn die Herren diesbezüglich noch irgendeinen Zweifel hegen, so sind die Ausführungen des Herrn Kollegen Gruber darnach angetan, einen mit förmlichen Schrecken zu erfüllen. (*Abgeordneter Gruber: Hofräte haben uns auf den Hund gebracht!*) Ich frage Sie, war es nicht ein Vergehen gegen das Staatsinteresse, daß es den politischen Verwaltungen anheimgestellt war, die Flüchtlingslager einfach zu verlassen und das freie Spiel der Kräfte walten zu lassen? Große Vermögenswerte gehen dabei zugrunde. (*Abgeordneter Gruber: Lebensmittel!*) und noch will man daran zweifeln, ob wir im Rechte sind oder nicht.

Wir sind hier nicht nur im Rechte, sondern unsere heiligste Pflicht ist es, hier einzugreifen. Wir haben im Gegenteil viel zu lange damit gewartet. Dieser Vorwurf kann uns vielleicht treffen, aber mit doktrinären Argumenten hier herumzutüfteln,

dazu ist es zu spät. Wir müssen mit unserem Volke deutsch reden und da sagen wir ganz offen, daß die Vertreter des Volkes die ganze politische und autonome Verwaltung sofort übernehmen und durchführen müssen. Die Herren glauben, daß der in sehr knappen Formen gehaltene Antrag schon die ganzen Durchführungsvorschriften enthält. Das ist absolut nicht der Fall. Es ist ganz selbstverständlich, daß er nur Weisungen an den Landesausschuß beinhaltet und daß der Landesausschuß der Landesversammlung einen genauen Verfassungsentwurf vorlegen wird, in dem alle Details enthalten sind und daß sich dieser Verfassungsentwurf unbedingt im Rahmen der Weisung des neuen Staates Deutschösterreich bewegen wird. Wir gehen gewiß nicht renitent und revolutionär vor und fügen uns, denn ich glaube, daß die Nationalversammlung von Deutschösterreich und unsere Vertretung uns Gewähr leisten, daß auch sie den Beschlüssen und den Bestimmungen des Staatsrates und der von ihm eingesetzten Staatsämter Folge leisten werden. Aber wir wollen nicht, daß alles über einen Leisten geschlagen wird. Wir wollen, daß die Verwaltung in jeder Weise erleichtert und daß es ermöglicht werde, den Interessen der Bevölkerung in jedem Belange zu dienen. Ein Unglück für Österreich war es immer, daß man alles gleich behandelt hat, uns ebenso wie die Bukowina und die Dalmatiner so wie die Tschechen. Ich glaube, dieser Bruch wäre nicht herbeigeführt worden, wenn man den Verhältnissen in den einzelnen Ländern Rechnung getragen und sie nicht auseinanderregiert hätte. Man hat aber immer auseinanderregiert und nichts zusammengeführt, weil man die Interessen der Bevölkerung außer Acht gelassen hat. Ich glaube, dieser Antrag ist genügend erörtert worden. Ich war auf eine Kritik in einer ganz selbstverständlichen Sache nicht vorbereitet. Ich meine, überlassen wir das weitere dem schon gewählten Landesausschuß. Er wird uns einen richtigen Vorschlag unterbreiten. Die gegenwärtige Versammlung wird als Landtag Niederösterreichs gewiß auch weiter arbeiten. So ist es gemeint und so will es auch das Volk. Es hat ohnehin schmerzlich die Tätigkeit des Landtages in der letzten Periode vermisst. Ich möchte die Herren bitten, alle weiteren Anträge abzulehnen und meinem Antrage zuzustimmen.

Es sind Anträge gestellt vom Abgeordneten Dr. Heilinger. Sie betreffen gewiß wichtige Fragen, aber sie gehen so sehr ins Detail, daß ich bitte, sie den betreffenden Ausschüssen zuzuweisen. Der Herr Abgeordnete Kemetter hat den Antrag gestellt, daß dieser Beschluß vorläufig eine provisorische Gültigkeit hat. Das ist ja selbstverständlich, weil ja auch die Landesversammlung einen provisorischen Charakter hat und dieselbe daher keinen anderen Beschluß fassen kann. Ich glaube daher, daß dieser Antrag keine weitere Bedeutung hat.

Die Anträge Waber werden beim nächsten Punkte verhandelt werden, zu dem sie gehören, bei den Dringlichkeitsanträgen.

Bezüglich des Dringlichkeitsantrages, den Herr Abgeordneter Dr. Weiskirchner gestellt hat, bemerke ich, daß ich mich demselben anschließe und denselben anzunehmen bitte. Meine Herren! Seien Sie ohne Sorge. Wir bewegen uns in den richtigen Grenzen und ich glaube, wir müssen darin übereinstimmen, daß unser Volk jener Freiheit teilhaftig wird, der wir es zuführen wollen (*Lebhafter Beifall und Heilrufe!*)

Landeshauptmann: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrage des Herrn Referenten einverstanden sind, die Hand zu erheben. (*Geschicht.*) Der Antrag ist angenommen.

Die Anträge der Herren Abgeordneten Dr. Heilinger und Kemetter werden, wenn keine Einwendung dagegen erhoben wird, den betreffenden Ausschüssen zugewiesen. (*Allseitige Zustimmung.*)

Die Anträge des Herrn Abgeordneten Waber werden, wenn der Herr Antragsteller zustimmt, bei dem nächsten Gegenstande verhandelt werden.

Wir schreiten sohin zur Erledigung der eingelangten Dringlichkeitsanträge und bitte ich zunächst den Dringlichkeitsantrag des Herrn Abgeordneten Dr. Weiskirchner zu verlesen.

Schriftführer Dr. **Nepustil** (*liest*):

„Dringlichkeitsantrag der Mitglieder der Landesversammlung Dr. Richard Weiskirchner und Genossen, betreffend die Ermächtigung der Gemeinde Wien zur Beschaffung eines Betrages von 250 Millionen Kronen zur Deckung bisher aufgelaufener und noch weiter auflaufender Kriegsauslagen im Wege einer Kreditoperation.“

Der Gemeinderat der Stadt Wien hat in seiner Sitzung vom 15. Oktober 1918 einstimmig nachfolgender Beschluß gefaßt:

„Für die Beschaffung eines Betrages von 250 Millionen Kronen zur Deckung bisher aufgelaufener und noch weiter auflaufender Kriegsauslagen im Wege einer Kreditoperation ist die legislative Ermächtigung zu erwirken.“

Der niederösterreichische Landesausschuß hat mit Beschluß vom 22. Oktober 1918 der Gemeinde Wien die angesuchte Ermächtigung erteilt, die Krone hat mit Entschließung vom 29. Oktober 1918 diesem Beschlusse die Sanktion erteilt.

Mit Rücksicht auf die geänderten Verhältnisse halte ich mich als Bürgermeister der Stadt Wien für verpflichtet, die Schlußfassung der hohen heute

konstituierten Landesversammlung einzuholen und stelle daher die Bitte, diese hohe Versammlung wolle beschließen:

„Dem Beschlusse des Wiener Gemeinderates vom 15. Oktober 1918, betreffend die Beschaffung eines Betrages von 250 Millionen Kronen zur Deckung bisher aufgelaufener und noch weiter auflaufender Kriegsauslagen im Wege einer Kreditoperation, wird die Genehmigung erteilt.“

	Weiskirchner.
Spalowsky.	Kunschak.
Müller Lorenz.	Miklas.
Fisslthaler.	Steiner.
Wieninger.	Sturm.
Nepustil.	Schnabl.
Leitner.	Wolny.
Troll.	Breuer.
Wollek.	Axmann.“

Landeshauptmann: Zur Begründung der Dringlichkeit erteile ich dem Herrn Antragsteller das Wort.

Abgeordneter Dr. **Weiskirchner:** Die großen Aufgaben, die gerade in der nächsten Zeit, im Stadium der Übergangswirtschaft, an die Gemeinde Wien herantreten, die Notwendigkeit, für die Heimkehrenden aus dem Felde durch Investitionen Arbeit und Verdienst zu schaffen, die Notwendigkeit, für den Fall einer weiteren Ausdehnung der Arbeitslosigkeit vorzusorgen, haben den Gemeinderat Mitte Oktober bestimmt, einen Beschluß zu fassen, der sich auf die Aufnahme eines Anlehens von 250 Millionen Kronen bezieht.

Es kommt aber noch ein anderes Moment hinzu, daß die Beschaffung von Geldmitteln gebieterisch fordert.

Deutschösterreich ist in der Bodenproduktion passiv, die anderen Staaten treiben noch eine Absperrungspolitik und so ist es fraglich, ob es uns möglich sein wird, den notwendigen Bedarf für den Konsum der Wiener Bevölkerung aus dem Inlande zu beschaffen.

Wir müssen daher trachten, daß wir aus Übersee Bodenprodukte beziehen. In dieser Beziehung kommt einerseits Argentinien, andererseits Nordamerika in Betracht.

Die Ernte in Argentinien ist im Dezember und es lagern dort noch Vorräte aus der Ernte vom Jahre 1917; in wenigen Wochen kommt wieder die neue Ernte. Es wird daher möglich sein, aus Argentinien Weizen und andere Brotfrüchte zu beziehen, die notwendig sind, den Bedarf der

Die Anträge Waber werden beim nächsten Punkte verhandelt werden, zu dem sie gehören, bei den Dringlichkeitsanträgen.

Bezüglich des Dringlichkeitsantrages, den Herr Abgeordneter Dr. Weiskirchner gestellt hat, bemerke ich, daß ich mich demselben anschließe und denselben anzunehmen bitte. Meine Herren! Seien Sie ohne Sorge. Wir bewegen uns in den richtigen Grenzen und ich glaube, wir müssen darin übereinstimmen, daß unser Volk jener Freiheit teilhaftig wird, der wir es zuführen wollen. (*Lebhafter Beifall und Heilrufe!*)

Landeshauptmann: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrage des Herrn Referenten einverstanden sind, die Hand zu erheben. (*Geschicht.*) Der Antrag ist angenommen.

Die Anträge der Herren Abgeordneten Dr. Heilinger und Kemetter werden, wenn keine Einwendung dagegen erhoben wird, den betreffenden Ausschüssen zugewiesen. (*Allseitige Zustimmung.*)

Die Anträge des Herrn Abgeordneten Waber werden, wenn der Herr Antragsteller zustimmt, bei dem nächsten Gegenstande verhandelt werden.

Wir schreiten sohin zur Erledigung der eingelangten Dringlichkeitsanträge und bitte ich zunächst den Dringlichkeitsantrag des Herrn Abgeordneten Dr. Weiskirchner zu verlesen.

Schriftführer Dr. **Nepustil** (*liest*):

„Dringlichkeitsantrag der Mitglieder der Landesversammlung Dr. Richard Weiskirchner und Genossen, betreffend die Ermächtigung der Gemeinde Wien zur Beschaffung eines Betrages von 250 Millionen Kronen zur Deckung bisher aufgelaufener und noch weiter auflaufender Kriegsauslagen im Wege einer Kreditoperation.“

Der Gemeinderat der Stadt Wien hat in seiner Sitzung vom 15. Oktober 1918 einstimmig nachfolgender Beschluß gefaßt:

„Für die Beschaffung eines Betrages von 250 Millionen Kronen zur Deckung bisher aufgelaufener und noch weiter auflaufender Kriegsauslagen im Wege einer Kreditoperation ist die legislative Ermächtigung zu erwirken.“

Der niederösterreichische Landesausschuß hat mit Beschluß vom 22. Oktober 1918 der Gemeinde Wien die angesuchte Ermächtigung erteilt, die Krone hat mit Entschließung vom 29. Oktober 1918 diesem Beschlusse die Sanktion erteilt.

Mit Rücksicht auf die geänderten Verhältnisse halte ich mich als Bürgermeister der Stadt Wien für verpflichtet, die Schlußfassung der hohen heute

konstituierten Landesversammlung einzuholen und stelle daher die Bitte, diese hohe Versammlung wolle beschließen:

„Dem Beschlusse des Wiener Gemeinderates vom 15. Oktober 1918, betreffend die Beschaffung eines Betrages von 250 Millionen Kronen zur Deckung bisher aufgelaufener und noch weiter auflaufender Kriegsauslagen im Wege einer Kreditoperation, wird die Genehmigung erteilt.“

	Weiskirchner.
Spalowsky.	Kunschak.
Müller Lorenz.	Miklas.
Fisslthaler.	Steiner.
Wieninger.	Sturm.
Nepustil.	Schnabl.
Leitner.	Wolny.
Troll.	Breuer.
Wollek.	Axmann.“

Landeshauptmann: Zur Begründung der Dringlichkeit erteile ich dem Herrn Antragsteller das Wort.

Abgeordneter Dr. **Weiskirchner:** Die großen Aufgaben, die gerade in der nächsten Zeit, im Stadium der Übergangswirtschaft, an die Gemeinde Wien herantreten, die Notwendigkeit, für die Heimkehrenden aus dem Felde durch Investitionen Arbeit und Verdienst zu schaffen, die Notwendigkeit, für den Fall einer weiteren Ausdehnung der Arbeitslosigkeit vorzusorgen, haben den Gemeinderat Mitte Oktober bestimmt, einen Beschluß zu fassen, der sich auf die Aufnahme eines Anlehens von 250 Millionen Kronen bezieht.

Es kommt aber noch ein anderes Moment hinzu, daß die Beschaffung von Geldmitteln gebieterisch fordert.

Deutschösterreich ist in der Bodenproduktion passiv, die anderen Staaten treiben noch eine Absperrungspolitik und so ist es fraglich, ob es uns möglich sein wird, den notwendigen Bedarf für den Konsum der Wiener Bevölkerung aus dem Inlande zu beschaffen.

Wir müssen daher trachten, daß wir aus Übersee Bodenprodukte beziehen. In dieser Beziehung kommt einerseits Argentinien, andererseits Nordamerika in Betracht.

Die Ernte in Argentinien ist im Dezember und es lagern dort noch Vorräte aus der Ernte vom Jahre 1917; in wenigen Wochen kommt wieder die neue Ernte. Es wird daher möglich sein, aus Argentinien Weizen und andere Brotfrüchte zu beziehen, die notwendig sind, den Bedarf der

Wiener Bevölkerung zu decken; ebenso ist der Bezug von Fleisch und Fett aus Übersee in Aussicht genommen.

Diese Auslagen gehen aber in die Millionen, nicht nur wegen der Kosten des Weizens aus Buenos-Aires, sondern auch vor allem wegen der Tonnage, die im Laufe der Kriegereignisse in ihrer großen Bedeutung gestiegen ist. Ferner ist nicht zu übersehen, daß die Versicherungsprämie infolge der noch lange andauernden Minengefahr eine bedeutende Höhe erreicht hat; also um einerseits Arbeit und Verdienst zu schaffen und Arbeitslosigkeit zu beheben, andererseits den Bedarf an Lebensmitteln für die Bevölkerung sicherzustellen, braucht die Gemeinde dringend Geld und so hat der Gemeinderat am 15. Oktober einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt, den wir damals dem Landesauschusse vorlegten, der ihn ratihabiert hat.

Dieser Beschluß des Landesauschusses wurde von der damaligen Regierung der Krone vorgelegt, die ihm noch am 29. Oktober die Sanktion erteilte.

Mit Rücksicht auf die geänderten Verhältnisse bin ich aber genötigt, in dieser Angelegenheit nunmehr an die hohe Landesversammlung zu appellieren und sie zu bitten, daß sie durch einen Beschluß den Gemeinderatsbeschluß sanktioniere, damit ich in die Lage versetzt werde, sofort mit Banken Verhandlungen zu beginnen, um Geld zu beschaffen, damit wir es zum Wohle der Bevölkerung, aber auch im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verwenden können.

Ich bitte, sowohl der Dringlichkeit als im Meritum dem Antrage zuzustimmen. *(Beifall.)*

Landeshauptmann: Ich ersuche die Herren, die für die Dringlichkeit des Antrages stimmen, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen. Wir schreiten nun zum Meritum. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Reumann.

Abgeordneter Reumann: An die Gemeinde Wien werden zweifellos in der allernächsten Zeit recht bedeutende Aufgaben herantreten. Die Demobilisierung der Armee, die ganz planlos vor sich geht, wird es mit sich bringen, daß die Gemeinde Wien für die vom Militär zurückflutenden Männer Arbeit beschaffen muß. Weiters hat sie dafür zu sorgen, daß in bezug auf Lebensmittelversorgung das möglichste geschehe, mit einem Wort, sie muß ganz außergewöhnliche Mittel aufwenden, um den Anforderungen gerecht zu werden, die in kürzester Zeit an sie werden gestellt werden.

Wir Sozialdemokraten erteilen infolgedessen auch unsere Zustimmung zu diesem Beschlusse. Wir sind für die Ermächtigung, glauben aber hervorheben zu müssen, daß diese Zustimmung nicht etwa

als eine Vertrauensstundgebung für den Gemeinderat der Stadt Wien aufgefaßt werden könne, sondern wünschen ausdrücklich zu bemerken, daß wir ungeachtet dessen, daß die demokratische Verwaltung in der Gemeinde Wien noch nicht ihren Einzug gehalten hat, die Ermächtigung hierzu erteilen. *(Beifall.)*

Landeshauptmann: Wünscht der Herr Antragsteller das Wort?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich danke.

Landeshauptmann: Die Debatte ist geschlossen. Ich bitte die Herren, die dem Dringlichkeitsantrage zustimmen, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Ich konstatiere die einstimmige Annahme.

Es ist ein weiterer Dringlichkeitsantrag eingebracht worden, ich bitte um die Verlesung.

Schriftführer Forstner (liest):

„Dringlichkeitsantrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, des Landesauschusses Johann Mayer und Genossen.“

Am 3. November 1918 hat sich im Rathause der Stadt Znaim die provisorische Kreisversammlung für Südmähren konstituiert und nachstehenden Beschluß gefaßt:

„Der ‚Deutschsüdmährische Kreis‘ vollzieht seinen Anschluß an das bestehende Kronland Niederösterreich, gelobt dessen Schicksal in unverbrüchlicher Gemeinschaft und brüderlicher Solidarität zu teilen und erwartet, daß dessen gesetzliche Vertretung dieses Gelöbnis annimmt und in gleichem Geiste erwidert.“

Die Kreisversammlung bestellt aus ihrer Mitte einen Kreisauschuß von drei Mitgliedern und dieser wählt einen Kreishauptmann. Diese haben bis zur Übernahme des Kreisgebietes in die landesfürstliche autonome Verwaltung des Landes Niederösterreich die innere Verwaltung wie die äußere Vertretung des Kreises zu führen.“

Gedrängt von der Not der Zeit und zum Schutze der Heimat haben sich auch deutsche Bewohner des bisherigen Kronlandes Markgrafschaft Mähren zusammengeschlossen und streben auf Grund des allgemein anerkannten Selbstbestimmungsrechtes berechtigter Weise den Anschluß an das deutsche Volk Österreichs, dem sie nach Sprache, Sitten und Kultur zugehören, an.

Wie in dieser schweren Zeit nunmehr alle zur bisherigen österreichisch-ungarischen Monarchie gehörigen Völker selbständige nationale Staaten bilden, suchen natürlicher Weise auch jene Teile des deutschen

Wiener Bevölkerung zu decken; ebenso ist der Bezug von Fleisch und Fett aus Übersee in Aussicht genommen.

Diese Auslagen gehen aber in die Millionen, nicht nur wegen der Kosten des Weizens aus Buenos-Aires, sondern auch vor allem wegen der Tonnage, die im Laufe der Kriegereignisse in ihrer großen Bedeutung gestiegen ist. Ferner ist nicht zu übersehen, daß die Versicherungsprämie infolge der noch lange andauernden Minengefahr eine bedeutende Höhe erreicht hat; also um einerseits Arbeit und Verdienst zu schaffen und Arbeitslosigkeit zu beheben, andererseits den Bedarf an Lebensmitteln für die Bevölkerung sicherzustellen, braucht die Gemeinde dringend Geld und so hat der Gemeinderat am 15. Oktober einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt, den wir damals dem Landesauschusse vorlegten, der ihn ratihabiert hat.

Dieser Beschluß des Landesauschusses wurde von der damaligen Regierung der Krone vorgelegt, die ihm noch am 29. Oktober die Sanktion erteilte.

Mit Rücksicht auf die geänderten Verhältnisse bin ich aber genötigt, in dieser Angelegenheit nunmehr an die hohe Landesversammlung zu appellieren und sie zu bitten, daß sie durch einen Beschluß den Gemeinderatsbeschluß sanktioniere, damit ich in die Lage versetzt werde, sofort mit Banken Verhandlungen zu beginnen, um Geld zu beschaffen, damit wir es zum Wohle der Bevölkerung, aber auch im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verwenden können.

Ich bitte, sowohl der Dringlichkeit als im Meritum dem Antrage zuzustimmen. *(Beifall.)*

Landhauptmann: Ich ersuche die Herren, die für die Dringlichkeit des Antrages stimmen, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen. Wir schreiten nun zum Meritum. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Reumann.

Abgeordneter Reumann: An die Gemeinde Wien werden zweifellos in der allernächsten Zeit recht bedeutende Aufgaben herantreten. Die Demobilisierung der Armee, die ganz planlos vor sich geht, wird es mit sich bringen, daß die Gemeinde Wien für die vom Militär zurückflutenden Männer Arbeit beschaffen muß. Weiters hat sie dafür zu sorgen, daß in bezug auf Lebensmittelversorgung das möglichste geschehe, mit einem Wort, sie muß ganz außergewöhnliche Mittel aufwenden, um den Anforderungen gerecht zu werden, die in kürzester Zeit an sie werden gestellt werden.

Wir Sozialdemokraten erteilen infolgedessen auch unsere Zustimmung zu diesem Beschlusse. Wir sind für die Ermächtigung, glauben aber hervorheben zu müssen, daß diese Zustimmung nicht etwa

als eine Vertrauenskundgebung für den Gemeinderat der Stadt Wien aufgefaßt werden könne, sondern wünschen ausdrücklich zu bemerken, daß wir ungeachtet dessen, daß die demokratische Verwaltung in der Gemeinde Wien noch nicht ihren Einzug gehalten hat, die Ermächtigung hierzu erteilen. *(Beifall.)*

Landeshauptmann: Wünscht der Herr Antragsteller das Wort?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich danke.

Landeshauptmann: Die Debatte ist geschlossen. Ich bitte die Herren, die dem Dringlichkeitsantrage zustimmen, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Ich konstatiere die einstimmige Annahme.

Es ist ein weiterer Dringlichkeitsantrag eingebracht worden, ich bitte um die Verlesung.

Schriftführer Forstner (liest):

„Dringlichkeitsantrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, des Landesauschusses Johann Mayer und Genossen.“

Am 3. November 1918 hat sich im Rathause der Stadt Znaim die provisorische Kreisversammlung für Südmähren konstituiert und nachstehenden Beschluß gefaßt:

„Der ‚Deutschsüdmährische Kreis‘ vollzieht seinen Anschluß an das bestehende Kronland Niederösterreich, gelobt dessen Schicksal in unverbrüchlicher Gemeinschaft und brüderlicher Solidarität zu teilen und erwartet, daß dessen gesetzliche Vertretung dieses Gelöbnis annimmt und in gleichem Geiste erwidert.“

Die Kreisversammlung bestellt aus ihrer Mitte einen Kreisauschuß von drei Mitgliedern und dieser wählt einen Kreishauptmann. Diese haben bis zur Übernahme des Kreisgebietes in die landesfürstliche autonome Verwaltung des Landes Niederösterreich die innere Verwaltung wie die äußere Vertretung des Kreises zu führen.“

Gedrängt von der Not der Zeit und zum Schutze der Heimat haben sich auch deutsche Bewohner des bisherigen Kronlandes Markgrafschaft Mähren zusammengeschlossen und streben auf Grund des allgemein anerkannten Selbstbestimmungsrechtes berechtigter Weise den Anschluß an das deutsche Volk Österreichs, dem sie nach Sprache, Sitten und Kultur zugehören, an.

Wie in dieser schweren Zeit nunmehr alle zur bisherigen österreichisch-ungarischen Monarchie gehörigen Völker selbständige nationale Staaten bilden, suchen natürlicher Weise auch jene Teile des deutschen

Volksstammes, welche fremdsprachige Kronländer bewohnen, zum Schutze ihres nationalen Besitzstandes den engsten Anschluß an das deutsche Volk.

Es muß daher der jüngst geschaffene deutsch-österreichische Staat es nur mit Freuden begrüßen, wenn sich die Deutschen des ehemaligen Kaiserstaates Österreich zusammenfinden und nach dem engsten Zusammenschlusse trachten.

Nachdem für diesen Anschluß Südmährens an den deutschösterreichischen Staat, beziehungsweise an das Kronland Niederösterreich schon die örtlichen Verhältnisse sprechen, betrachten es daher die Gefertigten geradezu als Pflicht, diesen Anschluß des deutschen Siedlungsgebietes in Südmähren weitestgehend zu unterstützen, beziehungsweise zu vollziehen.

Die Gefertigten stellen daher nachstehenden Dringlichkeitsantrag:

Die provisorische Landesversammlung wolle beschließen:

„Der deutschsüdmährische Kreis, in dem in der Kreisversammlung am 3. November 1918 im Rathause der Stadt Znaim beschlossenen Umfange, wird an das Kronland Niederösterreich angeschlossen.“

Der Landesausschuß wird beauftragt, wegen Übernahme dieses Kreisgebietes in die autonome Verwaltung des Landes Niederösterreich sowie bezüglich der inneren Verwaltung und äußeren Vertretung dieses Kreises das weitere zu veranlassen.

Wien, 5. November 1918.

Steiner.	Weiskirchner.
Leitner.	Johann Mayer.
Troll.	Zwetzbacher.
Wollek.	Kunschak.
Lorenz Müller.	Sturm.
Wolny.	Schnabl.
Breuer.	Spalowsky.
Nepustil.	Miklas.
Axmann.	Fisslthaler.
	Adolf Maier.“

Landeshauptmann: Ich erteile zur Begründung der Dringlichkeit dem Herrn Antragsteller das Wort.

Bürgermeister Dr. **Weiskirchner:** Hohe Landesversammlung! Reichsratsabgeordneter Teufel ist namens der berufenen Vertreter der Abgeordneten der Deutschen Südmährens gestern hier im Landhause erschienen und hat die Bitte unterbreitet, daß sich die Landesversammlung heute dringend mit der Angelegenheit befassen möge, die eben den Inhalt dieses Dringlichkeitsantrages bildet. Zweifellos

können wir ja keine endgültige Entscheidung treffen, denn die Kompetenz in dieser Angelegenheit ruht in den Händen der Deutschen Nationalversammlung, aber wir haben heute die Pflicht, uns zu erklären, ob wir für den Fall, daß die Nationalversammlung die Kronlandsgrenzen Niederösterreichs ändert und den deutschen sudmährischen Kreis in dieses Land einbezieht, unser Einverständnis dazu geben. Ich glaube, wir können mit ruhigem Herzen diese Zustimmung geben, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil wir hier deutsche Männer begrüßen können und weil wir dadurch einen Streifen Landes bekommen, dessen Fruchtbarkeit anerkannt ist. Außerdem muß uns daranliegen, daß das geschlossene deutsche Staatsgebiet womöglich vereinigt wird.

Wenn der Antrag dahingeht, daß der Landesausschuß beauftragt werde, hinsichtlich der Verwaltung im Innern und der Vertretung nach Außen die Verhandlungen zu pflegen, so ist dadurch ihrer endgültigen Entscheidung in keiner Weise vorgegriffen. Die deutschen Südmährer legen uns das Gelöbniß der Treue und Freundschaft ab und fordern von uns, daß wir dieses Gelöbniß erwidern. Wir wollen wirklich sein ein einig Volk von Brüdern. Ich bitte Sie, Dringlichkeit und Meritum anzunehmen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Landeshauptmann: Ich bitte die Herren, welche dem Antrage die Dringlichkeit zuerkennen wollen, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Wünscht jemand zum Meritum das Wort?

Dr. **Waber:** Ich bitte anschließend daran den von mir gestellten Antrag in Verhandlung zu ziehen.

Landeshauptmann: Wünscht noch jemand das Wort? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall.

Ich bitte die Herren, welche den Antrag zum Beschluß erheben wollen, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Ich bitte um die Gegenprobe. Der Antrag ist einstimmig angenommen. *(Lebhafter Beifall.)*

Herr Abgeordneter Dr. Waber stellt folgenden Antrag *(liest):*

„Zur nächsten Sitzung sind auch die auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes gewählten Landtags- und Reichsratsabgeordneten Deutschsüdmährens einzuladen.“

Bürgermeister Dr. **Weiskirchner:** In formaler Beziehung möchte ich bitten, diesen Antrag unterstützt dem Landesausschuß zuzuweisen, weil

Volksstammes, welche fremdsprachige Kronländer bewohnen, zum Schutze ihres nationalen Besitzstandes den engsten Anschluß an das deutsche Volk.

Es muß daher der jüngst geschaffene deutsch-österreichische Staat es nur mit Freuden begrüßen, wenn sich die Deutschen des ehemaligen Kaiserstaates Österreich zusammenfinden und nach dem engsten Zusammenschlusse trachten.

Nachdem für diesen Anschluß Südmährens an den deutschösterreichischen Staat, beziehungsweise an das Kronland Niederösterreich schon die örtlichen Verhältnisse sprechen, betrachten es daher die Gefertigten geradezu als Pflicht, diesen Anschluß des deutschen Siedlungsgebietes in Südmähren weitestgehend zu unterstützen, beziehungsweise zu vollziehen.

Die Gefertigten stellen daher nachstehenden Dringlichkeitsantrag:

Die provisorische Landesversammlung wolle beschließen:

„Der deutschsüdmährische Kreis, in dem in der Kreisversammlung am 3. November 1918 im Rathause der Stadt Znaim beschlossenen Umfange, wird an das Kronland Niederösterreich angeschlossen.“

Der Landesausschuß wird beauftragt, wegen Übernahme dieses Kreisgebietes in die autonome Verwaltung des Landes Niederösterreich sowie bezüglich der inneren Verwaltung und äußeren Vertretung dieses Kreises das weitere zu veranlassen.

Wien, 5. November 1918.

Steiner.	Weiskirchner.
Leitner.	Johann Mayer.
Troll.	Zwetzbacher.
Wollek.	Kunschak.
Lorenz Müller.	Sturm.
Wolny.	Schnabl.
Breuer.	Spalowsky.
Nepustil.	Miklas.
Axmann.	Fisslthaler.
	Adolf Maier.“

Landeshauptmann: Ich erteile zur Begründung der Dringlichkeit dem Herrn Antragsteller das Wort.

Bürgermeister Dr. **Weiskirchner:** Hohe Landesversammlung! Reichsratsabgeordneter Teufel ist namens der berufenen Vertreter der Abgeordneten der Deutschen Südmährens gestern hier im Landhause erschienen und hat die Bitte unterbreitet, daß sich die Landesversammlung heute dringend mit der Angelegenheit befassen möge, die eben den Inhalt dieses Dringlichkeitsantrages bildet. Zweifellos

können wir ja keine endgültige Entscheidung treffen, denn die Kompetenz in dieser Angelegenheit ruht in den Händen der Deutschen Nationalversammlung, aber wir haben heute die Pflicht, uns zu erklären, ob wir für den Fall, daß die Nationalversammlung die Kronlandsgrenzen Niederösterreichs ändert und den deutschen südmährischen Kreis in dieses Land einbezieht, unser Einverständnis dazu geben. Ich glaube, wir können mit ruhigem Herzen diese Zustimmung geben, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil wir hier deutsche Männer begrüßen können und weil wir dadurch einen Streifen Landes bekommen, dessen Fruchtbarkeit anerkannt ist. Außerdem muß uns daranliegen, daß das geschlossene deutsche Staatsgebiet womöglich vereinigt wird.

Wenn der Antrag dahingeht, daß der Landesausschuß beauftragt werde, hinsichtlich der Verwaltung im Innern und der Vertretung nach Außen die Verhandlungen zu pflegen, so ist dadurch ihrer endgültigen Entscheidung in keiner Weise vorgegriffen. Die deutschen Südmährer legen uns das Gelöbniß der Treue und Freundschaft ab und fordern von uns, daß wir dieses Gelöbniß erwidern. Wir wollen wirklich sein ein einig Volk von Brüdern. Ich bitte Sie, Dringlichkeit und Meritum anzunehmen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Landeshauptmann: Ich bitte die Herren, welche dem Antrage die Dringlichkeit zuerkennen wollen, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Wünscht jemand zum Meritum das Wort?

Dr. **Waber:** Ich bitte anschließend daran den von mir gestellten Antrag in Verhandlung zu ziehen.

Landeshauptmann: Wünscht noch jemand das Wort? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall.

Ich bitte die Herren, welche den Antrag zum Beschluß erheben wollen, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Ich bitte um die Gegenprobe. Der Antrag ist einstimmig angenommen. *(Lebhafter Beifall.)*

Herr Abgeordneter Dr. Waber stellt folgenden Antrag *(liest):*

„Zur nächsten Sitzung sind auch die auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes gewählten Landtags- und Reichsratsabgeordneten Deutschsüdmährens einzuladen.“

Bürgermeister Dr. **Weiskirchner:** In formaler Beziehung möchte ich bitten, diesen Antrag unterstützt dem Landesausschuß zuzuweisen, weil

vorerst die Verhandlungen mit den Südmähren hinsichtlich der Verwaltung im Innern und der Vertretung nach Außen stattfinden müssen.

Abgeordneter Dr. **Waber**: Ich bin damit einverstanden.

Landeshauptmann: Ich bitte die Herren, welche dem Abänderungsantrage Dr. Weiskirchner zustimmen wollen, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Ich bitte um die Gegenprobe. *(Geschicht.)* Ich konstatiere die einstimmige Annahme! Damit ist diese Angelegenheit erledigt!

Es liegt ein weiterer Dringlichkeitsantrag vor und ich bitte, ihn zu verlesen.

Schriftführer Dr. **Nepustil** *(liest)*:

„Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Parrer und Genossen:

„Es wird beantragt, als Beirat für die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, Zweigstelle Niederösterreich, folgende Herren: Gruber, Reumann, Wedra, Dr. Roßkopf, Sigl und Veit zu wählen.“

Veit.	Parrer.
Kranzler.	Maier Adolf.
List.	Spitaler.
Zwezbacher.	Gruber.
Schnabl.	Jukel.
Kern.	Bogendorfer.
Wille.	Diwald.
Hengl.	Eisenhut.
Hochrieder.	Kollmann.
Anderle.	Fisslthaler.“

Landeshauptmann: Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall. Ich bitte die Herren, welche dem Antrage zustimmen wollen, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Die Angelegenheit ist hiermit erledigt.

Wir haben noch eine Wahl in den Finanzkontrollausschuß vorzunehmen.

Zur Nominierung der Kandidaten der einzelnen Parteien unterbreche ich die Sitzung auf fünf Minuten.

(Unterbrechung der Sitzung um 2 Uhr. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 2 Uhr 30 Minuten.)

Landeshauptmann: Ich nehme die Verhandlung wieder auf und erteile zur geschäftsmäßigen Behandlung Herrn Abgeordneten Baumann das Wort.

Abgeordneter **Baumann**: Ich gestatte mir zu beantragen, in den Finanzkontrollausschuß als Mitglieder zu wählen: die Herren Abgeordneten Kulhanek, Grim, Wieninger, Karpfinger, Kollmann, Seitz, Sigl, Winter und Hock. — Als Ersatzmänner die Herren Abgeordneten Dr. Nepustil, Philp, Bretschneider und Wedra. Ich gestatte mir weiters den Antrag zu stellen, die Wahl mittels Zurf vorzunehmen.

Landeshauptmann: Ich bitte die Herren, welche dem Antrag, die Wahl mittels Zurf vorzunehmen, zustimmen, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Ich ersuche nun die Herren, welche die vorgeschlagene Liste annehmen wollen, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Ich bitte um die Gegenprobe. *(Pause.)* Ich konstatiere die einstimmige Annahme des Vorschlages. *(Die Konstituierung des Ausschusses ergab folgendes Resultat: Obmann: Kulhanek, Obmannstellvertreter: Seitz, Schriftführer: Kollmann.)*

Der Ernährungsausschuß wird sich nach der Sitzung im Prälatensaale konstituieren. *(Die Konstituierung ergab folgendes Resultat: Obmann: List, Obmannstellvertreter: Bretschneider, Schriftführer: Dr. Nepustil und Sigl.)*

Herr Abgeordneter Dr. Waber hat den Wunsch geäußert, daß heute auch die Wahl des dritten Landeshauptmann-Stellvertreters vorgenommen werde. *(Zustimmung.)* Ich habe die Pflicht, die Versammlung zu fragen, ob sie einverstanden ist. *(Neuerliche Zustimmung.)* Da keine Einwendung erhoben wird, so schreiten wir zur Wahl. Ich bitte um einen Vorschlag.

Abgeordneter Dr. **Waber**: Ich schlage Herrn Abgeordneten Kittinger vor!

Landeshauptmann: Herr Abgeordneter Dr. Waber hat den Vorschlag gemacht, Herrn Abgeordneten Kittinger zum dritten Landeshauptmann-Stellvertreter zu wählen.

Wenn keine Einwendung erhoben wird, so nehme ich die Wahl mittels Zurfes vor. *(Zustimmung.)*

Ich bitte die Herren, welche den Antrag annehmen wollen, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Bitte um die Gegenprobe. *(Pause.)* Einstimmig angenommen. *(Lebhafter Beifall.)*

Ich bitte Herrn Abgeordneten Kittinger, seinen Platz einzunehmen und sich an den Arbeiten zu beteiligen.

Es haben sich noch zur Abgabe von Erklärungen gemeldet die Herren Abgeordneten Sever und Kunschak.

vorerst die Verhandlungen mit den Südmähren hinsichtlich der Verwaltung im Innern und der Vertretung nach Außen stattfinden müssen.

Abgeordneter Dr. **Waber**: Ich bin damit einverstanden.

Landeshauptmann: Ich bitte die Herren, welche dem Abänderungsantrage Dr. Weiskirchner zustimmen wollen, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Ich bitte um die Gegenprobe. *(Geschicht.)* Ich konstatiere die einstimmige Annahme! Damit ist diese Angelegenheit erledigt!

Es liegt ein weiterer Dringlichkeitsantrag vor und ich bitte, ihn zu verlesen.

Schriftführer Dr. **Nepustil** *(liest)*:

„Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Parrer und Genossen:

„Es wird beantragt, als Beirat für die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, Zweigstelle Niederösterreich, folgende Herren: Gruber, Reumann, Wedra, Dr. Roßkopf, Sigl und Veit zu wählen.“

Veit.	Parrer.
Kranzler.	Maier Adolf.
List.	Spitaler.
Zwezbacher.	Gruber.
Schnabl.	Jukel.
Kern.	Bogendorfer.
Wille.	Diwald.
Hengl.	Eisenhut.
Hochrieder.	Kollmann.
Anderle.	Fisslthaler.“

Landeshauptmann: Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall. Ich bitte die Herren, welche dem Antrage zustimmen wollen, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Die Angelegenheit ist hiermit erledigt.

Wir haben noch eine Wahl in den Finanzkontrollausschuß vorzunehmen.

Zur Nominierung der Kandidaten der einzelnen Parteien unterbreche ich die Sitzung auf fünf Minuten. *(Unterbrechung der Sitzung um 2 Uhr. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 2 Uhr 30 Minuten.)*

Landeshauptmann: Ich nehme die Verhandlung wieder auf und erteile zur geschäftsmäßigen Behandlung Herrn Abgeordneten Baumann das Wort.

Abgeordneter **Baumann**: Ich gestatte mir zu beantragen, in den Finanzkontrollausschuß als Mitglieder zu wählen: die Herren Abgeordneten Kulhanek, Grim, Wieninger, Karpfinger, Kollmann, Seitz, Sigl, Winter und Hock. — Als Ersatzmänner die Herren Abgeordneten Dr. Nepustil, Philp, Bretschneider und Wedra. Ich gestatte mir weiters den Antrag zu stellen, die Wahl mittels Zurf vorzunehmen.

Landeshauptmann: Ich bitte die Herren, welche den Antrag, die Wahl mittels Zurf vorzunehmen, zustimmen, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Ich ersuche nun die Herren, welche die vorgeschlagene Liste annehmen wollen, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Ich bitte um die Gegenprobe. *(Pause.)* Ich konstatiere die einstimmige Annahme des Vorschlages. *(Die Konstituierung des Ausschusses ergab folgendes Resultat: Obmann: Kulhanek, Obmannstellvertreter: Seitz, Schriftführer: Kollmann.)*

Der Ernährungsausschuß wird sich nach der Sitzung im Prälatensaale konstituieren. *(Die Konstituierung ergab folgendes Resultat: Obmann: List, Obmannstellvertreter: Bretschneider, Schriftführer: Dr. Nepustil und Sigl.)*

Herr Abgeordneter Dr. Waber hat den Wunsch geäußert, daß heute auch die Wahl des dritten Landeshauptmann-Stellvertreters vorgenommen werde. *(Zustimmung.)* Ich habe die Pflicht, die Versammlung zu fragen, ob sie einverstanden ist. *(Neuerliche Zustimmung.)* Da keine Einwendung erhoben wird, so schreiten wir zur Wahl. Ich bitte um einen Vorschlag.

Abgeordneter Dr. **Waber**: Ich schlage Herrn Abgeordneten Kittinger vor!

Landeshauptmann: Herr Abgeordneter Dr. Waber hat den Vorschlag gemacht, Herrn Abgeordneten Kittinger zum dritten Landeshauptmann-Stellvertreter zu wählen.

Wenn keine Einwendung erhoben wird, so nehme ich die Wahl mittels Zurfes vor. *(Zustimmung.)*

Ich bitte die Herren, welche den Antrag annehmen wollen, die Hand zu erheben. *(Geschicht.)* Bitte um die Gegenprobe. *(Pause.)* Einstimmig angenommen. *(Lebhafter Beifall.)*

Ich bitte Herrn Abgeordneten Kittinger, seinen Platz einzunehmen und sich an den Arbeiten zu beteiligen.

Es haben sich noch zur Abgabe von Erklärungen gemeldet die Herren Abgeordneten Sever und Kunschak.

Ich erteile zunächst das Wort dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Sever.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Sever:** Ich habe im Auftrage meiner Parteigenossen folgende Erklärung abzugeben:

Wir Sozialdemokraten erklären uns zur Mitarbeit in der niederösterreichischen Landesversammlung bereit, wengleich eine Mehrheit der Mitglieder dieser Versammlung keinesfalls auf Grund des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes gewählt ist. Die bloß provisorische Eigenschaft der Landesversammlung gibt uns die Möglichkeit, die Mitarbeit zu leisten und die Notwendigkeit, die Landesverwaltung unverzüglich auf eine breitere Grundlage zu stellen, wie auch das Bedürfnis mit der so eng begrenzten Interessenvertretung zu brechen, zwingt uns dazu.

Wir Sozialdemokraten sind uns bewußt, daß die gegenwärtige Landesverfassung weder den staatlichen Bedürfnissen Deutschösterreichs, noch den Interessen seiner Bevölkerung entspricht und erwarten daher, daß die Neuordnung der autonomen Verwaltungen in die Wege geleitet werde. Die wichtigen Verwaltungszweige, die gegenwärtig im Bereich des Tätigkeitsgebietes der Landesvertretung gelegen sind, erfordern, daß eine wirkliche Volksvertretung für die rasche und zeitgemäße Ausgestaltung der Verwaltung, die zum Wohle der Bevölkerung unerläßlich ist, sorgt.

Die Bestrebungen der sozialdemokratischen Vertreter in der provisorischen niederösterreichischen Landesversammlung werden von dem Geiste getragen sein, der in der Erklärung zum Ausdruck kommt, die in der ersten Versammlung des provisorischen deutschösterreichischen Nationalrates von dem Vertreter der Sozialdemokratie abgegeben wurde. Ihre Bestrebungen werden vorzüglich darauf gerichtet sein, das Recht aller Männer und Frauen des Volkes, an der Verwaltung des Landes teilzunehmen, in vollem Umfange zu sichern.

Die Neuordnung in dem Lande Niederösterreich kann nur auf breiter demokratischer Grundlage durchgeführt werden und muß sie die Gewähr bieten, daß auch den Frauen ihre bisher vorenthaltenen Rechte gewährt werden.

In diesem Sinne ist unsere Mitarbeit aufzufassen. *(Beifall.)*

Landeshauptmann: Ich erteile das Wort dem Herrn Landesausschuß Kunschak.

Landesausschuß **Kunschak:** Namens der christlichsozialen Mitglieder der Versammlung habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Erschüttert bis in die Tiefen der Seele stehen wir vor dem schweren Unglück, das über unser Volk und Vaterland hereingebrochen ist und das, wie wir hoffen, in den Waffenstillstandsbedingungen seinen Kulminationspunkt erreicht hat und durch die Friedensverhandlungen, bei welchen nicht siegestrunkene und rachedürstige Militärs das entscheidende Wort sprechen dürften, eine wesentliche Milderung erfahren wird.

Wir gedenken in dieser bitteren Schicksalstunde blutenden aber auch dankbaren Herzens der unermesslichen Opfer, welche unser herrliches deutsches Volk in den Jahren des Krieges gebracht, der Opfer der Front und der Opfer des Hinterlandes, der Opfer, die in den Verlustlisten der Heeresverwaltung wie in den Krankheits- und Sterblichkeitsausweisen des Hinterlandes ihren erschütterndsten Ausdruck finden.

Die Zeit der Wiederaufrichtung, des Wiederaufbaues ist gekommen; neues Leben soll ersprießen aus den Ruinen, die unser Kriegserbe sind. Ein bedeutsamer Schritt diesem Ziele entgegen wird heute durch die Bildung der provisorischen Landesversammlung und der provisorischen Landesverwaltung getan.

Im Namen der christlichsozialen Mitglieder dieser hohen Versammlung habe ich zu erklären, daß wir mit freudiger Dienstbereitschaft die uns zukommenden und zugeordneten Arbeiten zu übernehmen bereit und ebenso entschlossen sind, unter Zurücksetzung alles einseitigen Parteiinteresses die Unerläßlichkeit eines einträchtigen Zusammenwirkens aller Parteien in allen unseren Entschlüssen und Handlungen anzuerkennen.

Wir treten ein in die Arbeitsgemeinschaft, die unserem engeren Heimatlande Friede und glücklichen Aufstieg vermitteln und verbürgen sollen, mit reichen Erfahrungen und erprobten Grundsätzen. Es wird nicht als unangebracht bezeichnet werden, wenn ich in diesem feierlichen Augenblick, der zugleich auch den Abschied von dem bisherigen System der Landesverwaltung darstellt, mit wenigen Worten auf die Erfolge derselben verweise.

Die Vermehrung der Schulen und deren schultechnische Ausgestaltung, die große Zahl moderner, unter tätiger Mitwirkung der Landesverwaltung entstandener Schulbauten, die durch den Bau der Mariazeller und der Wien-Pressburger Bahn besonders in Erscheinung tretende Ausgestaltung des Verkehrswesens, die Paläste der Landeswohlfahrtspflege und die das Land umspannende Organisation der Kinderfürsorge, die vielfach vorbildlich gewordene Reform der Gemeindeverwaltung, die Institution der Gewerbeförderung und die Maßnahmen auf dem Gebiete der Landeskultur, die nicht nur die Produktionsfähigkeit, sondern

Ich erteile zunächst das Wort dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Sever.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Sever:** Ich habe im Auftrage meiner Parteigenossen folgende Erklärung abzugeben:

Wir Sozialdemokraten erklären uns zur Mitarbeit in der niederösterreichischen Landesversammlung bereit, wengleich eine Mehrheit der Mitglieder dieser Versammlung keinesfalls auf Grund des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes gewählt ist. Die bloß provisorische Eigenschaft der Landesversammlung gibt uns die Möglichkeit, die Mitarbeit zu leisten und die Notwendigkeit, die Landesverwaltung unverzüglich auf eine breitere Grundlage zu stellen, wie auch das Bedürfnis mit der so eng begrenzten Interessenvertretung zu brechen, zwingt uns dazu.

Wir Sozialdemokraten sind uns bewußt, daß die gegenwärtige Landesverfassung weder den staatlichen Bedürfnissen Deutschösterreichs, noch den Interessen seiner Bevölkerung entspricht und erwarten daher, daß die Neuordnung der autonomen Verwaltungen in die Wege geleitet werde. Die wichtigen Verwaltungszweige, die gegenwärtig im Bereich des Tätigkeitsgebietes der Landesvertretung gelegen sind, erfordern, daß eine wirkliche Volksvertretung für die rasche und zeitgemäße Ausgestaltung der Verwaltung, die zum Wohle der Bevölkerung unerläßlich ist, sorgt.

Die Bestrebungen der sozialdemokratischen Vertreter in der provisorischen niederösterreichischen Landesversammlung werden von dem Geiste getragen sein, der in der Erklärung zum Ausdruck kommt, die in der ersten Versammlung des provisorischen deutschösterreichischen Nationalrates von dem Vertreter der Sozialdemokratie abgegeben wurde. Ihre Bestrebungen werden vorzüglich darauf gerichtet sein, das Recht aller Männer und Frauen des Volkes, an der Verwaltung des Landes teilzunehmen, in vollem Umfange zu sichern.

Die Neuordnung in dem Lande Niederösterreich kann nur auf breiter demokratischer Grundlage durchgeführt werden und muß sie die Gewähr bieten, daß auch den Frauen ihre bisher vorenthaltenen Rechte gewährt werden.

In diesem Sinne ist unsere Mitarbeit aufzufassen. *(Beifall.)*

Landeshauptmann: Ich erteile das Wort dem Herrn Landesausschuß Kunschak.

Landesausschuß **Kunschak:** Namens der christlichsozialen Mitglieder der Versammlung habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Erschüttert bis in die Tiefen der Seele stehen wir vor dem schweren Unglück, das über unser Volk und Vaterland hereingebrochen ist und das, wie wir hoffen, in den Waffenstillstandsbedingungen seinen Kulminationspunkt erreicht hat und durch die Friedensverhandlungen, bei welchen nicht siegestrunkene und rachedürstige Militärs das entscheidende Wort sprechen dürften, eine wesentliche Milderung erfahren wird.

Wir gedenken in dieser bitteren Schicksalstunde blutenden aber auch dankbaren Herzens der unermesslichen Opfer, welche unser herrliches deutsches Volk in den Jahren des Krieges gebracht, der Opfer der Front und der Opfer des Hinterlandes, der Opfer, die in den Verlustlisten der Heeresverwaltung wie in den Krankheits- und Sterblichkeitsausweisen des Hinterlandes ihren erschütterndsten Ausdruck finden.

Die Zeit der Wiederaufrichtung, des Wiederaufbaues ist gekommen; neues Leben soll ersprießen aus den Ruinen, die unser Kriegserbe sind. Ein bedeutsamer Schritt diesem Ziele entgegen wird heute durch die Bildung der provisorischen Landesversammlung und der provisorischen Landesverwaltung getan.

Im Namen der christlichsozialen Mitglieder dieser hohen Versammlung habe ich zu erklären, daß wir mit freudiger Dienstbereitschaft die uns zukommenden und zugeordneten Arbeiten zu übernehmen bereit und ebenso entschlossen sind, unter Zurücksetzung alles einseitigen Parteiinteresses die Unerläßlichkeit eines einträchtigen Zusammenwirkens aller Parteien in allen unseren Entschlüssen und Handlungen anzuerkennen.

Wir treten ein in die Arbeitsgemeinschaft, die unserem engeren Heimatlande Friede und glücklichen Aufstieg vermitteln und verbürgen sollen, mit reichen Erfahrungen und erprobten Grundsätzen. Es wird nicht als unangebracht bezeichnet werden, wenn ich in diesem feierlichen Augenblick, der zugleich auch den Abschied von dem bisherigen System der Landesverwaltung darstellt, mit wenigen Worten auf die Erfolge derselben verweise.

Die Vermehrung der Schulen und deren schultechnische Ausgestaltung, die große Zahl moderner, unter tätiger Mitwirkung der Landesverwaltung entstandener Schulbauten, die durch den Bau der Mariazeller und der Wien-Pressburger Bahn besonders in Erscheinung tretende Ausgestaltung des Verkehrswesens, die Paläste der Landeswohlfahrtspflege und die das Land umspannende Organisation der Kinderfürsorge, die vielfach vorbildlich gewordene Reform der Gemeindeverwaltung, die Institution der Gewerbeförderung und die Maßnahmen auf dem Gebiete der Landeskultur, die nicht nur die Produktionsfähigkeit, sondern

auch die Produktionsfreudigkeit unserer heimischen Landwirtschaft auf eine besondere Höhe brachten, alle diese Tatsachen legen Zeugnis ab für den gesunden Sinn und das hohe Pflichtbewußtsein der bisherigen Landesverwaltung. In dieser Verwaltung in entscheidender und verantwortlicher Stellung mitgearbeitet zu haben, das ist unser Stolz, das ist aber auch die Quelle, aus der wir die Überzeugung schöpfen, auch unter den neuen Verhältnissen, fortbauend auf den bisher geschaffenen, unserem heißgeliebten engeren Heimatlande mit Erfolg dienen zu können. (Beifall.)

Wir begrüßen die neue provisorische Landesversammlung und Landesverwaltung, in welche wir eintreten als eine Partei, die sich nicht erst durch die Kriegslehren dessen bewußt geworden ist, daß über die Geschicke eines Volkes dieses selbst zu entscheiden habe. In einer Reihe von Entschlüssen, die vor dem Kriege erfolgten, haben wir diese unsere Gesinnung zum Ausdruck gebracht; getreu derselben erblicken wir in dem demokratischen Ausbau unserer Landes- und Gemeindeverfassung ein Element, das geeignet ist, die Zuversicht unseres Volkes wieder zu heben und dessen Wohlfahrt zu begründen.

Von solchen Erwägungen beseelt, wollen wir im festen Gottvertrauen und im Vertrauen auf die unzerstörbaren sittlichen und kulturellen Kräfte unseres Volkes an die Arbeit gehen und mit allen übrigen deutschen Parteien vereint unser Bestes daran setzen, daß die Leiden und Schäden, die der böse Krieg gebracht, raschest überwunden und der Aufstieg zu neuem Glücke in breiter, heller Bahn erschlossen werde. Heil unserm deutschen Volke, Heil unserem geliebten Niederösterreich! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Landeshauptmann: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Kittinger.

Landeshauptmann-Stellvertreter Kittinger: Im Namen meiner engeren Parteigenossen, der Deutschen, halte ich es für meine Pflicht, einige unserer innigsten Dränge und unsere Gefühle entsprechende Worte im Nachhange zu den Worten der beiden geehrten Herren Vorredner an Sie zu richten. Es wäre eine Vermessenheit, wenn ich es unternehmen wollte, all dem Leide und all diesen bedrückenden und seelisch zermürbenden Empfindungen, welche uns über das furchtbare Unglück, das über unser Volk hereingebrochen ist, erfassen, irgendwie berebten Ausdruck geben zu können. Wir fühlen alle die Schrecken des hereingetretenen Geschickes und so glaube ich, sind wir alle darüber einig, daß wir die auf uns lastenden Pflichten im doppelten, ja vielfachen Maße zu erfassen und alles daran zu setzen haben, diesen Pflichten gerecht zu werden. Es wird daher wohl unsere heiligste Aufgabe sein,

zunächst beizutragen, den Ernährungsschwierigkeiten, ganz besonders unseres Landes Niederösterreich und der so schwer geprüften Stadt Wien Rechnung zu tragen; wir waren während der ganzen Kriegszeit gleichsam eine belagerte Festung. Von allen Lieferanten, welche vor dem Kriege sehr gerne ihre Produkte uns angeboten haben, im Stiche gelassen (Rufe: Und bewuchert worden!), sind wir, auf unsere Produkte beschränkt, geradezu dem Hungertode gegenübergestanden. Höhnisch hat man uns von drüben der Leitha, verächtlich von Tschecho-Slowaken betrachtet.

Es muß daher die erste Aufgabe der Landesvertretung sein, daß die Produktivität unseres engeren Heimatlandes mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gefördert wird, wir müssen uns der Produktionspolitik zuwenden, trachten, unseren heimatischen Boden bis zum höchsten Ertrag zu steigern, auf daß wir von allem übrigen Auslande möglichst unabhängig werden. Es wird uns dies trotzdem nicht zur Gänze gelingen, aber was in unserer Macht liegt, dazu beizutragen, soll geschehen. Meliorierungen, Bach- und Flußregulierungen, Entschumpfungen, Ertragsfähigmachung von sterilem Boden usw. werden ins Auge zu fassen sein. Es wird daher — ich gestatte mir in diesem feierlichen Augenblick darauf hinzuweisen — eine heilige Aufgabe sein, die notwendigen Hilfswerkzeuge für unsere landwirtschaftliche Produktion herbeizuschaffen. So sind in vielen Lagern und Depotplätzen für uns höchst kostbare Gegenstände und Geräte vorhanden, welche auch als Kompensationsmittel für Lebensmittel verwendet werden können. Es ist wohl selbstverständlich, daß in einer Zeit, wo die Geschicke des Volkes vom Volke selbst bestimmt werden, das weitestgehende Wahlrecht einzuführen ist und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Land, Stadt und Gemeinde zugestimmt und gegeben werden muß.

Eine große Zweckmäßigkeit erblicke ich in der Zusammenlegung der autonomen und politischen Verwaltung und ich glaube, daß wir dadurch unserer gesamten Bevölkerung, insbesondere der des flachen Landes, einen großen Dienst erweisen werden. Wir werden ihr ihn aber nur dann erweisen, wenn alle jene Organe, welche nach wie vor im öffentlichen Dienste tätig zu sein haben, von dem lebhaftesten Pflichtgefühl gegenüber unserer Bevölkerung durchdrungen sind. Von seiten unserer Herren Landesbeamten haben wir diese erfreuliche Überzeugung und was den Beamtenstatus der bisherigen Staatsverwaltung anbelangt, müssen wir halt reformierend eingreifen. Ist es uns doch bekannt, daß sich jemand durch nichts mißliebiger machen konnte, als wenn er sein ihm vorenthaltenes Recht verfocht. Er war ein Krakeeler! Dadurch wurde das Rechtsempfinden und das Pflichtgefühl unterbunden und diese beiden Momente sind es, welche wir als

auch die Produktionsfreudigkeit unserer heimischen Landwirtschaft auf eine besondere Höhe brachten, alle diese Tatsachen legen Zeugnis ab für den gesunden Sinn und das hohe Pflichtbewußtsein der bisherigen Landesverwaltung. An dieser Verwaltung in entscheidender und verantwortlicher Stellung mitgearbeitet zu haben, das ist unser Stolz, das ist aber auch die Quelle, aus der wir die Überzeugung schöpfen, auch unter den neuen Verhältnissen, fortbauend auf den bisher geschaffenen, unserem heißgeliebten engeren Heimatlande mit Erfolg dienen zu können. (Beifall.)

Wir begrüßen die neue provisorische Landesversammlung und Landesverwaltung, in welche wir eintreten als eine Partei, die sich nicht erst durch die Kriegslehren dessen bewußt geworden ist, daß über die Geschicke eines Volkes dieses selbst zu entscheiden habe. In einer Reihe von Entschlüssen, die vor dem Kriege erfolgten, haben wir diese unsere Gesinnung zum Ausdruck gebracht; getreu derselben erblicken wir in dem demokratischen Ausbau unserer Landes- und Gemeindeverfassung ein Element, das geeignet ist, die Zuversicht unseres Volkes wieder zu heben und dessen Wohlfahrt zu begründen.

Von solchen Erwägungen beseelt, wollen wir im festen Gottvertrauen und im Vertrauen auf die unzerstörbaren sittlichen und kulturellen Kräfte unseres Volkes an die Arbeit gehen und mit allen übrigen deutschen Parteien vereint unser Bestes daran setzen, daß die Leiden und Schäden, die der böse Krieg gebracht, raschest überwunden und der Aufstieg zu neuem Glücke in breiter, heller Bahn erschlossen werde. Heil unserem deutschen Volke, Heil unserem geliebten Niederösterreich! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Landeshauptmann: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Kittinger.

Landeshauptmann-Stellvertreter Kittinger: Im Namen meiner engeren Parteigenossen, der Deutschen, halte ich es für meine Pflicht, einige unserer innigsten Dränge und unsere Gefühle entsprechende Worte im Nachhange zu den Worten der beiden geehrten Herren Vorredner an Sie zu richten. Es wäre eine Vermessenheit, wenn ich es unternehmen wollte, all dem Leide und all diesen bedrückenden und seelisch zermürbenden Empfindungen, welche uns über das furchtbare Unglück, das über unser Volk hereingebrochen ist, erfassen, irgendwie berebten Ausdruck geben zu können. Wir fühlen alle die Schrecken des hereingetretenen Geschickes und so glaube ich, sind wir alle darüber einig, daß wir die auf uns lastenden Pflichten im doppelten, ja vielfachen Maße zu erfassen und alles daran zu setzen haben, diesen Pflichten gerecht zu werden. Es wird daher wohl unsere heiligste Aufgabe sein,

zunächst beizutragen, den Ernährungsschwierigkeiten, ganz besonders unseres Landes Niederösterreich und der so schwer geprüften Stadt Wien Rechnung zu tragen; wir waren während der ganzen Kriegszeit gleichsam eine belagerte Festung. Von allen Lieferanten, welche vor dem Kriege sehr gerne ihre Produkte uns angeboten haben, im Stiche gelassen (Rufe: Und bewuchert worden!), sind wir, auf unsere Produkte beschränkt, geradezu dem Hungertode gegenübergestanden. Höhnisch hat man uns von drüben der Leitha, verächtlich von Tschecho-Slowaken betrachtet.

Es muß daher die erste Aufgabe der Landesvertretung sein, daß die Produktivität unseres engeren Heimatlandes mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gefördert wird, wir müssen uns der Produktionspolitik zuwenden, trachten, unseren heimatischen Boden bis zum höchsten Ertrag zu steigern, auf daß wir von allem übrigen Auslande möglichst unabhängig werden. Es wird uns dies trotzdem nicht zur Gänze gelingen, aber was in unserer Macht liegt, dazu beizutragen, soll geschehen. Meliorierungen, Bach- und Flußregulierungen, Entschumpfungen, Ertragsfähigmachung von sterilem Boden usw. werden ins Auge zu fassen sein. Es wird daher — ich gestatte mir in diesem feierlichen Augenblick darauf hinzuweisen — eine heilige Aufgabe sein, die notwendigen Hilfswerkzeuge für unsere landwirtschaftliche Produktion herbeizuschaffen. So sind in vielen Lagern und Depotplätzen für uns höchst kostbare Gegenstände und Geräte vorhanden, welche auch als Kompensationsmittel für Lebensmittel verwendet werden können. Es ist wohl selbstverständlich, daß in einer Zeit, wo die Geschicke des Volkes vom Volke selbst bestimmt werden, das weitestgehende Wahlrecht einzuführen ist und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Land, Stadt und Gemeinde zugestimmt und gegeben werden muß.

Eine große Zweckmäßigkeit erblicke ich in der Zusammenlegung der autonomen und politischen Verwaltung und ich glaube, daß wir dadurch unserer gesamten Bevölkerung, insbesondere der des flachen Landes, einen großen Dienst erweisen werden. Wir werden ihr ihn aber nur dann erweisen, wenn alle jene Organe, welche nach wie vor im öffentlichen Dienste tätig zu sein haben, von dem lebhaftesten Pflichtgefühl gegenüber unserer Bevölkerung durchdrungen sind. Von seiten unserer Herren Landesbeamten haben wir diese erfreuliche Überzeugung und was den Beamtenstatus der bisherigen Staatsverwaltung anbelangt, müssen wir halt reformierend eingreifen. Ist es uns doch bekannt, daß sich jemand durch nichts mißliebiger machen konnte, als wenn er sein ihm vorenthaltenes Recht verfocht. Er war ein Krakeeler! Dadurch wurde das Rechtsempfinden und das Pflichtgefühl unterbunden und diese beiden Momente sind es, welche wir als

aufrecht stehende Staatsbürger häufig gar so schwer empfunden haben. Das muß beseitigt werden. Recht und Gerechtigkeit, das gesetzlich festgelegte Recht, muß rechtens für jedermann im Staate sein, ob hoch oder niedrig, ob reich oder arm. Das Gesetz gibt dir dieses Recht in deine Hand und du mußt dich dessen bedienen. Damit wird dann das Vertrauen zum Staate und Freude für den Staat in die Bevölkerung kommen und nur dadurch wird auch die Bevölkerung dann mit freudiger Hingabe für diesen Staat an den schweren Aufgaben mitarbeiten können, welche wir leider von ihr fordern müssen.

Die nächste Zeit wird keine leichte sein. Die nächsten Jahre und Jahrzehnte werden das eifrigste Zusammenarbeiten und das zielbewußteste Vorgehen von uns erfordern. Das alles möchte ich als Grundlage für unsere Tätigkeit hingestellt wissen.

Wir haben noch einer Pflicht zu gedenken: Das sind die Verpflichtungen für unsere heimkehrenden Krieger. Die Grenzen des alten Österreich sind von Heldenhügeln deutschösterreichischer Soldaten umgeben. Ihr heldenhaftes Ausharren war jene Schutzmauer, welche es vermocht hat, unsere heimatlichen Gauen vor der feindlichen Vernichtung zu schützen. Wir sind so glücklich, unsere Betriebsstätten nach Friedensschluß wieder betreten zu können. Der Bauer wird zum Pfluge und der Handwerker in seine Werkstätte gehen, um dort seinen Hammer zu führen. Unser Eigentum ist nicht zerstört worden infolge der heldenhaften Haltung unserer Soldaten. Das legt uns wohl die heilige Pflicht auf, für dieselben durch Arbeitszuweisung und hinsichtlich des Aufbaues unseres gesamten Mittelstandes und der gewerbmäßigen Betriebe entsprechende Fürsorge zu schaffen.

Hier wird das Land so wie bisher auch weiterhin führend und richtunggebend zu walten haben, und ich hoffe und wünsche, daß dank der entsprechenden derartigen gewerblichen und wirtschaftlichen Fürsorge unsere Soldaten und die deutschen Niederösterreicher, welches es verstanden haben, vor dem Feinde draußen an den Reichsgrenzen für das gemeinsame Vaterland auch zu sterben, gewiß jene Pflichten erfüllen werden, die wir von ihnen als Menschen, die für das Vaterland zu leben haben, fordern müssen. Wir werden für unser Vaterland in gemeinsamer friedlicher Arbeit, in freudigster Hingebung leben und unser Land Niederösterreich von den fürchterlichen moralischen und physischen Kriegsschäden möglichst bald und zielbewußt aufbauen. Ich bitte, die Versicherung von mir entgegenzunehmen, daß ich dieser Pflicht bewußt, jederzeit mit hingebungsvoller Freudigkeit an allen diesen Arbeiten teilnehmen werde, wie auch meine engeren Klubkollegen sich

jederzeit als eifrige Mitarbeiter betätigen werden. *(Lebhafter Beifall und Heil!-Rufe.)*

Landeshauptmann: Es sind noch Anträge eingelaufen, die ich zu verlesen bitte.

Schriftführer **Forstner** *(liest):*

„Antrag der Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen, betreffend die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, sowie betreffend sofortige Errichtung von Verpflegsstellen für durchziehende Truppen, Truppenteile und Kriegsgefangene.“

Der neue Staat Deutschösterreich kann nur dann seine staatlichen Pflichten nach allen Richtungen erfüllen, wenn seine Entwicklung und Kräftigung durch Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Hinterlande verbürgt ist. Hierzu ist die Aufbietung der Bürger und deren Organisation in Bürgerwehren für die nächste Zeit unbedingt nötig.

Ferner müssen für durchziehende Truppenteile und Kriegsgefangene an allen wichtigen Eisenbahnknotenpunkten und Straßenkreuzungsstellen sofort Verpflegsstellen errichtet werden, um Plünderungen hungernder Soldaten und Gefangener zu verhindern.

Daher stellen die Gefertigten den Antrag:

„1. Es sind sofort allgemeine Anordnungen zur Bildung von Bürgerwehren zu treffen.“

2. Sind unverzüglich Verpflegsstationen für durchziehende Soldaten und Kriegsgefangene gegen spätere Verrechnung der Kosten mit der Heeresverwaltung zu errichten.“

Wien, 5. November 1918.

Wedra.	Schürff.
Richter.	Kittinger.
Waber.	Kemetter.
Hofbauer.	Kammann.
Tamussino.	Pittner.“

Landeshauptmann: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Schriftführer Dr. **Nepustil** *(liest):*

„Antrag der Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen:

„Die in den Flüchtlingslagern Niederösterreichs noch jetzt lagernden Lebensmittelvorräte sind durch strengste Bewachung vor Beraubung zu sichern und, soweit sie nicht

aufrecht stehende Staatsbürger häufig gar so schwer empfunden haben. Das muß beseitigt werden. Recht und Gerechtigkeit, das gesetzlich festgelegte Recht, muß rechtens für jedermann im Staate sein, ob hoch oder niedrig, ob reich oder arm. Das Gesetz gibt dir dieses Recht in deine Hand und du mußt dich dessen bedienen. Damit wird dann das Vertrauen zum Staate und Freude für den Staat in die Bevölkerung kommen und nur dadurch wird auch die Bevölkerung dann mit freudiger Hingabe für diesen Staat an den schweren Aufgaben mitarbeiten können, welche wir leider von ihr fordern müssen.

Die nächste Zeit wird keine leichte sein. Die nächsten Jahre und Jahrzehnte werden das eifrigste Zusammenarbeiten und das zielbewußteste Vorgehen von uns erfordern. Das alles möchte ich als Grundlage für unsere Tätigkeit hingestellt wissen.

Wir haben noch einer Pflicht zu gedenken: Das sind die Verpflichtungen für unsere heimkehrenden Krieger. Die Grenzen des alten Österreich sind von Heldenhügeln deutschösterreichischer Soldaten umgeben. Ihr heldenhaftes Ausharren war jene Schutzmauer, welche es vermocht hat, unsere heimatlichen Gauen vor der feindlichen Vernichtung zu schützen. Wir sind so glücklich, unsere Betriebsstätten nach Friedensschluß wieder betreten zu können. Der Bauer wird zum Pfluge und der Handwerker in seine Werkstätte gehen, um dort seinen Hammer zu führen. Unser Eigentum ist nicht zerstört worden infolge der heldenhaften Haltung unserer Soldaten. Das legt uns wohl die heilige Pflicht auf, für dieselben durch Arbeitszuweisung und hinsichtlich des Aufbaues unseres gesamten Mittelstandes und der gewerbmäßigen Betriebe entsprechende Fürsorge zu schaffen.

Hier wird das Land so wie bisher auch weiterhin führend und richtunggebend zu walten haben, und ich hoffe und wünsche, daß dank der entsprechenden derartigen gewerblichen und wirtschaftlichen Fürsorge unsere Soldaten und die deutschen Niederösterreicher, welches es verstanden haben, vor dem Feinde draußen an den Reichsgrenzen für das gemeinsame Vaterland auch zu sterben, gewiß jene Pflichten erfüllen werden, die wir von ihnen als Menschen, die für das Vaterland zu leben haben, fordern müssen. Wir werden für unser Vaterland in gemeinsamer friedlicher Arbeit, in freudigster Hingebung leben und unser Land Niederösterreich von den fürchterlichen moralischen und physischen Kriegsschäden möglichst bald und zielbewußt aufbauen. Ich bitte, die Versicherung von mir entgegenzunehmen, daß ich dieser Pflicht bewußt, jederzeit mit hingebungsvoller Freudigkeit an allen diesen Arbeiten teilnehmen werde, wie auch meine engeren Klubkollegen sich

jederzeit als eifrige Mitarbeiter betätigen werden. *(Lebhafter Beifall und Heil!-Rufe.)*

Landeshauptmann: Es sind noch Anträge eingelaufen, die ich zu verlesen bitte.

Schriftführer **Forstner** *(liest):*

„Antrag der Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen, betreffend die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, sowie betreffend sofortige Errichtung von Verpflegsstellen für durchziehende Truppen, Truppenteile und Kriegsgefangene.“

Der neue Staat Deutschösterreich kann nur dann seine staatlichen Pflichten nach allen Richtungen erfüllen, wenn seine Entwicklung und Kräftigung durch Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Hinterlande verbürgt ist. Hierzu ist die Aufbietung der Bürger und deren Organisation in Bürgerwehren für die nächste Zeit unbedingt nötig.

Ferner müssen für durchziehende Truppenteile und Kriegsgefangene an allen wichtigen Eisenbahnknotenpunkten und Straßenkreuzungsstellen sofort Verpflegsstellen errichtet werden, um Plünderungen hungernder Soldaten und Gefangener zu verhindern.

Daher stellen die Gefertigten den Antrag:

„1. Es sind sofort allgemeine Anordnungen zur Bildung von Bürgerwehren zu treffen.“

2. Sind unverzüglich Verpflegsstationen für durchziehende Soldaten und Kriegsgefangene gegen spätere Verrechnung der Kosten mit der Heeresverwaltung zu errichten.“

Wien, 5. November 1918.

Wedra.	Schürff.
Richter.	Kittinger.
Waber.	Kemetter.
Hofbauer.	Kammann.
Tamussino.	Pittner.“

Landeshauptmann: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Schriftführer Dr. **Nepustil** *(liest):*

„Antrag der Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen:

„Die in den Flüchtlingslagern Niederösterreichs noch jetzt lagernden Lebensmittelvorräte sind durch strengste Bewachung vor Beraubung zu sichern und, soweit sie nicht

mehr zur Verpflegung der demnächst abzu-
transportierenden Flüchtlinge erforderlich sind,
für die niederösterreichische Bevölkerung
zu beschlagnahmen und zu verwenden.“

Wien, 5. November 1918.

Kittinger.	Schürff.
Richter.	Denk.
Pittner.	Wedra.
Tamussino.	Waber.
	Hofbauer.“

Landeshauptmann: Wird der geschäfts-
ordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Schriftführer Dr. **Nepustil** (liest):

„Antrag der Abgeordneten List, Jukel,
Eisenhut, Gruber und Genossen.

Die bestehende Fleischnot sowie der nachweis-
bare Schaden, welchen die forst- und landwirtschaft-
lichen Kulturen durch das Hochwild erleiden, bewegt
die Gefertigten zu dem Antrage:

Die hohe Landesversammlung wolle be-
schließen:

„Die Jagdeigentümer und Pächter
werden aufgefordert, sowohl in der freien
als auch geschlossenen Wildbahn sofort einen
ausgiebigen Abschuß des Hochwildes wenig-
stens bis zu 80 Prozent im öffentlichen
Interesse vorzunehmen.“

Wohlmeyer.	List.
Nepustil.	Jukel.
Bogendorfer.	Eisenhut.
Kern.	Gruber.
Baumann.	Parrer.
Kranister.	Hochrieder.
Zwetzbacher.	Diwald.
Veit.	Bauchinger.
Wille.	Fisslthaler.“

Landeshauptmann: Der Antrag wird
ebenfalls der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung
zugeführt werden.

Die Tagesordnung ist erschöpft, die nächste
Sitzung wird auf schriftlichem Wege bekanntgegeben
werden.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 3 Uhr nachmittags.)

mehr zur Verpflegung der demnächst abzu-
transportierenden Flüchtlinge erforderlich sind,
für die niederösterreichische Bevölkerung zu
beschlagnahmen und zu verwenden.“

Wien, 5. November 1918.

Kittinger.	Schürff.
Richter.	Denk.
Pittner.	Wedra.
Tamussino.	Waber.
	Hofbauer.“

Landeshauptmann: Wird der geschäfts-
ordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Schriftführer Dr. **Nepustil** (liest):

„Antrag der Abgeordneten List, Jukel,
Eisenhut, Gruber und Genossen.

Die bestehende Fleischnot sowie der nachweis-
bare Schaden, welchen die forst- und landwirtschaft-
lichen Kulturen durch das Hochwild erleiden, bewegt
die Gefertigten zu dem Antrage:

Die hohe Landesversammlung wolle be-
schließen:

„Die Jagdeigentümer und Pächter
werden aufgefordert, sowohl in der freien
als auch geschlossenen Wildbahn sofort einen
ausgiebigen Abschuß des Hochwildes wenig-
stens bis zu 80 Prozent im öffentlichen
Interesse vorzunehmen.“

Wohlmeyer.	List.
Nepustil.	Jukel.
Bogendorfer.	Eisenhut.
Kern.	Gruber.
Baumann.	Parrer.
Kranister.	Hochrieder.
Zwetzbacher.	Diwald.
Veit.	Bauchinger.
Wille.	Fisslthaler.“

Landeshauptmann: Der Antrag wird
ebenfalls der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung
zugeführt werden.

Die Tagesordnung ist erschöpft, die nächste
Sitzung wird auf schriftlichem Wege bekanntgegeben
werden.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 3 Uhr nachmittags.)



Biografien

der Redner der Provisorischen Landesversammlung
am 5. November 1918



BAUMANN Anton

* 8.5.1848, Werschetz (Banat)/Vršac (Serbien)
 † 8.11.1926, Wien
 Weinhändler, Währing
 Realitätenbesitzer und Zeitungsherausgeber.

1893 – 1918 Bezirksvorsteher von Währing, nachdem er schon in der selbstständigen Gemeinde Währing tätig war. Unterstützte die Ausgestaltung Währinger Cottages und gehörte zu den Förderern des Währinger Stadttheaters (1898 als »Kaiser-Jubiläums-Stadttheater« gebaut, heute Volksoper).

L.: Czeike; Hammerschmied S. 27; NFP v. 9.11.1926; Schulcz S. 52; Schmitz, Landtag S. 392; Kant S. III.

LT	14.10.1890 – 14.10.1896 Abg. d. Städte (Hernals)	Antisem.
	28.12.1896 – 8.9.1902	CSP
	19.12.1902 – 20.7.1908 Abg. d. Städte (Wien XIV. = XVIII. und XIX. Bezirk)	CSP
	8.1.1909 – 8.1.1915 Abg. d. Allgem. Wählerklasse (Wien XVIII.)	CSP
Prov. LV	5.11.1918 – 4.5.1919	CSP



FORSTNER August

* 29.7.1876, Wien
 † 14.2.1941, Wolfpassing bei Zeiselmauer
 Zeitungsherausgeber, Kassen-Sekretär, Wien
 Volksschule, Bürgerschule
 Fiaker, 1903 Beamter der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse.

Trat schon als Bürgerschüler dem Arbeiterbildungsverein Mariahilf bei. Gründete 1898 eine Kutscherorganisation und sammelte dann verschiedene Organisationen zum Verband der Transport- und Verkehrsarbeiter, dessen Zentralobmann er wurde. 1905 – 1927 Sekretär der Gehilfenkrankenkasse der Groß- und Kleinfuhrwerksbesitzer, 1905 – 1924 Obmann des freien Gewerkschaftsverbandes. 1918 – 1923 GR in Wien.

L.: ÖBL; Czeike; Knauer GR; Knauer P; Parlamentarier.

Prov. LV	5.11.1918 – 4.5.1919	SDAP
RR	1907 – 1918	
Prov. NV	21.10.1918 – 16.2.1919	
Konst. NV	4.3.1919 – 9.11.1920	
NR	10.11.1920 – 17.2.1934 I. – IV. GP	



GRUBER Rudolf

* 29.11.1864, Sollenau
 † 13.10.1926, Sollenau
 Gastwirt und Wirtschaftsbesitzer, Sollenau
 Volksschule, Kurse der Landwirtschaftlichen Fortbildungsschule.

Nach dem Militärdienst Bauer und Gastwirt in Sollenau. Tätigkeit im landwirtschaftlichen Kasino und in der Raiffeisenkasse Sollenau. Bürgermeister in Sollenau 1904 – 1909 (vorher 2. Gemeinderat), Bezirksschulrat, Obmann des Bezirksstrafenausschusses Wiener Neustadt, Mitglied des Bezirksarmenrates. 1906 einer der Veranstalter der Gründungsversammlung des NÖ Bauernbundes und 2. Obmann-Stellvertreter, Vizepräsident des Landeskulturrates. Mitglied des Staatsrates 1918/19 und der Verwaltungsstelle für das Burgenland.

L.: ÖBL; Schmitz, Landtag S. 394; Knauer P; Parlamentarier; Kant S. III; Helmer S. 102; Knoll S. 471f; Mitteilung von Günther Kerschbaumer.

LT	19.12.1902 – 20.7.1908 Abg. d. Landgemeinden (Wr. Neustadt usw.)	CSP
	8.1.1909 – 8.1.1915 Abg. d. Landgemeinden (GB Wr. Neustadt, Ebreichsdorf)	CSP
Prov. LV	5.11.1918 – 4.5.1919	CSP
RR	1907 – 1918	CSP
Prov. NV	21.10.1918 – 16.2.1919	
Konst. NV	4.3.1919 – 9.11.1920	
NR	10.11.1920 – 13.10.1926 (†) I. – II. GP Abg. d. Landgemeinden (GB Wr. Neustadt, Ebreichsdorf)	



HEILINGNER Alois, Dr. jur.

* 19.3.1859, Wien
 † 9.3.1921, Wien
 Magistratsrat, Wien
 Studierte an der Universität Wien Jus, Dr. jur. 1884.

Ab 1886 Magistratsbeamter in Wien, 1917 pensioniert. Honorarprofessor für Gewerberecht am Technologischen Gewerbemuseum. Juristische Schriften, besonders zum Gewerberecht. 1911 wurde er nicht mehr als christlichsozialer, sondern als unabhängiger Kandidat in den Reichsrat gewählt. Bei der Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung kandidierte er als Listenführer der Demokratischen Wirtschaftspartei im Wahlkreis Wien-Innen-West, wurde aber nicht gewählt.

L.: ÖBL; Czeike; Parlamentarier; Knauer P; L-ABI. 13/1911.

LT	8.1.1909 – 8.1.1915 Abg. d. Allgem. Wählerklasse (Wien VIII.)	CSP
Prov. LV	5.11.1918 – 4.5.1919	parteilos
RR	1901 – 1918	
Prov. NV	21.10.1918 – 16.2.1919	



HOCK Paul, Freiherr v.

* 20.10.1857, Wien
 † 2.10.1924, Wien
 HR beim Verwaltungsgerichtshof, Wien
 Schottengymnasium, studierte Jus an der Universität Wien.

Verwaltungsbeamter in Niederösterreich (unter anderem Bezirkshauptmann in Floridsdorf) bis 1904, Hofrat beim Verwaltungsgerichtshof. Bei der Reichsratswahl 1911 konnte er sich in der Stichwahl gegen Weiskirchner (s.d.) durchsetzen. War 1918 als Unterstaatssekretär im Staatsamt für Unterricht vorgesehen, verzichtete aber.

L.: Parlamentarier; Knauer P; Freund 1907; Czeike „Paul Hock-Platz“; L-ABI. 22/1918 S. 6.

Prov. LV	5.11.1918 – 4.5.1919	Dem. Partei
RR	1907 – 1918	
Prov. NV	21.10.1918 – 16.2.1919	



KEMETTER August

* 17.7.1866, Wien
 † 4.12.1945, Innsbruck
 Seminardirektor, Wien
 Gymnasium in Wien, studierte Geschichte und Geografie an der Universität Wien, Staatsprüfung 1895.

Supplent, Professor am Gymnasium in Mödling 1898 – 1903, Direktor des Gymnasiums Horn 1903 –1905, Direktor der NÖ Landeslehrerbildungsanstalt am Pädagogium in Wien 1905.

Ursprünglich christlichsozial, geriet er an den Rand der Partei und gründete im Reichsrat mit anderen ehemals christlichsozialen Abgeordneten das seit 1913 sogenannte „Deutsche Zentrum“. Mitglied des Staatsrates 1918/19. Präsident der Liga für Menschenrechte.

L.: Parlamentarier; Knauer P; Höbelt, Kornblume S. 298.

Prov. LV	5.11.1918 – 4.5.1919	DN
RR	1907 – 1918	
Prov. NV	21.10.1918 – 16.2.1919	



KITTINGER Karl

* 2.12.1857, Karlstein
 † 21.12.1920, Wien
 Postmeister und Gastwirt, Karlstein
 Volks- und Unterrealschule.
 1877 – 1880 Militärdienst, davon 1878 – 1880 bei der Besetzung Bosniens.

Danach Gasthofbesitzer und Postmeister in Karlstein. Beteiligt an der Gründung einer Produktivgenossenschaft für Uhrmacherei und Mitglied des Ausschusses der Fachschule für Uhrenindustrie. 1885 – 1920 im Gemeinderat, 1885 – 1897 Bürgermeister von Karlstein. Obmann des Bezirksstraßenausschusses. Sowohl bei der Landtagswahl 1908 als auch bei der Reichsratswahl 1911 wurde er als Kompromisskandidat der Deutschnationalen und Christlichsozialen gewählt. Er war Klubobmann der Deutschen Vereinigung im Landtag (ab 1919).

L.: L-ABI. 11/1919 S. 7; Knauer P; Parlamentarier; Maukner S. 143.

LT	8.1.1909 – 8.1.1915 Abg. d. Städte (Waidhofen/Thaya usw.)	DVP
Prov. LV	5.11.1918 – 4.5.1919	DN
LT	20.5.1919 – 21.12.1920 (†) Kurie NÖ Land ab 10.11.1920	DV
LH-Stv.	5.11.1918 – 20.5.1919	
RR	1901 – 1907 1907 – 1918	
Prov. NV	21.10.1918 – 16.2.1919	
Konst. NV	4.3.1919 – 9.11.1920	



KUNSCHAK Leopold

* 11.11.1871, Wien
 † 13.3.1953, Wien
 Reichsratsabgeordneter, Wien
 Sechsklassige Volksschule, Sattlerlehre.
 Sattler in der Simmeringer Waggonfabrik, Entlassung, Redakteur der „Freiheit“ („Christlichsoziale Arbeiterzeitung“ ab 1900).

Nach erfolglosem Kontakt mit Vergani und Kontakt mit Geßmann Ende 1892 Gründung des „Christlichsozialen Arbeitervereins“. Jänner 1896 1. Parteitag. GR in Wien 1904 – 1934 und 1945 – 1946, Stadtrat 1922 – 1934, Stadtrat und Vizebürgermeister 1945 – 1946. Wandte sich in der 1. Republik gegen Polarisierung und Militarisierung, arbeitete aber dann im Ständestaat mit (Mitglied des Staatsrates). 1938 und 1944 verhaftet. Mitunterzeichner der Unabhängigkeitserklärung vom 27.4.1945, Mitbegründer der ÖVP und des ÖAAB.

L.: Czeike; Parlamentarier; Knauer GR; Knauer P.

LT	8.1.1909 – 8.1.1915 Abg. d. Allgem. Wählerklasse (Wien XIII.)	CSP
Prov. LV	5.11.1918 – 4.5.1919	CSP
LA	1.10.1913 – 5.11.1918	
LA=LR	5.11.1918 – 20.5.1919	
RR	1907 – 1911	
Konst. NV	4.3.1919 – 9.11.1920	
NR	10.11.1920 – 2.5.1934 I. – IV. GP	
Staatsrat	1934 – 1938	
NR	19.12.1945 – 13.3.1953 V. – VI. GP	
Präsident des Nationalrates	19.12.1945 – 13.3.1953	
Vorsitzender der 5. Bundesversammlung	20.12.1945	



MAYER Johann

* 28.2.1858, Deutsch-Wagram
 † 12.10.1941, Bockfließ
 Müller, Gr. Engersdorf
 Volks- und Handelsschule.
 Erlernte das Müllergewerbe und übte es längere Zeit in Großengersdorf aus.
 Übernahm dann Kaufmannsgeschäft und Landwirtschaft in Bockfließ.

Mit 29 Jahren zum ersten (geschäftsführenden) Gemeinderat in Großengersdorf und zum Obmann des Bezirksstraßenausschusses gewählt. 1897 Obmann des „Bauernbundes für das Viertel unter dem Manhartsberg“. Im gleichen Jahr begann auch seine Tätigkeit im Reichsrat, von dem er auch in die Delegation entsandt wurde. Initiator und erster Präsident des Landeskulturrates (1905). 1919 wurde er Obmann des christlichsozialen Gesamtklubs im Landtag. 1920/21 gehörte er dem Verwaltungsausschuss an, der in der Phase der Trennung von NÖ und Wien das oberste Exekutivorgan für die gemeinsamen Angelegenheiten war. Spielte auch eine wesentliche Rolle bei den Trennungsverhandlungen mit Wien.

L.: ÖBL; Schmitz, Landtag S. 386f; Knauer P; Parlamentarier; Biogr. Hb.; Hammerschmied S. 60; Kant S. III; Schulcz S. 71; L-ABI. 11/1919 S. 9; Freund 1907.

LT	14.10.1890 – 14.10.1896	kath. kons.
	28.12.1896 – 8.9.1902	CSP
	19.12.1902 – 20.7.1908	CSP
	Abg. d. Landgemeinden (Korneuburg, Stockerau, Wolkersdorf)	
	8.1.1909 – 8.1.1915	CSP
	Abg. d. Allg. Wählerklasse (BG Korneuburg usw.)	
Prov. LV	5.11.1918 – 4.5.1919	CSP
LT	20.5.1919 – 11.5.1921	CSP
	Kurie NÖ Land ab 10.11.1920	
	11.5.1921 – 28.12.1922 I. GP	CSP
LA	19.12.1902 – 5.11.1918	
LH-Stv.	5.11.1918 – 10.11.1920	
LH von NÖ	10.11.1920 – 11.5.1921	
LH	11.5.1921 – 9.6.1922	
RR	1897 – 1918	
Prov. NV	21.10.1918 – 16.2.1919	
Konst. NV	4.3.1919 – 21.5.1919	
BR	1.12.1920 – 23.12.1922	
Vorsitzender des Bundesrates	1.12.1921 – 21.2.1922	



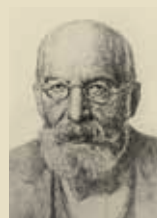
NEPUSTIL Anton, Dr. med. vet.

* 22.5.1876, Wien
 † 6.11.1944, Wien
 Städtischer Tierarzt, Wien
 Volksschule, Gymnasium, tierärztliche Hochschule in Wien, 1900 Tierarzt,
 1917 Dr. med. vet.
 1900/1 Einjährig-Freiwilliger, ab Ende 1901 im Dienst der Stadt Wien,
 1904 Physikatsprüfung.

Er gehörte zum Arbeitnehmerflügel der Christlichsozialen und siegte bei der Nachwahl 1909 in der Stichwahl gegen einen anderen christlichsozialen Kandidaten, der dem Partiestablishment nahestand. Armenrat des Bezirkes Neubau, Mitglied der Einkommensteuer-Berufungskommission, Mitglied des Verwaltungsausschusses in der Trennungsperiode.

L.: Maukner S. 90; Landtag S. 37; L-ABI. 11/1919 S. 9; Silberbauer S. 166.

LT	11.2.1909 – 8.1.1915	CSP
	Abg. d. Allgem. Wählerklasse (Wien VII.)	
Prov. LV	5.11.1918 – 4.5.1919	CSP
LT	20.5.1919 – 11.5.1921	CSP
	(Kurie Wien 10.11.1920 – 30.12.1920)	
	Wiener Delegierter 30.12.1920 – 11.5.1921	
LR	20.5.1919 – 10.11.1920	



OFNER Julius, Dr. jur.

* 20.8.1845, Horschenz/Hořenec (Böhmen)
 † 26.9.1924, Wien
 Hof- und Gerichtsadvokat, Wien
 Studierte Jus 1863 – 1865 in Prag und ab 1865 in Wien, Dr. jur. 1869.

Wandte sich der Anwaltschaft zu, 1885 Hof- und Gerichtsadvokat. Aktiv in der Anwaltskammer und in der Juristischen Gesellschaft. Er veröffentlichte viele theoretische Schriften über die Grundrechte des Menschen (er prägte den Begriff „Recht auf Arbeit“) sowie zu Themen des Jugend-, Zivil- und Strafrechtes. Wohlfahrtswesen und Arbeitsrecht waren ihm ein besonderes Anliegen. 1918/19 Mitglied des Staatsrates.

L.: ÖBL; Czeike; Parlamentarier; Knauer P; Schulz S. 74.

LT	28.12.1896 – 8.9.1902 Abg. d. Städte (Wien I.)	Sozialpolitiker
Prov. LV	5.11.1918 – 4.5.1919	fraktionslos
RR	1901 – 1918	
Prov. NV	21.10.1918 – 16.2.1919	



REUMANN Jakob

* 31.12.1853, Wien-Margareten
 † 29.7.1925, Kärnten
 Redakteur, Wien
 Volksschule.
 Erlernte das Drechslergewerbe (ab 1867) in einer Meerschampfeifenfabrik.

Gründer und Obmann der ersten Gewerkschaft seines Berufes. Da er auf die „schwarze Liste“ gesetzt worden war, wanderte er nach München aus. Viktor Adler holte ihn nach Wien zurück. Redakteur der Arbeiter-Zeitung. Nach dem Hainfelder Parteitag 1. Sekretär der SDAP. 1900 – 1925 GR in Wien, 1917 in den Stadtrat kooptiert. Im provisorischen Gemeinderat 1918/19 Vizebürgermeister, im Mai 1919 zum Bürgermeister von Wien gewählt (bis 1923). Wiederholt wegen politischer Delikte bestraft. Seine Tochter gehörte ebenfalls dem Landtag an (Anna Grünwald).

L.: Czeike; Knauer GR; Knauer P; Parlamentarier; L-ABI. 11/1919 S. 10.

Prov. LV	5.11.1918 – 4.5.1919	SDAP
LT	20.5.1919 – 11.5.1921 (Kurie Wien 10.11.1920 – 30.12.1920) Wiener Delegierter 30.12.1921 – 11.5.1921	SDAP
RR	1907 – 1918	
Prov. NV	21.10.1918 – 16.2.1919	
BR	1.12.1920 – 29.7.192	
Vorsitzender des Bundesrates	1.12.1920 – 31.5.1921 1.12.1924 – 31.5.1925 Wiener Delegierter 30.12.1920 – 11.5.1921	



SEITZ Karl

* 4.9.1869, Wien
 † 3.2.1950, Wien
 Volksschullehrer, Wien
 Nach dem frühen Tod des Vaters (1875) in einem städtischen Waisenhaus.
 Schneiderlehre, dann Lehrerseminar in St. Pölten.

1888 – 1896 Volksschullehrer. Wegen der politischen Tätigkeit wiederholt übergegangen und diszipliniert.
 1890 Anschluss an Viktor Adler, Lehrtätigkeit im Wiener Arbeiterbildungsverein.
 1896 Gründer und Obmann des Zentralvereins der Wiener Lehrerschaft.
 1919 Klubobmann der Sozialdemokraten im Landtag,
 1920 – 1934 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei. 1923 GR und Bürgermeister in Wien.
 1934 Haft
 1944/45 KZ Ravensbrück
 1945 – 1950 Obmann der SPÖ.

L.: Schmitz, Landtag S. 403; Knauer GR; Knauer P; Parlamentarier; Kant S. IV; Czeike;
 L-ABI. 11/1919 S. 11; Maukner S. 143.

LT	19.12.1902 – 20.7.1908 Abg. d. Städte (Wien XXI.)	SDAP
	8.1.1909 – 8.1.1915 Abg. d. Allgem. Wählerklasse (Wien XXI.)	SDAP
Prov. LV	5.11.1918 – 4.5.1919	SDAP
LT	20.5.1919 – 11.5.1921 (Kurie Wien 10.11.1920 – 30.12.1920) Wiener Delegierter 30.12.1920 – 11.5.1921	SDAP
RR	1901 – 1918	
Prov. NV	21.10.1918 – 16.2.1919	
Konst. NV	4.3.1919 – 9.11.1920	
NR	10.11.1920 – 17.2.1934 I. – IV. GP	
NR	19.12.1945 – 3.2.1950 V. – VI. GP	
Präsident d. Prov. NV	21.10.1918 – 16.2.1919	
Präsident d. Konst. NV	5.3.1919 – 9.11.1920	
Zweiter Präsident des Nationalrates	15.12.1920 – 20.11.1923	



SEVER Albert

* 24.11.1867, Agram/Zagreb (Kroatien)
 † 12.2.1942, Wien
 Privatbeamter, Wien
 Volksschule.

Sein erlernter Beruf war Fleischhauer und Selcher. 1887 Arbeiter in einer Buntpapierfabrik gemeinsam mit Franz Schuhmeier, 1894 Beamter der Allgemeinen Arbeiterkrankenkasse. Von Schuhmeier für die Sozialdemokraten geworben. Nach dessen Ermordung (1913) Bezirksobmann in Ottakring, Mitglied des Wiener Ausschusses, der Landesparteivertretung und der Reichsparteivertretung. Im Oktober 1918 wurde er auf Wunsch des Kriegsministeriums nach Pola entsandt und wirkte an der Herstellung der Ordnung und der Rückführung der Soldaten mit. Durch eine Verordnung ermöglichte er die staatliche Wiederverheiratung Geschiedener durch Dispens. Diese rechtlich umstrittenen „Sever-Ehen“ blieben letztlich aufrecht.

L.: Czeike; Knauer P; Parlamentarier; Maukner S. 95; L-ABI. 11/1919 S. 11.

LT	8.1.1909 – 8.1.1915 Abg. d. Allgem. Wählerklasse (Wien XVI.)	SDAP
Prov. LV	5.11.1918 – 4.5.1919	SDAP
LT	20.5.1919 – 21.5.1921 (Kurie Wien 10.11.1920 – 30.12.1920) Wiener Delegierter 30.12.1920 – 11.5.1921	SDAP
LH-Stv.	5.11.1918 – 20.5.1919	
LH	20.5.1919 – 10.11.1920	
RR	1911 – 1918	
Prov. NV	21.10.1918 – 16.2.1919	
Konst. NV	4.3.1919 – 31.5.1919	
NR	10.11.1920 – 17.2.1934 I. – IV. GP	



SILBERER Viktor

* 23.10.1846, Wien
 † 11.4.1924, Wien
 Schriftsteller und Realitätenbesitzer, Wien
 Kaufmännische Ausbildung.
 Zuerst Bankangestellter, dann Redakteur, als solcher 1868/69 in den USA.

Nach seiner Rückkehr Gründung des „Salonblattes“, 1870/71 als Berichterstatter der „Neuen Freien Presse“ im Deutsch-Französischen Krieg, 1873–1880 Redakteur und Herausgeber der „Militär-Zeitung“, 1880 Gründer und Herausgeber der „Allgemeinen Sport-Zeitung“. Ausübender Sportler und Organisator in verschiedenen Sportarten (z.B. Organisation der ersten Wiener Regatta), Verleger von Sportbüchern. Ballonflieger und Ballonerzeuger, 1900 Gründer und Präsident des Aero-Klubs.

1882 Gründung des Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs in Wien. Ab 1892 auch am Semmering, wo er das Hotel „Erzherzog Johann“ erbaute und für den Ausbau des Fremdenverkehrs wirkte.

Im Alter schwerst körperbehindert, 1914 verkaufte er den Grundbesitz am Semmering und widmete den Erlös humanitären Gesellschaften.

1885 – 1895 Obmann des demokratischen Wiener Wählervereines, GR in Wien 1891 – 1913.

L.: Schmitz, Landtag S. 422; Czeike; Knauer GR; Knauer P; Kant S. III; Knoll S. 495f.

LT	19.12.1902 – 20.7.1908 Abg. d. Städte (Wien I.)	CSP
	8.1.1909 – 8.1.1915 Abg. d. Allgem. Wählerklasse (Wien I.)	CSP
Prov. LV	5.11.1918 – 4.5.1919	CSP
RR	1907 – 1911	



STEINER Leopold

* 18.10.1857, Prag
 † 16.1.1927, Wien
 Zimmermaler, Wien
 Volksschule in Grinzing.
 Erlernte den Malerberuf, war während des Militärdienstes in Bosnien eingesetzt.

Er trat als Vertreter des Gewerbes und der Weinbautreibenden früh in die Politik ein. 1888 im Gemeinderat von Unter-Döbling, 1891 – 1919 GR in Wien, 1917/18 Stadtrat, Obmann des Wiener Bürgerklubs im Gemeinderat. 1905 Oberkurator der Landes-Hypothekenanstalt, weshalb er aus dem Landesausschuss ausschied. 1911 unterlag er bei der Reichsratswahl. Präsident des Landesverbandes für Fremdenverkehr in Niederösterreich und Wien (1913). 1906 geadelt, 1919 Obmann des Klubs der Wiener Christlich-sozialen im Landtag.

L.: Czeike „Leopold-Steiner-Gasse“; Knauer GR; Knauer P; Hammerschmied S. 80; Schulcz S. 83; Schmitz, Landtag S. 387; Kant S. III; L-ABI. 13/1911, 8/1913 S. 47, 10/1916 S. 48, 2/1917 S. 6f, 11/1919 S. 11; Maukner S. 143.

LT	16.10.1895 – 14.10.1896 Abg. d. Landgemeinde (Hernals)	CSP
	28.12.1896 – 8.9.1902	CSP
	19.12.1902 – 20.7.1908 Abg. d. Landgemeinden (Tulln, Atzenbrugg, Kirchberg/Wagram, Klosterneuburg)	CSP
	8.1.1909 – 8.1.1915 Abg. d. Allgem. Wählerklasse (Wien XIX.)	CSP
Prov. LV	5.11.1918 – 4.5.1919	CSP
LT	20.5.1919 – 11.5.1921 (Kurie Wien 10.11.1920 – 30.12.1920) Wiener Delegierter 30.12.1920 – 11.5.1921	CSP
LA	28.12.1896 – 23.5.1905 (Rücktritt)	
LH	5.11.1918 – 20.5.1919	
LH-Stv.	20.5.1919 – 10.11.1920	
RR	1895 – 1911	



STÖCKLER Josef

* 8.6.1866, St. Valentin
 † 9.12.1936, St. Valentin
 Wirtschaftsbesitzer, St. Valentin
 Volksschule.
 Bauer, Obmann der Molkereigenossenschaft St. Valentin.

Ab 1894 Gemeinderat und 1906 – 1909 Bürgermeister von St. Valentin. Mitglied des Bezirksstraßenausschusses, 1905 Obmann des „Bauernverbandes für das Viertel ober dem Wienerwald“. Nach anfänglicher Ablehnung einer der Veranstalter der Gründungsversammlung des Niederösterreichischen Bauernbundes und dessen erster Obmann (1906). Im Landesausschuss zuständig für Gemeinde-, Jagd-, Landtagswahl- und Rechtsangelegenheiten, agrarische Operationen. Dezember 1916 – Februar 1917 Obmann des christlichsozialen Verbandes im Abgeordnetenhaus, Mitglied des Landeskulturrates und des (gesamtstaatlichen) Landwirtschaftsrates (1914 – 1918), 1918 Mitglied des Staatsrates.

L.: Schmitz, Landtag S. 386; Parlamentarier; Knauer P; Kant S. III;
 Maukner S. 97; L-ABI. 11/1907, 11/1914 S. 13.

LT	19.12.1902 – 20.7.1908 Abg. d. Landgemeinden (Amstetten usw.)	CSP
	8.1.1909 – 8.1.1915 Abg. d. Allgem. Wählerklasse (GB Amstetten usw.)	CSP
Prov. LV	5.11.1918 – 4.5.1919	CSP
LA	8.1.1909 – 5.11.1918	
RR	1907 – 1918	
Prov. NV	21.10.1918 – 16.2.1919	
Konst. NV	4.3.1919 – 9.11.1920	
NR	10.11.1920 – 18.5.1927 I. – II. GP	
BR	20.5.1927 – 2.5.1934	
Staatssekretär für Landwirtschaft	30.10.1918 – 15.3.1919	
Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft	15.3.1919 – 17.10.1919	
Vorsitzender des BR	1.12.1930 – 31.5.1931	



WABER Leopold, Dr. jur.

* 17.3.1875, Mährisch-Neustadt/Uničov (Mähren)
 † 12.3.1945, Wien
 Finanzkommissär, Wien
 Gymnasium in Kremsier/Kroměříž, Jus-Studium in Wien,
 Dr. jur. 1907, Finanzbeamter, Hofrat.

Obmann des Deutschen Volksbundes, Vizepräsident des Vereines der Staatsbeamten. Er siegte bei der Reichsratswahl 1911 in der Stichwahl gegen Alois von und zu Liechtenstein, 1918/19 Ersatzmitglied des Staatsrates.

L.: Parlamentarier; Knauer P; Maukner S. 78.

Prov. LV	5.11.1918 – 4.5.1919	DN
RR	1911 – 1918	
Prov. NV	21.10.1918 – 16.2.1919	
Konst. NV	4.3.1919 – 9.11.1920	
NR	10.11.1920 – 1.10.1930 I. – III. GP	
Unterstaatssekretär im Staatsamt des Äußeren	5.11.1918 – 15.3.1919	
Bundesminister für Inneres	21.6.1921 – 16.1.1922	
Bundesminister für Justiz	31.5.1922 – 17.4.1923	
Vizekanzler (mit der Leitung der Justizangelegenheiten betraut)	20.11.1924 – 20.10.1926	
Dritter Präsident des NR	27.10.1926 – 1.10.1930	



WEISKIRCHNER Richard, Dr. jur.

* 24.3.1861, Wien
 † 30.4.1926, Wien
 Magistratsbeamter, Wien
 Gymnasium in Wien-Mariahilf, studierte in Wien Jus.

Ab 1883 im Dienst des Wiener Magistrats, 1898 Magistratssekretär, 1901 Magistrats-Vizedirektor, 1903 Magistratsdirektor, 1910 pensioniert. Er wurde nach dem Tod Augustin Kupkas in den Landtag gewählt. Nach seiner Pensionierung (1910) in den Wiener Gemeinderat gewählt, dem er bis 1919 angehörte. Nach dem Tod Karl Luegers lehnte er (damals Handelsminister 1909 – 1911) eine Wahl zum Wiener Bürgermeister ab. Er unterlag bei der Reichsratswahl 1911 in der Stichwahl gegen Paul Frh. v. Hock. Nach dem Rücktritt Josef Neumayers nahm er Ende 1912 die Wahl zum Bürgermeister an. Vom provisorischen Gemeinderat 1918 wieder zum Bürgermeister gewählt (bis 21.5.1919).

L.: Czeike; Knauer GR; Knauer P; Schulcz S. 87; Schmitz, Landtag S. 390; Kant S. III.

LT	14.1.1898 – 8.9.1902	CSP
	19.12.1902 – 20.7.1908 Abg. d. Städte (Wien VIII.)	CSP
	8.1.1909 – 8.1.1915 Abg. d. Allgem. Wählerklasse (Wien IX.)	CSP
Prov. LV	5.11.1918 – 4.5.1919	CSP
Landmarschall-Stellvertreter	15.6.1914 – 8.1.1915	
RR	1897 – 1911	
Präsident des Abgeordnetenhauses	1907 – 1909	
HH	1917 – 1918	
Konst. NV	4.3.1919 – 9.11.1920	
NR	10.11.1920 – 20.11.1923 I. GP	
Präsident des NR	10.11.1920 – 20.11.1923	
Vorsitzender der ersten Bundesversammlung	8.12.1920 – 9.12.1920	
k.k. Handelsminister	10.2.1909 – 24.6.1911	

Abkürzungsverzeichnis

Abg.	Abgeordneter
Antisem.	Antisemiten. Wurde als Parteibezeichnung (Fremd- und Selbstbezeichnung) verschiedener Gruppen verwendet. Einige schlossen sich später der Christlich-sozialen Partei an.
BR	(Mitglied des) Bundesrat(es)
CSP	Christlichsoziale Partei
Dem. Partei	Demokratische Partei
DN	Deutschnational
Deutschnational	Deutsche Vereinigung (Klub der Deutschnationalen und Nationaldemokraten)
DVP	Deutsche Volkspartei
Frh.	Freiherr
GB	Gerichtsbezirk
geb.	geboren
gest.	gestorben
GP	Gesetzgebungsperiode
GR	Gemeinderat
HH	Mitglied des Herrenhauses
HR	Hofrat
kath. kons.	katholisch-konservativ
k.k.	kaiserlich-königlich
Konst. NV	Abgeordneter zur Konstituierenden Nationalversammlung
L.	Literatur und Quellen
LA	Mitglied des Landesausschusses
LH	Landeshauptmann
LH-Stv.	Landeshauptmann-Stellvertreter
LR	Landesrat
LT	(Abgeordneter zum) Landtag
NR	(Abgeordneter zum) Nationalrat
Prov. LV	Mitglied der Provisorischen Landesversammlung
Prov. NV	Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung
RR	Mitglied des Abgeordnetenhauses des Reichsrates
s.d.	siehe dort
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei



Anwesende Abgeordnete

der Provisorischen Landesversammlung
am 5. November 1918

	Adolf	Anderle		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Julius	Axmann		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Matthäus	Bauchinger		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Anton	Baumann		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Josef	Bogendorfer		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Ludwig August	Bretschneider		Sozialdemokratische Arbeiterpartei	Reichsrat
	Johann Alfred	Breuer		Christlichsoziale Partei	Landtag
	August	Denk		Deutschnational	Reichsrat
	Leopold	Diwald		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Josef	Eisenhut		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Karl	Fisslthaler		Christlichsoziale Partei	Landtag
	August	Forstner		Sozialdemokratische Arbeiterpartei	Reichsrat
	Josef	Grim		Christlichsoziale Partei	Reichsrat
	Rudolf	Gruber		Christlichsoziale Partei	Landtag
Dr.	Alois	Heilingner		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Leopold	Hengl		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Franz	Hochrieder		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Paul Freiherr von	Hock		Deutsch-Demokratische Partei (deutschfreiheitlich)	Reichsrat
	Edmund	Hofbauer		Deutschnational	Landtag
Ing.	Karl	Jukel		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Franz	Kammann		Deutschnational	Landtag
	Andreas	Karpfinger		Christlichsoziale Partei	Landtag
	August	Kemetter		Deutsch-Österreichische Unabhängigkeitspartei (deutschfreiheitlich)	Reichsrat
	Alois	Kern		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Karl	Kittinger	Landeshauptmann-Stellvertreter	Deutschnationale Partei (deutsch-freiheitlich)	Landtag
	Josef	Kollmann		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Karl	Kranister		Christlichsoziale Partei	Landtag

	Albert	Kulhanek		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Leopold	Kunschak	Landesrat	Christlich-Soziale Partei	Landtag
	Josef	Leitner		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Karl	List		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Adolf	Maier		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Johann	Mayer	Landmarschall-Stellvertreter - Landeshauptmann von NÖ	Christlichsoziale Partei	Landtag
	Wilhelm	Miklas	Landesrat	Christlichsoziale Partei	Landtag
	Lorenz	Müller		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Rudolf	Müller	Landesrat	Sozialdemokratische Arbeiterpartei	Reichsrat
Dr.	Anton	Nepustil		Christlichsoziale Partei	Landtag
Dr.	Wilhelm	Neumann		Deutschnational	Reichsrat
	Julius	Ofner		Sozialpolitische Partei (unabhängig)	Reichsrat
	Franz Benedikt	Parrer		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Georg	Philp		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Franz	Pittner		Deutschnational	Landtag
	Johann	Pölzer	Landesrat	Sozialdemokratische Arbeiterpartei	Landtag
	Josef	Rain		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Jakob	Reumann		Sozialdemokratische Arbeiterpartei	Reichsrat
	Paul	Richter		Sozialdemokratische Arbeiterpartei	Reichsrat
	Josef	Schnabl		Christlichsoziale Partei	Landtag
Dr.	Hans	Schürff		Deutschnational	Reichsrat
	Karl	Seitz		Sozialdemokratische Arbeiterpartei	Landtag
	Albert Ferdinand	Sever	Landeshauptmann-Stellvertreter	Sozialdemokratische Arbeiterpartei	Landtag
	August	Sigl		Sozialdemokratische Arbeiterpartei	Landtag

	Franz Viktor	Silberer		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Franz	Spalowsky		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Paul	Spitaler		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Leopold von	Steiner	Landeshauptmann	Christlichsoziale Partei	Landtag
	Josef	Stöckler		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Josef	Sturm	Landesrat	Christlichsoziale Partei	Landtag
	Thomas	Tamussino		Deutschnational	Landtag
	Walter Ritter von	Troll		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Josef	Veit		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Karl	Volkert	Landesrat	Sozialdemokratische Arbeiterpartei	Landtag
Dr.	Leopold	Waber		Deutschnationale Partei (deutsch-freiheitlich)	Reichsrat
	Rudolf	Wedra		Deutschnational	Reichsrat
Dr.	Richard	Weiskirchner	Bürgermeister von Wien	Christlichsoziale Partei	Landtag
	Josef	Wieninger		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Josef	Wille		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Max	Winter		Sozialdemokratische Arbeiterpartei	Reichsrat
	Johann	Wohlmayer		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Richard	Wollek		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Josef	Wolny		Christlichsoziale Partei	Landtag
	Josef	Zwetzbacher	Landesrat	Christlichsoziale Partei	Landtag

Bezemek, Ernst/Eminger, Stefan: Das Land und seine Meister. Verfassung und Verwaltung. In: Stefan Eminger/Ernst Langthaler (Hg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik. Wien/Köln/Weimar: 2008, S. 163–169.

Botz, Gerhard: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918–1934. München: 1976.

Brauneder, Wilhelm: Österreichische Verfassungsgeschichte. 11. Aufl. Wien: 2009.

Eminger, Stefan/Langthaler, Ernst: Niederösterreich. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Innsbruck-Wien: 2013.

Gutkas, Karl: Geschichte des Landes Niederösterreich. 5. Auflage. St. Pölten: 1974.

Höbelt, Lothar: Die Erste Republik Österreich (1918–1938). Das Provisorium. Wien/Köln/Weimar: 2018.

Kammerhofer, Leopold: Niederösterreich zwischen den Kriegen. Wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Entwicklung von 1918 bis 1938. Baden: 1987.

Krause, Otto: Biographisches Handbuch des NÖ Landtages 1861–1921. St. Pölten: 1. Jänner 2005.

Loinig, Elisabeth: Revolution – Reaktion – Massenparteien. Politik, Verfassung und Verwaltung in Niederösterreich 1848–1896. In: Stefan Eminger/Elisabeth Loinig/Willibald Rosner (Hg.), Ein Land im Zeitraffer. Niederösterreich seit 1848. Weitra: 2012, S. 17–35.

Reichel, Walter: Deutsch-Südmähren und das Selbstbestimmungsrecht. Voraussetzungen und Verlauf der politischen und militärischen Auseinandersetzung um die staatliche Zugehörigkeit in den Jahren 1918 und 1919. Diplomarbeit, Wien: 1999.

Reichel, Walter: Die politische und militärische Konfrontation um die staatliche Zugehörigkeit Deutsch-Südmährens. In: Moderní dějiny. Historický ústav Akademie věd České republiky. Nr. 14. 2006 [Moderne Geschichte. Historisches Institut der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik], S. 81–124.

Riepl, Hermann: Von den Ständen Niederösterreichs zur Volksvertretung. In: Ferdinand Krause (Red.), Der Landtag von Niederösterreich: St. Pölten: 1997, S. 49–61.

Riepl, Hermann: Fünfzig Jahre Landtag von Niederösterreich. Bd. 1: Der Landtag in der Ersten Republik. Wien: 1972.

Rosner, Willibald: Der niederösterreichische Landtag. In: Helmut Rumpler/Peter Urbanitsch (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Bd. VII: Verfassung und Parlamentarismus; Teilband 2: Die regionalen Repräsentativkörperschaften. Wien: 2000, S. 1633–1662.

Rosner, Willibald: Fin de Siècle und Weltkrieg. In: Stefan Eminger/Elisabeth Loinig/Willibald Rosner (Hg.), Ein Land im Zeitraffer. Niederösterreich seit 1848. Weitra: 2012, S. 36–50.

Schefbeck, Günther: Verfassungsentwicklung 1918–1920. In: 75 Jahre Bundesverfassung. Festschrift aus Anlaß des 75. Jahrestages der Beschlußfassung über das Bundes-Verfassungsgesetz. Herausgegeben von der Österreichischen Parlamentarischen Gesellschaft. Wien: 1995, S. 53–107.

Schmitz, Georg: Demokratisierung und Landesverfassung in Niederösterreich 1918–1922. In: Demokratisierung und Verfassung in den Ländern 1918 – 1920. Herausgegeben von der Österreichischen Forschungsgemeinschaft (= Studien zur Zeitgeschichte der Österreichischen Länder, Bd. 1). St. Pölten/Wien: 1983, S. 162–177.

Schmitz, Georg: Die Anfänge des Parlamentarismus in Niederösterreich. Landesordnung und Selbstregierung 1861–1873. Schriftenreihe des Instituts für Föderalismusforschung, Bd. 36. Wien: 1985.

Schmitz, Georg: Organe und Arbeitsweise, Strukturen und Leistungen der Landesvertretungen. In: Helmut Rumpler/Peter Urbanitsch (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Bd. VII: Verfassung und Parlamentarismus; Teilband 2: Die regionalen Repräsentativkörperschaften. Wien: 2000, S. 1353–1544.

Stenographische Protokolle der provisorischen niederösterreichischen Landesversammlung.

Quelle für Auszüge aus historischen österreichischen Zeitungen und Zeitschriften: <http://anno.onb.ac.at/>

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: NÖ Landtagsdirektion, Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten.

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH/REDAKTION: Mag. Thomas Obernosterer, Landtagsdirektor

BILDNACHWEIS: NÖ Landespressdienst, NÖ Landesbibliothek, Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek, Wikipedia gemeinfrei, www.dasrotewien.at – Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie, VIA DOMINORUM Grundstückverwertungs GmbH

DRUCK: Amt der NÖ Landesregierung, Abt. Gebäudeverwaltung, Amtsdruckerei


Stand November 2018



www.landtag-noe.at







Der niederösterreichische Landtag 1861 – 1918
Interessenvertretung oder Volksvertretung?

Turbulente Zeiten. Die Tätigkeit der Provisorischen
Landesversammlung bis zu ihrer Auflösung am 2. Mai 1919

Die Sitzung vom 5. November 1918.
Historischer Kontext und Verlauf

100 Jahre Demokratie,
Bundesstaat, Zusammenarbeit
Auszüge aus dem Protokoll der Provisorischen
Landesversammlung Niederösterreich und
Berichten der Tageszeitungen

www.landtag-noe.at

